

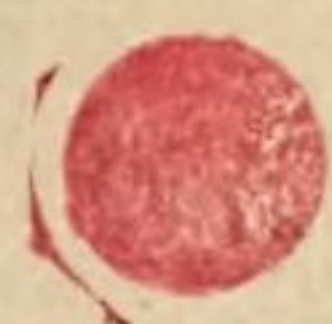
Bavar.

4601

HL



Bavar. 4601 X



MB 816,4

Tröltzsch

MF

andere Aufl. = Bavar. 2621 b.m. = ~~MF~~

Bayerische Staatsbibliothek



<36661236130011

S

Bavaria 4601 =
für den
2621 bn
00
W. 22-00
BEITRÄGE

zur

FINANZGESCHICHTE MÜNCHENS

in

der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

(Der städtische sogenannte Bierpfenning)

INAUGURAL-DISSERTATION

Vorgelegt

der staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Tübingen

von

WALTER TRÖLTSCH



STUTT GART.

DRUCK DER UNION DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT.

1890.

314

Bavar. 4601 4



Die in den nachfolgenden Blättern zur Darstellung gelangende Periode ist für die Hauptstadt Bayerns der Uebergang zu einer neuen Zeit. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vollendete sich die Auflösung des alten städtischen Regiments, die Ausdehnung der staatlichen Machtfülle auf alle Gemeinden.

Auch auf finanzwirtschaftlichem Gebiet beginnt sich eine neue Strömung Bahn zu brechen. Neben und vor der Umgestaltung der Verfassung ringen sich allmählich in den Köpfen der Einsichtigeren steuerpolitische Principienfragen von dem durch Alter geheiligten Begriffe der wohlerworbenen Rechte Einzelner los. Die Zerrüttung der städtischen Finanzen, hervorgetreten durch den Gang der beiden Erbfolgekriege, die Bayern im 18. Jahrhundert durchbrausten, hatte die Geister beschäftigt und die Reformbedürftigkeit der Stadtwirtschaft dargethan.

Die Losung ward: eine erhöhte Leistungsfähigkeit der Stadt zu gewinnen durch Konzentration der vorhandenen und sparsames Anwenden neuer Mittel. Schwer wurde der Kampf gegen veraltetes Recht und verhärtete Gewohnheit. Aber mit der Wende des 18. Jahrhunderts, als der Geist der Neuzeit den bayrischen Thron bestieg und mit starker Hand die vorgefundenen Kräfte sammelte, schlug auch für die Ziellosigkeit der alten Finanzkunst die letzte Stunde.

Viel Unerfreuliches und Kleinliches bietet sich dem Blick des Betrachters dar. Aber von dem Hintergrund einer verknöcherten, oft lediglich Einzelinteressen dienenden, immer vom Wohl- oder Uebelwollen des Kurfürsten abhängigen Stadtwirtschaft hebt sich doch wenigstens in dem letzten Viertel des Jahrhunderts eine frische, allmählich erstarkende Bewegung ab, die durch das Parteigewirr hindurch das Beste des Ganzen erstrebt.

Es liegt nicht in der Absicht des Verfassers, die in dieser Periode sich widerstreitenden Interessen in der Richtung auf die gesamte Finanzwirtschaft Münchens zu verfolgen und darzulegen.

Auch ohne vollständig zu sein, glaubte der Verfasser sein Ziel, die Finanzverhältnisse der Stadt in der eben charakterisierten Zeit zu beleuchten, dadurch wenigstens annähernd zu erreichen, dass er die Geschichte eines einzelnen Gefälls zum Ausgang nahm; eines Gefälls freilich, bei welchem um seines besonderen Charakters willen die finanzpolitischen Hauptfragen der Zeit zum Austrag gelangten.

Der städtische „Bierpfenning“, der verkümmerte Vorgänger des seit 1822 bestehenden Lokalmalzaufschlags, ist die Steuer, in welcher die Münchener Finanzgeschichte während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts sich widerspiegelt.

Von diesem Standpunkt ausgehend, der übrigens nicht verhindern soll, an gegebenem Ort allgemeinere, nicht unmittelbar mit dem Bierpfenninge zusammenhängende Ausblicke einzuflechten, wird sich die folgende Darstellung in fünf Abschnitte teilen:

Der erste wird einer Charakterisierung des Bodens dienen, aus welchem heraus die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Stadt zu erhöhen, erwachsen ist und zugleich die Verhältnisse der Produktion schildern, an welche sich die landschaftlichen wie die neue städtische Steuer anschloss.

Die drei folgenden Abschnitte werden die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts für Erhebung und Verwendung geübten Grundsätze sowie die daran anknüpfenden Kämpfe darstellen.

Ein Schlussabschnitt endlich wird den Umgestaltungen zu Anfang des 19. Jahrhunderts gewidmet sein.

Erster Abschnitt.

Die Finanzen Münchens um 1740—1750. Altbayrische Bierbesteuerung und Bräuwesen im 18. Jahrhundert.

Der städtische Bierpfenning in München verdankt seine Entstehung jenen Verheerungen, welche der bayrische Erbfolgekrieg über Bayern gebracht hat. An dieses ausserordentliche, aber zum Zweck der Schuldentilgung in Bayern seit alters verwendete Mittel zu denken, dazu war die Stadt gekommen durch die Hilflosigkeit, in welcher sich schon vor dem Kriege ihre Finanzen befanden. Unter den bestehenden Einnahmen war keine im stande, grösseren Ausgaben zu genügen.

Ein Blick auf den Haushalt der Stadt wird die Richtigkeit dieser Tatsache lehren ¹⁾.

Bevor auf Einzelheiten eingegangen wird, einige allgemeine Bemerkungen!

Der Blick des Betrachters wird durch mancherlei Hindernisse beeinträchtigt. Das Finanzwesen der Stadt zersplittert sich ebenso wie die gesamte

¹⁾ Benutzt sind hierfür die Ergebnisse der Stadtkammer- und Umgeldamtsrechnungen, daneben die Notizen, welche in den Bierpfennigs- und Umgeldamtsakten enthalten sind. Hervorzuheben sind aus diesen Akten die Resultate einer Untersuchung der finanziellen Verhältnisse der Stadt 1780/81, die zu dem Rechnungsreskript vom 7. Juli 1781 führten und deren Verwertung um so unbedenklicher erschien, als sie auf Jahrzehnte dauernde Missstände zurückgriffen. — Ein kurzes, leider nicht kontrollierbares Bild von den Zuständen der Stadt um die Mitte des 18. Jahrhunderts ist in Bauers Verwaltungsbericht der Residenzstadt München 1845 (Manuskript in der magistratlichen Bibliothek München) enthalten; andere Litteratur fehlt.

Verwaltungsthätigkeit derselben auf einzelne sog. „Aemter“, denen im Umfang ihres besonderen Geschäftskreises die Perception der Einnahmen, sowie ein Teil der Ausgaben zustand; Verrechnungen hierüber sind nicht vorhanden. Nur Ueberschüsse pflegten an die in der Mitte des Ganzen stehende Stadtkammerkasse abgeliefert zu werden. Dies war z. B. der Fall beim „Umgeldamt“, beim „Steueramt“, bei der „Senioratskasse“. Ueber die Abzüge, die von den Roheinnahmen dieser Geschäftszweige gemacht wurden, bevor sie zur Stadtkammerkasse gelangten, lässt sich daher eine erschöpfende Angabe nicht machen. Nur soviel ist sicher, dass die Gebühren und Sporteln für Amtsgeschäfte „in partem salarii“ unmittelbar in die Tasche der Amtsträger und Percipienten flossen, dass die Erhebungskosten, insbesondere die Deputate abgezogen, dass daneben aber wohl auch noch andere Ausgaben bestritten wurden. Auf dem unsichersten Boden steht man gegenüber der für die Stadt am wichtigsten „Senioratskasse“, d. h. der Kasse der gegen ihre Amtsgenossen und sonstige Räte der Stadt sich enge abschliessenden amtsältesten Bürgermeister, die, wie sie sich des Stadtreiments überhaupt bemächtigt, so auch eine Reihe von Einnahmen zur eigenen Verfügung an sich gezogen hatten, ohne davon mehr abzuliefern, als ihnen gerade beliebte und ohne auch nur Rechnung zu stellen ¹⁾. Welches die Zuflüsse dieser Kasse waren, lässt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Neben Gerichtstaxen und Strafgeldern müssen noch andere Einnahmen, wohl gar direkte Steuern dorthin geflossen sein, denn wenn Beträge an die Stadtkammer abgeliefert wurden, handelte es sich immer um Summen von ca. 15,000—20,000 fl. oder mehr.

Aus der durch solche Organisation veranlassten Undurchsichtigkeit der städtischen Finanzen folgt, dass sowohl im allgemeinen, als auch besonders bei der ziffernmässigen Darstellung Irrtümer nicht völlig auszuschliessen sind.

Endlich mag noch vorausgeschickt werden, dass die Stadt München um die Mitte des 18. Jahrhunderts etwa 35,000 Einwohner hatte ²⁾, sowie dass diese Zahl sich bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts (mit Ausschluss der Vororte) auf etwa 45,000 gehoben hat ³⁾, Zahlen, auf deren Richtigkeit hier nicht näher einzugehen ist. —

¹⁾ Nach langjährigen Kämpfen wurde am 3. Juli 1768 dieser Missbrauch durch Vergleich zwischen innerem und äusserem Rat beseitigt (Privilegien und Freyheiten der Stadt München, tom. III, p. 344 ff., auch enthalten bei Bauer a. a. O. Bogen 18: „3. Punkt: Der sog. Seniorats oder Bürgermeistererrat folglich auch die Senioratskasse und das Direktorium der Drey oder mehreren älteren Bürgermeister soll aufgehoben sein“ „4. Punkt: Alle Stadtgefälle sollen ohne Ausnahme bei dem Stadtkammerrat besorget und administriert werden“).

²⁾ Büsching, Erdbeschreibung, 3. Aufl., 1761 im 2. Band des III. Teils S. 1583 erwähnt: „soll auch 40,000 Einwohner enthalten.“ Ob mit oder ohne Vorstädte ist nicht angegeben. Ergänzt und korrigiert wird diese ungenaue Nachricht, der andere aus der Mitte des 18. Jahrhunderts nicht angereicht werden konnten, durch Westenrieders (Beschreibung Münchens 1782) und Nikolais (Reisebeschreibung Bd. 6 S. 555 ff., 1785) Notizen, die ungefähr übereinstimmen. Westenrieder gibt als ortsanwesende Bevölkerung der Stadt (im engeren Sinne) 37,840 Seelen an; Nikolai, polemisierend gegen einzelne Ungenauigkeiten Westenrieders, notiert „von guter Hand“ erhaltene, in ihrer Summe etwas niedrigere Zahlen (37,150) für 1780. Hiernach dürften bei den stagnierenden Verhältnissen 35,000 Einwohner für die Zeit um 1740—50 nicht zu hoch gegriffen sein.

³⁾ Huber, München im Jahre 1819, S. 282 und 283, gibt auf Grund der im einzelnen mitgeteilten Zählung vom 1. November 1813 die Zivilbevölkerung der eigentlichen Stadt auf 46,396 Seelen an.

Die Einnahmen der Stadtkammer gliedern sich uns in regelmässige und unregelmässige. Als regelmässige werden dabei diejenigen betrachtet, auf welche die Stadt alljährlich im ungefähr gleichen Betrag rechnen konnte. Unregelmässig nennen wir dagegen diejenigen Einkünfte, die nicht von Jahr zu Jahr und nicht in annähernd gleicher Höhe der Stadtkammer zugingen, zu denen die Stadt entweder nur subsidiär ihre Zuflucht nahm, oder deren Zufluss vom Zufall oder vom Belieben des über der Stadtkammer stehenden Seniorats abhängig war. Unter dieser Kategorie stehen die Einnahmen aus dem Vorjahre, die Einnahmen aus veräusserten Vermögensteilen und aus Passivkapitalien, sowie die Zuschüsse aus der Senioratskasse, während alle übrigen als regelmässige gelten.

Die regelmässigen Einnahmen der Stadtkammer in den letzten Jahren vor dem österreichischen Erbfolgekrieg bestanden aus 40—50,000 fl.¹⁾ Davon trug das rentierende Vermögen etwas weniger als ein Viertel, ungefähr 10—11,000 fl., die Zölle und das Umgeld etwas weniger als ein Drittel (12,500—15,000 fl.), während die direkten Steuern, nämlich Stadtsteuer und Nachsteuern 13,000—18,000, also ein Drittel ausmachten. Den Rest mit 4—5000 fl. bildeten die Gebühren, soweit sie verrechnet wurden, insbesondere Bürgerrechts-, Zunft- und Jahrmarktsgelder.

1. Vom rentierenden Vermögen, das aus 151,980 fl. Aktivkapitalien, sowie aus städtischen Miethäusern, Grundstücken und verliehenen Rechten bestand, begannen erst in den jüngsten Jahren wieder annähernd die stipulierten Zinsen bzw. Rekognitionsfelder einzukommen. Bis Ende der dreissiger Jahre waren die Rückstände hieraus infolge der Wirkungen der Kriegsnot am Anfang des Jahrhunderts zu ungeheuren Summen angewachsen. Das Schuldbuch vom Jahre 1739, d. h. das über diese Ausstände geführte Verzeichnis weist bei der Landschaft, bzw. bei dem von ihr geführten neuen Schuldenabbedigungswerke, bei welchem die Stadt einen Teil ihrer Kapitalien stehen hatte, Rückstände in der Höhe von mehr als 90,000 fl. aus, an deren Tilgung die Schuldnerin um so weniger dachte, als die Stadt selbst ihr gegenüber in ähnlicher Saumsal sich befand. An sonstigen Zinsen und Renten waren beinahe 8000 fl. im Rückstand verblieben.

Viel schlimmer, weil die Unergiebigkeit nicht bloss auf den schlimmen Zeitläuften, sondern auf schlechter Organisation beruhten, stand es mit den übrigen Einnahmen.

¹⁾ Zum Verständnis des bayrischen Münzwesens jener Zeit bemerken wir, dass seit dem Jahre 1738 auch in Bayern — auf dem Papier wenigstens — der Reichsmünzfuss von 18 fl. auf die kölnische Mark fein Silber galt (v. Praun, Gründliche Nachricht von dem Münzwesen 3. Aufl., 1784). Scheidemünzen bis ausschl. 2½ kr. sollten im Betrag von 18 fl. 45 kr., Kreuzer im Betrag von 20 fl. per Mark hergestellt werden. — Im Jahre 1753 schloss Bayern mit Oesterreich eine Konvention auf der Basis des 20 fl.-Fusses, von welcher dasselbe schon 1754 zurücktrat, weil auch dieser Münzfuss den thatsächlich kursierenden Münzen zu ungünstig war. Bayern war „keiner andern als geringhaltiger, hieraus aber eines erheblichen Aufschlags guter Münzsorten gewohnt“ (Praun a. a. O. S. 159). So wurden z. B. von 1718—37 30-Kreuzerstücke auf die Mark im Betrag von 22 fl. 37 kr., 15-Kreuzerstücke im Betrag von 22 fl. 27 kr., vor dieser Zeit sogar noch geringwertiger geprägt (ebenda S. 159). Bayern führte deshalb einen 25 fl.-Fuss ein und behielt denselben ungeachtet vieler Widersprüche bei. Geteilt war der Gulden einerseits in 60 kr. zu je 3½ Pfennige, andererseits in 7 Schillinge, die wieder in je 30 Pfennige zerfielen (ebenda S. 93). Nach dem letzteren Teilungsmassstab fanden auch die Verrechnungen in der Stadtkammer statt.

2. Keine derselben hatte so sehr das Gepräge ihres Entstehens beibehalten wie die Zölle. Uralte Privilegien, systemlos erweitert von einzelnen Herrschern, beschränkt auf einzelne Warengattungen und abgestuft nach den Stadtthoren, bildeten ihre Grundlage. Die der Einheit völlig entbehrende Vielgestaltigkeit zeigte sich in dem mehr als zwanzig Positionen mit mannigfachen Unterabteilungen enthaltenden Tarife, der übrigens auch Gebühren, besonders für Lebensmittelpolizei in sich schloss. Zu der kaum übersehbaren Kasuistik, die zu Defrauden reichen Anlass bot, kam aber eine durchaus mangelhafte Kontrolle und das Fehlen jeder Rechnungslegung seitens der Zolleinnehmer. Die eingehenden Beträge sollten von den Zöllnern in eine Büchse gelegt und von Zeit zu Zeit an die Stadtkammer abgeliefert werden; wie viel aber vom Eingang an ihren Fingern hängen blieb, ehe er die Büchse erreichte, war nicht zu schätzen. Wenn man erwägt, dass der Zoll vom Salz, das allerdings leicht zu kontrollieren war, etwa 4500 fl. trug, trotzdem man Klagen über abnehmenden Verkehr mit dieser Ware hörte, fällt die für alle übrigen Gegenstände verbleibende Summe von c. 8000 fl. in ihrer Niedrigkeit doppelt ins Auge.

3. Aehnlich war es mit dem Umgeld beschaffen, das auf allen geistigen Getränken ausser Bier ruhte. Hier wirkten neben der abnormen staatlichen Belastung ¹⁾ die bestehenden Freiheiten und der Mangel an Kontrollen zusammen, um den Ertrag auf eine Kleinigkeit herabzudrücken. In den Jahren vor 1740 verschlangen die Kosten der Perception etwa $\frac{2}{3}$ des der Stadt verbleibenden Reinertrags. Einem Durchschnittsreinertrag für die Stadt von 935 fl. in den Jahren 1732—1741 standen Deputate und dergleichen im Betrag von 5—600 fl. gegenüber.

4. Mit der Verrechnung der Gebühren machten es sich die Stadtväter der damaligen Zeit leicht. Nur ein kleiner Bruchteil derselben ist in der Stadtkammerrechnung enthalten; vorzüglich die Einnahmen für Eintritt in den Bürgerrechts- und Zunftverband ²⁾, für Besuch der Jahrmärkte, für Benutzung der städtischen Wasserleitungen, für Benutzung der sogenannten Ländestellen und ähnlicher städtischer Einrichtungen. Aber auch diese Einkünfte waren geschmälert durch unkontrollierbare, unverhältnismässig grosse Abzüge der Personen, denen die Ausübung der den Gebühren entsprechenden Dienste oblag. Alle übrigen gebührenartigen Einnahmen von unbedeutenden Positionen unter dem Titel der „Zölle“ abgesehen, blieben in den Händen der Amtsträger und niederen Bediensteten in partem salarii, und am wichtigsten unter diesen der Stadtkammer völlig entgehenden Gebühren waren die Polizeitaxen und Gerichtsporteln einschliesslich der Strafen, die von den Beamten im Bewusstsein ihrer Unkontrollierbarkeit zu willkürlicher und vielbeklagter Höhe hinaufgeschraubt waren.

5. Wie aber stand es mit der direkten Besteuerung? In der Stadtkammer erschienen nur zwei hierher gehörige Gefälle, die Stadtsteuer, eine

¹⁾ Ueber das Weinumgeld s. unten S. 10, Anm. 2. Das Branntweinumgeld betrug 8 Mass vom Eimer (sohin ca. $13\frac{1}{3}\%$ des Werts, allerdings mit Abzügen ähnlich dem Weinumgeld), das Metumgeld ursprünglich 6 Mass vom Eimer (also ca. 10% des Werts). Seit 1651 war dafür eine Materialsteuer nach dem Masse des verwendeten Honigs aufgekomen ($13\frac{1}{4}$ kr. per Zentner eingeführten, zwei weisse Pfennige von der Mass einheimischen Honigs).

²⁾ Ueber ihre Willkürlichkeit und Höhe siehe „Der Ratsentschluss oder Bürgervergleich von München . . . vom Jahre 1769“, 1804 (unbekannter Druckort).

auf den Bürgern ruhende Vermögenssteuer, der Fassionen der Pflichtigen zu Grunde gelegt waren, und die Nachsteuer, prozentual (meist 6 schwarze Pfening vom Gulden = 7 Schillinge à 30 Pfening, sohin annähernd 3%) vom Vermögen im Falle des Erbanges erhoben.

Die Perception der Stadtsteuer lag einer eigenen sog. Steuerdeputation ob, welche den ihre „Ausgaben“ übersteigenden Betrag an die Stadtkammer ablieferte. Von diesem Rest musste dann noch die der Stadt von der Landschaft in Gestalt einer Pauschalsumme auferlegte „Landsteuer“ in Ausgabe gebracht werden; immerhin waren die Ueberschüsse nicht unbedeutende, 5000 bis 8000 fl., je nach dem Umfang der von der Landschaft alljährlich ausgeschriebenen Steuer. Indessen klagte man viel über ausgedehnte Freiheiten, die sich nicht nur auf die des Hofschutzes Teilhaftigen, sondern auch auf die städtischen Ober- und Unterbeamten erstreckten; es fehlte an einem gerechten Massstab für die Erfassung der Steuerkraft des Einzelnen und auch an dem guten Willen, die Steuer zu bezahlen. Grosse Rückstände waren an der Tagesordnung¹⁾, ohne dass eine strenge Handhabung der Exekution beliebt worden wäre. Aehnlichen Mängeln waren die sog. Nachsteuern unterworfen.

Zu diesen Hauptkategorien der regelmässigen Einnahmen kamen noch einige Zuflüsse, die bei der Frage nach der Leistungsfähigkeit der Stadt um so geringer anzuschlagen sind, als sie nur dem Zufall oder dringender Not ihre Entstehung verdankten. Die Einnahmereste aus dem „fertigen Jahr“ spielten in der Zeit vor dem österreichischen Erbfolgekriege eine wichtige Rolle, indem sie in den letzten drei Jahren vorher 37,000, 27,000, 17,000 fl. betrugen. Dieser glänzend erscheinende Erfolg der städtischen Wirtschaft beruhte jedoch leider nicht auf dem besonders guten Eingang der Gefälle, sondern auf den geringen Leistungen der Stadt.

Dass bei so hohen Einnahmeresten der Rechnung noch Kapitalaufnahmen stattfinden mussten, erscheint eigentlich unerklärlich; „zu sonderbarer Bedürftigkeit gemeiner Stadt“ wurden 1740 6000, 1741 1500 fl. aufgenommen. An dieser Notwendigkeit war wohl die verspätete Ablieferung der regelmässigen Einnahmen, besonders der Steuern und eines Teils der Zölle schuld, während die meisten Ausgaben keinen Aufschub ertrugen.

Die Einnahmen aus veräusserten Vermögensteilen endlich hatten nur geringe Bedeutung für die Stadtkammerkasse. Aus dieser Quelle flossen nie mehr wie 1000 fl.²⁾.

¹⁾ Jährlich wurden durchschnittlich „3—4000 versessener“, d. h. rückständiger Steuern eingebracht, während die Gesamtablieferungen der Steuerdeputation überhaupt im ganzen nur 12—16,000 fl. betrugen; wie hoch mochte sich danach der ganze alljährliche Rückstand belaufen haben?

²⁾ Wenngleich hier nur von den finanziellen Mitteln der Stadt vor den Kriegsjahren 1742 ff. die Rede ist, muss doch der Ergänzung wegen der oben schon genannten „Senioratskasse“ gedacht werden, die seit 1744 grosse Bedeutung gewinnt. Offenbar aus dieser Quelle stammt 1744 ein Zuschuss der „Stadtkämmerer“ von 20,000 fl.; in den Jahren 1746, 48, 49, 50 stehen „Vom wohlloblichen Stadtseniorat“ Beträge von 43,000, 14,400, 33,800, 21,700 fl. in der Rechnung. Diese Zuschüsse sollten dienen „zu Salarien und Bestallungshaber“, zur „Bezahlung der Landsteuer“. Auf welchen Einnahmequellen sie beruhten, ist im allgemeinen nicht angegeben; mehrfach figurieren darunter Zahlungsrückstände, an Zahlungsstatt von Steuerrückständigen cedierte Forderungen. Nur eine Prüfung des offenbar zerstreuten, sicher nicht umfangreichen Archivmaterials wird zu einem genauen Aufschluss über die Natur dieser Einnahmen führen.

Dem Versuche, die Ausgaben Münchens im Einzelnen zu gliedern, liegen ebenso grosse und ähnliche Schwierigkeiten im Wege, wie sie bei den Einnahmen gefunden wurden. Die mangelhafte Rechnungsführung und besonders die unkontrollierbaren Abzüge der einzelnen Perceptionsämter verschleiern die Richtung, in welcher sich die Verwaltungsthätigkeit der Stadt bewegte. Nur die Kosten einzelner Einrichtungen sind in die Stadtkammerrechnung aufgenommen. Aber auch hier fehlt die Durchsichtigkeit. Im allgemeinen sind nicht einmal persönliche und sächliche Ausgaben geschieden. Diese mangelnde Trennung hat ihren Urgrund in der Organisation der städtischen Geschäftsführung, die das verwaltungsrechtliche Gebiet mit dem Kassengeschäft vermengte, und wurde begünstigt durch die Besoldungsverhältnisse des Personals, das zum grössten Teil nicht auf einen bestimmten Betrag, sondern auf eine Reihe von Tantiemen, Deputaten, Sporteln und Taxen angewiesen waren, die alle in unmittelbarer Beziehung zur Verwaltungsthätigkeit standen.

Nur wenigen Positionen der Ausgaben der Stadtkammerrechnung, die damals im Ganzen jährlich 50—60,000 fl. betrugen, kommt daher ein einheitlicher Charakter zu.

Die persönlichen Ausgaben erscheinen zunächst unter dem Titel: „Amtsverwohnte oder Besoldungen“, daneben aber noch in zahlreichen anderen Titeln, z. B. „Ratsgeschäft“, „Gemeine Ausgab“, „Stadthausausgaben“, „Roggen- und Haberkauf“, vermischt mit sächlichen Ausgaben.

Schon aus dieser Art der Verrechnung ergibt sich, dass die Besoldungsverhältnisse auf einer einheitlichen Basis nicht ruhten. Ausser den Naturalleistungen, die in Getreide, Holz und dergleichen bestanden, kamen die verschiedenartigsten Geldbezüge vor; neben einer regelmässigen Geldentschädigung für die Amtsführung, die an festliche und andere Gelegenheiten anknüpfenden Deputate, neben diesen, mit geringen Ausnahmen, die im jeweiligen Geschäftskreise einlaufenden Gebühren und Sporteln. Im allgemeinen knüpfte die Honorierung der Dienste immer an einzelne Leistungen an, wie ein Mosaikbild setzen sich die Bezüge der einzelnen Amtsträger bis herunter zu den Stadtknechten zusammen.

Diese Teilung der Bezüge hatte nach verschiedenen Richtungen üble Folgen; auf der einen Seite bewirkte die mangelnde Unabhängigkeit der städtischen Beamten von den Einnahmen ihres Ressorts das wetteifernde Bestreben, möglichst viele und ertragreiche Aemter in sich zu vereinigen, auf der anderen Seite führte die Geringfügigkeit der fixen Gehälter zur Notwendigkeit mehr Personal zu halten, als eigentlich zur Bewältigung der Verwaltung notwendig gewesen wäre; denn die meisten der städtischen Beamten und Angestellten betrieben daneben ein bürgerliches Gewerbe. Beide Folgen vereinigten sich zu der Wirkung, dass trotzdem das Personal dank des alle Geschäfte umspinnenden Netzes von Deputaten und Sporteln unverhältnismässige Bezüge hatte, doch nichts geleistet wurde und dass die Einnahmen der Stadt zufolge der Interessiertheit der Amtsträger in unverantwortlicher Weise geschwächt wurden ¹⁾. Es kann sich hier nicht darum handeln, die Bezüge der

¹⁾ Wenngleich auf die Verhältnisse in den siebziger Jahren Bezug nehmend, dürfte doch mit geringer Einschränkung auch auf die vierziger Jahre eine Aufzählung passen, die in den oben citierten „puncta observanda“ enthalten ist. Danach hatte der Stadtoberichter, der

einzelnen Beamten ziffermässig darzustellen. Ein abschliessendes Resultat liesse sich schon deshalb nicht erwarten, weil zur Umgrenzung der in die Säckel der Einzelnen fliessenden Gebühren jede Grundlage fehlt. Soviel aber ist sicher, dass $\frac{1}{3}$ der in der Stadtkammerrechnung stehenden Ausgaben, ungefähr 20,000 fl., durch die persönlichen Bezüge absorbiert wurde, ohne die sonstigen nicht in der Kammerrechnung erscheinenden Beträge.

Unter den sächlichen Ausgaben nehmen Neubauten und Reparaturen an Gebäuden der Stadt die breiteste Stellung ein. Die Löhne betrugen 8000—11,000 fl., die Materialanschaffungen ungefähr 5—6000 fl. zusammen sohin $\frac{1}{4}$ der jährlichen Gesamtausgabe. In diesen Summen sind die ausserordentlichen Wasserbauausgaben, die z. B. 1740 über 3000 fl. erforderten, noch nicht enthalten. Wie umfangreich das Personal der städtischen Arbeiter gewesen sein muss, fällt erst ins Auge, wenn man sich erinnert, dass zu jenen Zeiten die Löhne noch äusserst geringe waren¹⁾. Ob mit dem grossen Aufwand für Bauten und Instandhalten auch wirklich die Leistungen im Verhältnis standen, ist mindestens zweifelhaft; man klagte viel über eine mangelhafte Organisation der Verrechnung, über den Ueberschuss an Arbeitskräften, über Verschleuderung von Materialien.

In nächster Linie steht dann das Steueraversum, welches die Stadt an die löbliche Landschaft je nach den jährlichen Ausschreibungen abzuliefern hatte. Hiefür entfielen 6—8000 fl., sohin $\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{10}$ der Gesamtausgabe.

Ferner können noch die Aufwendungen für Hygiene und Krankenpflege, wenn auch letztere nicht vollständig, zusammengefasst werden. Hierunter gehört die Stadtgrabenräumung, die Ausgaben auf das „Infektionswesen“, die Unterhaltung des Krankenhauses am Anger. Doch war die Thätigkeit der Stadt eine engbegrenzte. Die Vorsorge in Hinsicht des „Infektionswesens“ bestand nämlich in Bezahlung von Badern, Wundärzten, Krankenwärtern, Totenträgern, für deren Hilfeleistung „auf begebenden Notfall und grassierende Contagion“. Und das Krankenhaus war zwar besonders für Unbemittelte bestimmt; wie konnte es aber seinem Zweck entsprechen, da im ganzen nur 2—3000 fl. alljährlich aufgewendet werden konnten?

Nicht weniger als 3000—3500 fl. wurden dagegen für den Ankauf von Roggen und Haber verwendet, also $\frac{1}{18}$ — $\frac{1}{20}$ der Gesamtausgaben. Davon diente weitaus das meiste für die Naturalbezüge der Beamten, nur das wenigste zur Unterhaltung städtischer Pferde, beziehungsweise zur Aufspeicherung für Fälle der Not.

zugleich Bürgermeister, Mührichter und Deputierter für das „Lehel“ war, 1773 ausser andern Einkünften und Sporteln, „als Ehebruchs, fornications und andern Amtsstraffen“ Gantrichter-taxen und Gebühren, Toleranzgelder (von jeder Person 18 fl. im Jahr), dazu den eigentlich in die Stadtkammer fliessenden „Juden Zoll“ (15 kr. pro Kopf und Tag des Hausierens); ferner erhielt er von der Stadtkammer mehr als 1000 fl., so dass seine Einnahmen auf 6000 fl. und mehr geschätzt wurden.

¹⁾ In den Stadtkammerrechnungen um 1740 sind folgende Löhne enthalten: Bei den Zimmerleuten für Landbauten erhielt der Meister wöchentlich 1 fl. 20 kr., die Gesellen täglich im Winter 16, im Sommer 18 kr., ein Tagelöhner 10 bzw. 12 kr. Der Wassermeister erhielt wöchentlich 2 fl., der Obermaurer wöchentlich 1 fl. 20 kr., dessen Gesellen im Winter täglich 16, im Sommer 18 kr., die Zuträger 12 bzw. 14 kr., während die Mörtelkocher mit 14 bzw. 16 kr. gelohnt waren. Der Pflastermeister empfing täglich 20 kr., ein Geselle 18 kr., ein Bube 8 kr.

Die übrigen Ausgaben, wenn wir zunächst die Aufwendungen für Schuldverzinsung bzw. Schuldentilgung unberücksichtigt lassen, sind trotz ihrer innerlichen Verschiedenheit in einigen Sammelpositionen enthalten, die zu entwirren kaum möglich, aber hier auch ohne Interesse wäre. Dieselben entsprechen dem Rahmen einzelner Geschäftszweige des Magistrats, z. B. „Ratsgeschäft“, „Stadthausausgaben“, „Zeughausausgaben“, Ausgaben auf den Zweck der von der Stadt verwalteten Stiftungen, oder sie knüpften an einzelne Veranstaltungen festlicher oder geschäftlicher Natur an, so die Ausgaben für den Umzug beim Fronleichnamsfest, beim Jahrmarkt zu Jakobi, bei den Schützenfesten, die „gemeinen Ausgaben“.

Bei all diesen Ausgaben waren sachliche und persönliche Bedürfnisse vermengt; allenthalben bekommt man den Eindruck, dass die Einnahme der Stadt mehr der Befriedigung wohlerworbener Rechte des Personals als den dringenden Bedürfnissen der Gemeinde gedient hat. Deputate, Sporteln und Verehrungen nehmen einen ungleich breiteren Raum ein, als die eigentliche Amtsführung.

Wenn aus diesen kurzen Notizen schon hervorgeht, dass die Kraft der Stadt für ernsthaftere Aufgaben gelähmt war durch die Verschleuderung des Wenigen, das ihr überhaupt zur Verfügung stand, so findet man eine unwiderlegliche Probe für die Richtigkeit dieser Verhältnisse in der Stellung, die die Stadt gegenüber ihren Schulden einnahm. Dieselbe Laxheit, die sich gegenüber der Gemeinde als Gläubigerin, wie oben erwähnt, eingenistet hatte, übte sie selbst als Schuldnerin.

Die Schulden Münchens, teilweise aus dem dreissigjährigen Kriege, beziehungsweise einer in den Jahren 1634 und 1635 wütenden Pest, teilweise aus dem spanischen Erbfolgekrieg stammend, betrugen zu Anfang der vierziger Jahre etwa 100,000 fl.; ihre Verzinsung erforderte, da beinahe alle zu fünf Prozent aufgenommen waren, etwa 5000 fl. Aber diese Summe war seit Jahren, vielleicht überhaupt nie dafür verwendet worden. Es ist bedauerlich, dass ein Manual über die Rückstände dieser Zinsen nicht vorhanden ist, ein solches würde überraschende Ziffern liefern. Denn bei manchen Schulden, besonders solchen bei geistlichen Anstalten, war die Zinszahlung seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts suspendiert, bei der Mehrzahl gingen die Rückstände bis zu den Jahren des spanischen Erbfolgekriegs zurück. Im Jahre 1739, wo ein Zinsrückstand von 1200 fl. bezahlt wurde, betrug die verwendete Summe etwa 4000 fl., in den Jahren 1740 und 1741 dagegen nur 1500 fl. beziehungsweise 1600 fl.; 1739 wurden nur 44,000, also noch nicht ganz die Hälfte, 1740 und 1741 etwas mehr wie 30,000 fl., also weniger als ein Drittel aller Schulden überhaupt verzinst¹⁾, und in den nächstfolgenden Jahren sank diese Quote auf ein Fünftel. Und das alles in Jahren, die als normale anzusehen sind, in welchen keine besonderen Anforderungen an die Stadt gestellt waren.

Wenn die Gemeinde für die Verzinsung schon so wenig übrig hatte, so war es nicht zu verwundern, dass eine Tilgung ausser dem Bereich der Möglichkeit lag. Im Jahr 1739 wurde ein Schuldposten von 1000 fl. getilgt. Der betreffende Gläubiger war offenbar froh, überhaupt etwas zu erhalten, denn er verzichtete auf 200 fl. des Kapitals und auf die Zinsrückstände mehrerer Jahre.

¹⁾ Gänzlich unverzinst blieben die der Landschaft zustehenden Schuldforderungen.

Ein schier trostloses Bild ist es, das die Finanzverhältnisse Münchens in den Jahren vor dem österreichischen Erbfolgekrieg bieten. Wie sollte die Stadt aussergewöhnlichen Bedürfnissen entsprechen, sei es, dass solche im Frieden oder durch Kriegszeiten an sie herantraten?

In solcher Ohnmacht traf der Ausbruch des Kriegs zwischen dem damaligen Kurfürsten Karl Albert (als Kaiser Karl VII.) und Maria Theresia die Stadt. Alles Unheil brach über ihr unbeschütztes und widerstandsunfähiges Haupt. Vom 12. Februar bis 28. April 1742 und dann vom 6. Mai bis 6. Oktober hielt der Feind die Hauptstadt besetzt, sich ganz als Herr derselben gerierend.

Nicht nur die mit Handel und Verkehr in Verbindung stehenden Einnahmen blieben aus, auch was sonst vom Krieg unberührt blieb, entging der Stadt, denn die Oesterreicher zogen alle Gefälle, die zu realisieren waren, an sich. Unerschwingliche Quartierlasten bedrückten dazu den Bürger und um die Stadt vor Brandschatzungen zu sichern, mussten grosse Kontributionen von der Gemeinde, zu allem, was den Privaten abgenommen wurde, entrichtet werden.

Schon zu Anfang August wurden die Einquartierungslasten der Bürger auf 400,000 fl. geschätzt¹⁾, an Kontributionen und Verpflegungsgeldern waren von der Stadt bis Ende Juli 265,374 fl. ausgegeben worden. Bis zum Abzug der Oesterreicher hatte sich letztere Summe auf 280,000 fl. gesteigert.

Die Leistungen der Stadt als solcher waren nur zu geringem Teil durch eine Extrasteuer gedeckt worden. Der weitaus überwiegende Teil, 199,922 fl., wurde durch Darlehen der Bürger, milder Anstalten und der Landschaft aufgebracht, davon etwa $\frac{1}{3}$ um den schweren Preis einer 5 und 6 %igen Verzinsung.

Es war klar, dass auch nur die Zinsenzahlung, geschweige denn die Tilgung dieser neuen Schulden aus den bisherigen Mitteln der Stadt nicht erfolgen konnte, wenn nicht bei einzelnen der Einnahmen eine radikale Aenderung in Perception und Betrag durchzusetzen war!

Vorschläge hierüber bildeten den Durchgangspunkt zur Bewegung für Bewilligung eines Bierpfennings.

Noch bevor die Quelle alles Unheils von der Stadt abgelenkt war, während die Oesterreicher noch als Herren in der Residenz hausten, fingen Bürgermeister und Räte an, Mittel zu suchen, aus dem Netz von Schulden, das die Stadt umgab, zu entinnen. Anfang August 1742 wendeten sie sich unter Darlegung der handgreiflichsten Wirkungen des Kriegs an den Kurfürsten mit der Bitte, ihnen seinen Arm zu leihen. Bei ihren Reformvorschlägen, die dem Schuldenableidigungswerke zur Grundlage dienen sollten, knüpften sie zunächst an die Opposition an, die sich in den jüngsten Jahren gegen die Weinaufschläge²⁾

¹⁾ Die nachfolgenden Zahlen nach im Reichsarchiv befindlichen Berichten der Stadt vom August bezw. Oktober des Jahres 1742.

²⁾ Der Wein bildete zu jener Zeit neben dem Bier das für Steuerzwecke am meisten ausgenützte Objekt. Analog der Entwicklung der Bierbesteuerung war zu dem „alten“ 5 Schilling Grenzaufschlag infolge des dreissigjährigen, dann des spanischen Erbfolgekriegs 1620, 1634 und 1722 ein Weinaufschlag, je im Betrag von 1 fl. vom Eimer getreten, von denen die zwei ersten „Beedeguldenaufschlag“, der letzte „Accisaufschlag“ genannt wurden. Während diese drei Zuschläge für landschaftliche Schuldentilgungszwecke bestimmt waren, bestand noch ausserdem der „sechsmässige Aufschlag“, der in die Tasche des Kurfürsten floss, und ein „fünfmässiges Umgeld“, dessen Reinertrag zwischen Kurfürsten und der Stadt geteilt wurde. Alle diese

erhoben hatte, sie beantragten die Aufhebung sämtlicher Aufschläge mit einziger Ausnahme des Grenzzolles, da dieser letztere allein einer gleichen Belastung aller Konsumenten entsprach, indem er von jedem Empfänger des Weins, sogar vom Kurfürsten selbst, erhoben wurde.

Soweit folgte die Stadt den allgemeinen Wünschen aller Kreise der Bevölkerung. Indem sie dann auf ihre eigenen, kaum zu widersprechenden Bedürfnisse kam, schlug sie zur Verstärkung der städtischen, wie der staatlichen Einnahmequellen die Einführung eines neuen Aufschlags auf den Wein vor im Betrag von 3 fl. per Eimer, bei dem weder die verschiedene Qualität noch die Provenienz der Weine berücksichtigt werden sollte, noch die bisherigen Privilegien zu Gunsten des Adels, der Geistlichkeit und sonstiger befreiter Personen statthaben sollten. Der Ertrag dieses Aufschlags sollte mit der Landschaft zur Hälfte geteilt werden, ein Vorschlag, womit man wohl nur diesen Regierungsfaktor für die Aufhebung der bisherigen Besteuerung interessieren wollte.

Diesem Berichte folgte am 7. Oktober¹⁾, dem Tage nach dem endgültigen

Auflagen wurden mit Ausnahme des Grenzaufschlags erst beim Einlegen des Weins in die Keller der Wirte bzw. der Privaten, d. h. unmittelbar vor dem Konsum erhoben. — Der sechsmässige Aufschlag bzw. das Umgeld bezog sich ebenfalls auf den Eimer und bestand aus einer prozentualen Abgabe (6 + 5 Mass vom Eimer) von dem auf Grund der Kaufbriefe durch sog. „Weinreisser“ festzustellenden Werte, die in komplizierter Weise und mit mancherlei Abzügen zu Gunsten der Wirte (s. Vormerkung in den Umgeldamtsrechnungen der Stadt) berechnet wurde.

Alle Aufschläge waren durch zahlreiche Freiheiten zu Gunsten der Stände wie einzelner Behörden, z. B. das kurfürstlich städtische Umgeld zu Gunsten des Adels, der Bürgermeister, Räte und beiden Doctores der Stadt, „angesehen ihrer vielen Mühe, die sie von gemeiner Stadt wegen haben“ (s. oben citierte Vormerkung), mehr oder weniger illusorisch gemacht. In den Jahren nach der letzten Erhöhung des Aufschlags mehrten sich die Klagen einerseits der nicht befreiten Konsumenten, anderseits der an dem Ertrag beteiligten Kassen. Bezeichnend ist, dass der sechsmässige Aufschlag des Kurfürsten einer Notiz in den Akten des Kreisarchivs von Oberbayern zufolge in den Jahren 1730—39 für das ganze Land durchschnittlich nur 7637 fl. ertrug.

Nicht nur die Höhe der Belastung, sondern auch die Verschiedenheit der Steuerquote nach der Qualität und Provenienz der Weine öffneten, von dem Missbrauch der Exemptionen seitens der befreiten Stände abgesehen, der Defraude und dem Schmuggel Thür und Thor.

Diese Mängel führten schon in einer Sitzung der Landschaft vom 12. Mai 1737 zur Besprechung der Aufhebung sämtlicher Weinaufschläge.

Erst durch das Generalmandat vom 16. April 1749 fand die Sache ihre Erledigung, indem die bisherige Vielgestaltigkeit aufgehoben und an deren Stelle eine Steuer von 2 fl. 30 kr. vom Eimer nichtbayrischen, von 45 kr. vom Eimer bayrischen Weins eingeführt wurde. Auch München wurde davon berührt, denn in Art. 36 und 37 wurde bestimmt, dass „denenjenigen Städt und Märkten, auch andern Orthen, welche bishero dergleichen Umgeld in Geld oder natura zu erheben gehabt, aus der gemeinsamen Schuldenabedigungswerkskasse dieser Geld- oder Naturalumgeldsentgang billichen Dingen nach vergütet werde, derentwillen die Städt und Märkt, auch übrige Ortschaften wegen solchen Umgeldsersatz bei berührt gemeinsamer Kommission sich anzumelden, zu denen Umgeldserfordernissen gebührend zu legitimiren, den Betrag mittels Produzierung deren älteren und jüngeren Rechten anzuzeigen, folgendes sich wegen dem Ersatz zu vergleichen wissen werden“.

Bei diesen Verhandlungen erhielt München eine jährliche Entschädigung von 1825 fl. gewährt, seitdem hat aber auch die Stadt bis auf den heutigen Tag im Genusse eines Weinaufschlags nicht mehr gestanden.

¹⁾ Dieser Bericht findet sich undatiert im Reichsarchiv unter den Privilegien und Freiheiten der Stadt München, Bd. III, 1651—1782, doch sagt ein unmittelbar darauf folgender Bericht vom 7. Oktober, dass am gleichen Tage an den Kaiser über die städtischen Verhältnisse berichtet worden sei. Eine weitere Vorstellung mit gleichem Inhalt, wie der oben angegebene

Abzug der Oesterreicher aus der Hauptstadt, ein weiterer, der neben dem Antrag auf Verbesserung des Weinaufschlags dem Kurfürsten noch verschiedene andere Mittel, die Stadt zu heben, nahe legte. So war um eine Bestätigung der bisherigen Privilegien, um Aufhebung einzelner Ausgaben und Ueberlassung staatlicher Einnahmen gebeten. Der Hauptantrag aber war (sub Ziffer 6) „allergnädigst zu applaudieren, dass der von denen allhiesigen verbürgerten Bierbrauern zu verreichende vierte Pfenning, id est, von jedem Sud 5 Gulden von besagter Deputation (gemeint ist diejenige Kommission, welche zur Abtragung der verschiedenen städtischen Schulden konstituiert war) eingebracht und eben zur Abstossung vorermeldt gemachter Schulden applicirt werden dürfe.“

Dieser Bericht ist unseres Wissens das erste Aktenstück, in welchem seitens der Stadt vom Anstreben eines Bierpfennings die Rede ist¹⁾. Aber man merke wohl, es war dabei nicht an eine Neubelastung des Bieres, sondern an eine Uebertragung des landschaftlichen vierten Bierpfennings²⁾ auf die Stadt gedacht. Welche Täuschung, wenn die Stadt bei einem derartigen Antrag auf das Entgegenkommen der Landschaft rechnete, die schon an sich engherzig, in gegenwärtigen Zeiten doppelt darauf bedacht war, ihre Rechte zusammenzuhalten, wenn sie unter dem 28. November 1742 meinte, den vierten Bierpfenning könne die Landschaft um so leichter verschmerzen, als sie erst seit wenigen Jahren im Besitz desselben stehe und die Stadt sich erboten habe, auch andere als städtische Kriegsschulden auf sich zu nehmen. Daran muss aber dabei festgehalten werden, dass die Stadt immer noch primär die Aenderung der Weinaufschläge nach ihrem Sinne erstrebte und erst in zweite Linie, wenn der ersten Forderung wesentliche Bedenken im Weg stehen sollten, die Erlangung eines Bierpfennings stellte. — Karl VII. mag wenig Zeit zum Eingehen auf diese Agitation gehabt haben; eine Antwort vom 3. November 1742

Bericht vom 7. Oktober, datiert vom 19. Oktober, befindet sich im städtischen Archiv, Akten betr. den Bierpfenning 1742 ff.

1) Die Frage, ob die Stadt München in früheren Jahrhunderten im Genuss eines Bierpfennings gestanden ist, kann ohne Durchsicht des gesamten auf die vorhergehenden Zeiten bezüglichen Archivmaterials mit absoluter Sicherheit nicht entschieden werden. Verfasser muss sich mit folgenden Bemerkungen begnügen: Städtische Bierpfenninge waren auch schon im 17. Jahrhundert, wenn nicht schon früher, bewilligt worden (Instruktion für die bürgerl. Obrigkeiten in Stadt und Märkten vom 1. Januar 1672, cit. in einem Hofkammerbericht vom 6. Juli 1748; Generalmandat vom 16. Juli 1723 Art. 38). In einem, aus dem Jahre 1779 stammenden „Promemoria zur Erläuterung der Bierpfenningsgeschichte der Stadt und Märkte in Bayern, insonderheit desjenigen der Stadt München“ werden Landshut und Ingolstadt ausdrücklich erwähnt. Obwohl dieses „Promemoria“ von einem Mitglied des Magistrats verfasst wurde, wird doch von einem früheren Bierpfenning Münchens nicht gesprochen. — Ebenso wenig enthalten sonstige Referate über die Geschichte des städtischen Bierpfennings, z. B. das vom 3. August 1798 oder solche aus dem 19. Jahrhundert eine Andeutung darüber. — Die einzige in allen Bierpfennings- und Malzaufschlagsakten dem Verfasser bekannt gewordene Stelle, die auf einen früheren Bierpfenning der Stadt gedeutet werden könnte, ist enthalten in einer Vorstellung zum Kurfürsten vom 17. November 1742, in welcher die Stadt darauf hinweist, dass sich die Ueberlassung des vierten Bierpfennings schon darum rechtfertigt, weil er „vor Jahren“ der Stadt ohnehin zugegangen, nunmehr aber in die Landschaftskasse fliesse. Diese Bezugnahme auf ein älteres Recht, das vielleicht lediglich in einem Zuschuss seitens der Landschaft zur Schuldenabtragung bestand, findet nirgends in den Akten eine Bestätigung und wird auch späterhin nie wiederholt, so dass aller Wahrscheinlichkeit nach eine Bierverbrauchssteuer nicht in Frage steht.

2) Hierüber siehe unten S. 18.

lautete wohlwollend, aber ausweichend. Den immer von neuem anlangenden Vorstellungen der Stadt gegenüber geschah nichts, als dass die Akten zu Anfang des Jahres 1743 der löblichen Landschaft zur Begutachtung hinüber gegeben wurden, da der eine wie der andere Antrag ihrer Kompetenz unterliegende Steuern betraf.

Mit Ausnahme von noch zwei vorhandenen Vorstellungen der Stadt, in deren erster (3. März 1743) nur noch von einem vierten Bierpfenning gesprochen wurde — die Frage einer Aenderung des Weinaufschlags war endgültig bei Seite gelegt worden —, findet sich für die Dauer der krieg erfüllten Regierungszeit Karls VII. kein Aktenstück mehr über die ganze Frage. Eine weitergreifende Aktion von der einen oder andern Seite her ist gewiss nicht unternommen worden.

In ein neues Stadium trat die Angelegenheit erst mit dem Beginn der Friedenszeiten unter dem Nachfolger Karl Alberts, dem jugendlichen Kurfürsten Max III. Joseph. Unmittelbar nach dem Frieden zu Füssen Ende April 1745 wiederholte die Stadt ihre Bitte um Ueberlassung eines Bierpfennings; der Kurfürst trug derselben zunächst behufs näherer Prüfung am 28. Juni auf, eine genaue Darstellung ihres Schuldenstandes und der dafür nötigen Zinsbeträge in Vorlage zu bringen, ein Befehl, dem die Stadt am 7. August nachkam, indem sie die während der letzten Kriegszeit seit 1742 aufgenommene Kapitalien zu 133,000 fl. berechnete. Im gleichen Bericht gab die Stadt auch zu erkennen, dass ihr die Bedeutung der Schweigsamkeit der Landschaft klar geworden war, sie darum auf ihrer Bitte um Ueberlassung eines landschaftlichen Pfennings nicht bestehen werde, denn, so sprach sie kurzweg aus: Ein von der Landschaft erforderes Gutachten (nämlich über die Abtretung des vierten Bierpfennings) „wird um so weniger zu effektuieren sein, als wir von dem ersteren (d. h. früheren) Vorschlag dieses vierten Bierpfennings, wodurch das Werk (d. h. die Angelegenheit) ins Stocken geraten, abzuweichen und andere Mittel auszufinden uns bemüsst sahen.“ Eines dieser Mittel bestand aber in nichts anderm, als in der Bitte um einen von den bisherigen Bieraufschlägen unabhängigen Bierpfenning.

Den etwa entgegenstehenden Bedenken trat die Stadt mit folgenden Ausführungen gegenüber: Wenn man es als abgemacht bezeichnen müsse, dass die in Kriegsnöten erfolgten Geldopfer von allen gemeinsam zu tragen seien, so könne zur Abledigung der hieraus erwachsenen Schulden kein anderer Fundus ausfindig gemacht werden, welcher „in so unmerklicher Weise“ die erforderlichen Geldmittel an die Hand gebe. Nur das könne erinnert werden, dass die Bürde grösstenteils auf die geringeren Leute falle und dass auch von auswärts kommende Personen zur Abzahlung dieser „sie keineswegs bereichernder“ Schulden mitkonkurrieren. Gegen den ersteren Punkt aber sei freilich zu antworten, dass gerade die niedrige Bevölkerungsklasse das wenigste ausgestanden habe. Während die Kontributionen und Quartierlasten nur auf den Reichen ruhten, haben die Tagelöhner und Ehehalten geradezu aus der Kriegszeit profitiert, indem sie den Lohn in die Höhe trieben und die Handwerker sich durch Steigerung ihrer Preise wieder bezahlt gemacht, daher sich denn eine Gleichbelastung aller Klassen zum Zweck der Kriegsschuldentilgung durchaus rechtfertige.

Was den zweiten Einwand, die Mitbelastung der Fremden betreffe, so könnten sich's diese nicht schwer fallen lassen, wenn sie behufs Aufrechterhal-

tung einer Stadt, in welcher sie ihre Bequemlichkeit geniessen und ihren Nutzen schaffen, zu dem geringen Aufschlag beitragen.

Auch der Vorwurf, dass der Arme sein Bier um denselben Preis bezahlen müsse, wie der Reiche und man es ihm deshalb nicht noch weiter verteuern dürfe, sei in den zwei Jahrhunderten, in welchen nun der Bieraufschlag bestehe, niemanden beigefallen und mit Recht auch nie bei der Besteuerung berücksichtigt worden¹⁾.

Beantragt war der neue Bierpfenning für das Sudjahr 1745/46.

Zur Begründung der Nützlichkeit²⁾ der gebrachten Geldopfer war besonders hervorgehoben, dass nur durch das sofortige Bezahlen der Kontributionen die Stadt und die kurfürstlichen Lustschlösser vor dem Schicksal einer Plünderung und Verwüstung bewahrt worden seien.

In dieser Modifikation des früheren Antrags lag, das lässt sich nicht verkennen, ein weittragender Akt von Klugheit. Denn erst damit standen die Bestrebungen der Stadt auf dem Boden des Erreichbaren. Auch der Art der Motivierung wird man vom Boden des Praktikers aus die Anerkennung nicht versagen können.

Der Kurfürst seinerseits nahm die Ausführungen der Stadt nicht ungnädig auf; nachdem diese ihr Gesuch unter dem 20. Oktober 1745 wiederholt hatte, erging am 23. Januar 1746 ein kurfürstliches Reskript, in welchem Max Joseph im allgemeinen seine Bereitwilligkeit zur Gewährung von weiteren Zollprivilegien — das war der andere Antrag der Stadt gewesen —, sowie eines Gnadenpfennings vom Bier aussprach, im übrigen aber die Stadt bezüglich der näheren Modalitäten auf den ordnungsmässigen Weg durch Antragstellung bei den kompetenten Regierungsorganen verwies³⁾.

Der hier in Frage kommenden Behörden waren drei⁴⁾: Die Landschaft, der geheime Hofrat und die Hofkammer; erstere war nur insoferne interessiert, als der beantragte Aufschlag einen Gegenstand belasten sollte, der schon von

¹⁾ Es wurde zur Begründung dafür auf den vierten Bierpfenning und „von andern Konzessionen zu schweigen“ auf das erste jüngsthin vom derzeitigen Kurfürsten der Stadt Straubing verliehene Privileg hingewiesen, wonach dort „aus besonderen Ursachen“ während vier Märkten das Bier um einen Pfennig höher als im Ordinarisatz verleitet gegeben wurde, welche Preisdifferenz dann von den Bräuern und Wirten an die Stadtkammer abzuliefern war.

²⁾ Hierauf wurde ein grosses Gewicht gelegt.

³⁾ Dass der Kurfürst Recht daran that, es bei allem Entgegenkommen gegen die Stadt doch mit der Bewilligung einer Neubelastung des Bieres schwer zu nehmen, ergibt sich aus der damaligen durch die Kriegsläufe sehr beeinflussten Lage der Bräuerschaft Münchens. Dem Staat gegenüber äusserte sich dieselbe in unverhältnismässigen Rückständen (1742 u. 1743 über 52,300 fl., Landschaftsprot. vom 5. November 1745, Reichsarchiv) der Bierpfennige, zu deren Eintreibung der Kurfürst schliesslich das Mittel ergriff, die Vorgeher des Bräuergewerbes einzusperren, bis Zahlung erfolgte. Die Bräuer jammerten in allen Tonarten über die Härte der Steuerbeamten und stellten ihre Lage mit den beweglichsten Worten und unter Anführung der glaublichsten und unglaublichsten Thatsachen dar. In einer Vorstellung ad intimum vom 29. März 1746 suchten sie das Darniederliegen ihres Gewerbes wohl gar damit zu beweisen, dass in einem Vierteljahr 37 Bräuer und Bräuerinnen (die Kinder und Ehehalten nicht gerechnet) „aus Furcht und Schrecken, Angst und Not erweislich hier gestorben, viele in die Gant gekommen“ seien!

⁴⁾ Kreittmayr, Staatsr. III. T. § 165 ff. Im Jahre 1759 wurde für Polizeisachen ein eigener, aus Mitgliedern der Hofkammer und des Hofrats zusammengesetzter Polizeirat geschaffen, der 1779 durch eine sog. „Oberlandesregierung“ ersetzt wurde.

landschaftlichen Aufschlägen in Anspruch genommen war und eine Störung dieser Gefälle herbeiführen konnte. Der Hofrat war als oberste Justiz- und Polizeistelle zuständig, während die Hofkammer zufolge der ihr obliegenden Aufsicht über die kurfürstlichen Bräuhäuser und deren Erträge in gewerbe- und finanzpolitischer Beziehung beteiligt war.

Auf Grund des kurfürstlichen Reskripts vom 23. Januar 1746 begannen nun die Auseinandersetzungen der Bürgermeister und Räte mit diesen drei Regierungsfaktoren. Ueber den Anfang derselben, d. h. für das ganze Jahr 1746, sind Akten nicht und auch für die weitere Zeit nur sehr lückenhaft vorhanden. Am 24. Januar 1747 finden wir die Stadt in Konferenz mit dem Hofrat; im August des gleichen Jahres betrieb sie die Sache von neuem und monierte auch die Erinnerung der Landschaft wieder einmal. Am 14. November fand nochmals eine Konferenz statt.

Das Ergebnis der augenscheinlich umfangreichen Verhandlungen ist enthalten in einem Hofkammerbericht vom 17. November 1747, worin diese Stelle gutachtlich aussprach, dass sie dem Bierpfenning nicht entgegen sei, „jedoch nur in so weit und auf kein mehreres, als eigentlich und allein auf diejenigen Kapitalien, welche liquidirlichermassen als ein wirkliches Anlehen vorgestreckt und sohin zu den Kriegsanlagen und feindlichen Kontributionen werthtätig verwendet sind.“ Dieser Meinung entsprechend beauftragte sie die Stadt, eine Aufzählung und Klassifikation ihrer Schulden einzureichen.

Warum Bürgermeister und Räte diesem Auftrag bei dem wohlwollenden Ton des Hofkammergeutachtens nicht sofort nachkamen, ist nicht zu erklären. Erst als diese Stelle unter dem 10. Januar 1748 verlauten liess, dass nicht eher etwas zu Gunsten der Stadt geschehen werde, als bis dem Auftrag vom 17. November verflossenen Jahres Folge geleistet sei, legten Bürgermeister und Räte am 26. Januar 1748 den „unvorgreiflichen Entwurf“ ihres Schuldenstandes vor. Der gleiche Bericht enthält die Bemerkung, dass zwar nicht beabsichtigt sei, den Bierpfenning über den Rahmen des Burgfriedens hinaus auszudehnen, dass aber aus Billigkeitsrücksichten gegen die städtischen Bräuer die Bitte um einen Bierpfenning auch vom eingebrachten fremden Bier gestellt werden müsse. Nachdem Bürgermeister und Räte endlich dem Auftrage der Hofkammer gefolgt waren, hing das Durchdringen des städtischen Antrags nur noch von der Prüfung der einzelnen kontrahierten Schuldposten ab. Um diese endgültige Begutachtung zu beschleunigen, wandte sich die Stadt am 20. März wiederum unmittelbar zum Kurfürsten, indem sie ausführte, der Bierpfenning sei das einzige „Expediens, wodurch Trauen und Glauben bei der allhiesigen Comunität wieder aufrecht erhalten werden könnte.“ Dieses unmittelbare Vorgehen der Stadt hatte wenigstens den Erfolg, dass es den Kurfürsten veranlasste, von Hofkammer und Hofrat über die Sachlage beschleunigten Bericht einzufordern.

Dem entsprach der Hofrat durch ein Gutachten vom 20. April 1748: Dass die Stadt eine Einnahme behufs Tilgung ihrer Schulden bedürfe, erscheine unzweifelhaft, es könne aber „kein leichteres und dem Publico weniger beschwerlicher Fundus“ ausfindig gemacht werden, als der Vorschlag eines Bierpfennings, „indem keiner in particulari eine merkliche Summam auf einmal zu erlegen andurch überbürdet, sondern das beizutragen habende Subsidium nach und nach, mithin ganz unmerklich erholet wird.“ Doch sei davon auszugehen, dass nur zur Til-

gung der für Kriegskontributionen aufgenommenen Darlehen der Bierpfenning bewilligt werde.

Ebenso entgegenkommend lautete der Bericht der Hofkammer, welcher vom 6. Juli 1748 datiert ist: dass die verschiedenen Konferenzen zwischen Hofrat und Hofkammer bisher ein endgültiges Ergebnis nicht gehabt haben, sei daher gekommen, dass manche Konferezialpunkte die Landschaft berührt haben, diese aber trotz vielfacher Mahnungen bis heute sich zu keinerlei Bericht habe bewegen lassen, dass anderseits die von der Stadt vorgelegten Schuldenverzeichnisse zu wenig spezialisiert gewesen seien und erst nach Vervollständigung derselben eine genaue Prüfung habe stattfinden können. Schon vor der Bewilligung eines Gnadenpfennings müsse eine genaue Klassifikation und Spezifikation der Schulden und Gläubiger gefordert werden. Im übrigen erscheine die Bitte der Stadt um so billiger, als schon in Vorzeiten Städten und Märkten Bierpfennige zur Abledigung ihrer Schulden bewilligt wurden (s. oben S. 12 A. 1). Ueber die Modalitäten der Bewilligung sprach sich die Hofkammer noch nicht des Näheren aus, das einzige war, dass sie die Perception einer aus kurfürstlichen und städtischen Beamten zusammengesetzte Kommission überwiesen wissen wollte.

Nach diesen beiden Gutachten der kurfürstlichen Regierungsbehörden stand also nur noch der Bericht der Landschaft aus. Jedenfalls war über keinen der städtischen Anträge, weder den früheren noch den jetzigen, eine gutachtliche Aeussierung seitens derselben bisher abgegeben worden. Dass sie den Bestrebungen der Stadt feindselig gegenüberstand, glauben wir aus ihrem Schweigen, sowie ihrem späteren Verhalten in den Kämpfen um die Aufhebung der Komposition schliessen zu dürfen. Ob sie vermeinte, den endgültigen Erfolg der Stadt durch ihre Nichtbegutachtung abwenden zu können?

Ueber die Zeit seit den Berichten des Hofrats und der Hofkammer schweigen die Akten; wir wissen darum nicht, ob von der Landschaft noch eine Aeussierung einlief oder nicht. Das einzige, was sich aus den folgenden Monaten ersehen lässt, war, dass die Stadt zu Ende des Jahres ihre Anträge wiederholte und dass der Hofrat dieselben unter dem 15. Februar 1749 unterstützte.

Durch ein kurfürstliches Dekret vom 16. April 1749 wurde endlich die Bewilligung eines Gnadenpfennings vom braunen Bier ausgesprochen. Eine Abschrift desselben, an den Hofrat gerichtet, befindet sich im oberbayrischen Kreisarchiv, während unter den magistratlichen Akten nicht einmal eine solche vorgefunden werden konnte.

Bevor wir der Gestaltung des durch das Reskript vom 16. April 1749 der Stadt München verliehenen Bierpfennings näher treten, muss in kurzen Zügen auf die Geschichte der landschaftlichen Bierpfennige und auf die Massnahmen hingewiesen werden, denen das bayrische (i. e. S.) Bräuwesen bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts aus fiskalischen und gewerbepolitischen Gesichtspunkten unterworfen worden war. Die Darstellung dieses allgemeinen Hintergrundes wird uns nachher bei den Einzelheiten der in der Münchener Finanzgeschichte sich aufdrängenden Fragen zu statten kommen¹⁾.

¹⁾ S. Kreittmayr, Anmerkungen zum bayr. Landrecht T. II. Cap. VIII. § 20. 23. Mooshamm, über das Bierbraurecht in Bayern, Ingolstadt 1791. (Panzer), Versuch über

Während die Verbrauchssteuern im allgemeinen unter den verschiedensten Namen und Funktionen vorkamen¹⁾, hatte man für die Belastung der Konsumtion inländischer Erzeugnisse zwei Arten von Mitteln, den Aufschlag und das Umgeld. Ersterer war eine im ganzen Lande gültige Verbrauchssteuer und genannt von seiner Beziehung zum Preis des belasteten Produkts. Noch heute wird der Ausdruck häufig von Verbrauchssteuern gebraucht.

Das Umgeld, auch Ungeld genannt, war eine Auflage nicht einheitlichen Charakters, „nicht im ganzen Land, sondern nur in gewissen Städten, Märkten und anderen Orten des Oberlandes (d. h. ungefähr des jetzigen Oberbayern) üblich, auch teils an die Stände selbst per modum privilegii überlassen²⁾).

Die Meinungen darüber, ob es eine direkte oder indirekte Steuer sei, waren geteilt, man neigte mehr zu ersterer Auffassung³⁾.

So nannte z. B. der Verfasser des Versuchs über die Geschichte und den Umfang der landständischen Rechte, der Landschaftskonsulent Panzer und ihm folgend May, a. a. O. S. 15 ff., das Umgeld eine „Gewerbe- und Handlungssteuer“. Man mag zugeben, dass es häufig diese Funktion hatte, aber dies trifft keineswegs durchgehends zu; denn um als Beispiel die in München üblich gewesenen Umgelder zu erwähnen, so war das Getränkeumgeld eine Abgabe von der Ware, soweit sie menschlichem Verbrauch diene und nicht von dem Gewerbetreibenden; sein Betrag wurde ausdrücklich, so weit es sich um polizeiliche Taxen handelte, nach den Vormerkungen in den Umgeldamtsrechnungen in den Verkaufspreis mit eingerechnet, woraus hervorgeht, dass auch eine Ueberwälzung auf den Konsumenten beabsichtigt war. — Das Viehumgeld dagegen trug einen doppelten Charakter, entsprechend der doppelten Art seiner Erhebung: es wurde nämlich einerseits gefordert von dem in der Stadt bleibenden Vieh und in diesem Fall vom Treiber bezahlt und war, da die berechtigten städtischen Metzger davon ausgenommen waren (Erneuerte Viehumgeldsordnung von 1785 Ziff. 5), eine Art Hausiersteuer, andererseits wurde es fällig auch beim blossen Durchtrieb des Viehs und bildete dann eine besondere Art von Zoll, wenn man will, von Pflasterzoll.

den Ursprung und Umfang der landständischen Rechte in Bayern; Vortrag des Berichterstatters in den Verhandlungen der Kammern der Abgeordneten 1866/68 Beil. Band III. S. 405, May, Gesetz über den Malzaufschlag, 1883, Einleitung. Kreittmayr, Staatsrecht, 2. Auflage, 1789. Krenner, Bayrischer Finanzzustand etc. München, 1803. Schlichthörle, Gewerbebefugnisse in der kgl. Haupt- u. Residenzstadt München, S. 78 ff.

¹⁾ Kreittmayr, Staatsrecht § 173: „Maut, Zoll, Aufschlag, Accise werden zwar hier zu Lande gar oft promiscue genommen, sind aber proprie zu reden von ganz unterschiedlicher Bedeutung. Denn Zoll und Maut wird eigentlich von dem Transito, der Aufschlag von dem inländisch erzielten Consumo, die Accise endlich von dem genommen, was entweder von inländischen Productis hinaus, oder von ausländischen zum nämlichen Consumo hereingeht.“ Auch die Amtssprache trug dem nicht Rechnung, denn der sogenannte „Gränitzaufschlag“ (5 Schilling vom Eimer Wein) gehört hiernach unter die Accise. Ja es gab sogar noch Kreuzungen aus diesen Steuernamen, so den Accisaufschlag von 1722, ein Teil des Weinaufschlags. Dem thatsächlichen Sprachgebrauch entsprechender ist die Auffassung Panzers (a. a. O. S. 148 Anm.), dass ursprünglich alle Consumtionssteuern ohne Rücksicht darauf, ob die Produkte in- oder ausländisch waren, Aufschläge genannt wurden. — Ueber diese Namen s. noch Rau, Politische Oekonomie III, § 428, J. J. Moser, Von der Landesherrlichkeit in Regierungssachen Bd. II. S. 677 ff., 688, 715.

²⁾ Kreittmayr, Staatsrecht § 173.

³⁾ Vermittelnd Krenner a. a. O. S. 22.

Unter dem Namen des Aufschlags nun wurde wie viele andere Gegenstände ¹⁾, auch das Bier belastet. Der erste Aufschlag datiert vom Jahre 1543 und ward zunächst nur von Einfuhr und Durchfuhr, dann seit 1573 auch von der inländischen Produktion erhoben. Nach mehrfachen Erhöhungen betrug derselbe seit 1594 siebzehn Kreuzer einen Heller vom Eimer Bieres, wovon sich übrigens die adeligen und geistlichen Stände seit dem Ende des 16. Jahrhunderts zur Hälfte freigemacht hatten. Mit Rücksicht darauf, dass diese Summe auf die einzelne Mass (= $\frac{1}{64}$ Eimer) ausgeschlagen, ungefähr einen Pfening betrug, sprach man von diesem Ausschlag als dem ersten Bierpfening; der zweite Bierpfening war eine Folge des dreissigjährigen Kriegs; er wurde 1634 zuerst ohne Bewilligung der Landschaft erhoben, dann 1669 von ihr genehmigt; neue Bedürfnisse riefen 1676 einen dritten hervor, dem schon 1706 ein vierter folgte. Mitten im spanischen Erbfolgekriege zu Zeiten der österreichischen Invasion war er entstanden, nachher von den bayrischen Fürsten aufgegriffen worden als Mittel zur Beseitigung der schweren Einquartierungslasten — daher „Servis- oder Casernpfening“ genannt; seit 1726 diente er dem „Schuldenabbedigungswerke“.

Von 1750 an blieb derselbe suspendiert; sein Wiederaufleben im Jahre 1777 hing mit der Uebernahme grosser Schuldposten des Kurfürsten seitens der Landschaft zusammen.

Jeder der letzten drei Aufschläge betrug 15 kr. per Eimer Biers, so dass sich eine Gesamtbelastung von 1 fl. 2 kr. 1 hl. auf den Eimer ergab. Dies galt für braunes wie weisses Gerstenbier, während das kurfürstliche weisse Weizenbier seit Anfang des 17. Jahrhunderts mit 3 fl. vom „Fass“ (= Eimer), wovon $\frac{2}{3}$ zur landschaftlichen Kasse, $\frac{1}{3}$ zur Hofkammer floss, belastet war. Mit dieser einzigen Ausnahme standen sämtliche Bierpfenninge der Landschaft zu und wurden durch die landschaftlichen Aufschlagsämter erhoben.

Die Einheit, auf welche die Aufschläge sich bezogen, bildete bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts beim Hastrunk der Eimer (ca. 68 l.), bei dem zum Verkauf bestimmten Bier der Sud ²⁾.

Für die Einhebung des Gefälls hatte die Steuerpolitik zwei Wege eingeschlagen, die bald einander ablösend, bald gleichzeitig miteinander in Gebrauch standen.

Das Normale war die „reglementmässige“ Perception, d. h. die in den Aufschlagsmandaten zu Grund gelegte, der wirklichen Produktion und gesetzlichen Gussführung entsprechende Berechnung des Aufschlags. Wiewohl man von ihr auch offiziell (§ 10 der Bieraufschlagsinstruktion vom 16. Juli 1723) ³⁾ rühmte, sie sei „das beständigste, nützlichste und zuverlässigste Mittel“, so war doch schon im 17. Jahrhundert eine andere Art der Erhebung, nämlich diejenige durch Kompositionen in Uebung gekommen, wobei auf Grund der durch-

¹⁾ Ich erwähne nur Fleisch und Wein. Auch von inländischem Getreide wurde einmal ein solcher erhoben, 1702, aber als ein „in der Ausübung mehr schädlich als nützlich befundenes Mittel“ bald wieder aufgehoben. Ausgangszölle auf Getreide waren dagegen nichts Seltenes. Kreittmayr, Staatsrecht I. c.

²⁾ Derselbe war hier nicht zu 22 bzw. 24, sondern zu 20 Eimern angenommen und betrugen hiernach die vier Bierpfenninge 20 fl. 4 kr. 4 hl.

³⁾ Mayr, Generaliensammlung 1771, S. 270.

schnittlichen Biererzeugung durch einen Vertrag zwischen Bräuern und Landschaft eine Aversalzahlung festgestellt wurde, die, obwohl nur auf einen kurzen Zeitraum geltend, doch meist niedriger bemessen war, als den wirklichen Produktions- und damit Verbrauchsverhältnissen entsprochen hätte.

Trotz dieser Begünstigung der komponierenden Bräuer und der zwar nicht rechtlich begründeten, aber thatsächlich hervortretenden Starrheit der einmal festgesetzten Kompositionssummen konnte selbst Kreittmayr ohne eine Kritik seinerseits die Stimmung auch in landschaftlichen Kreisen dahin zusammenfassen, dass die Kompositionen „nicht nur für das sicherste, sondern auch das bequemste Mittel den Aufschlag einzubringen, geachtet“ werden¹⁾.

Keiner der beiden Wege indessen hielt vor, wenn es galt, dem Missbrauch der Gussführung, der besonders bei der reglementmässigen Erhebung des Aufschlags fühlbar wurde, entgegenzutreten.

Man verwarf deshalb durch das Mandat vom 3. Februar 1751²⁾ die ganze bisherige, auf die Flüssigkeit basierte Erhebungsart und führte, wie dies ganz vorübergehend schon im 17. Jahrhundert der Fall gewesen, die Perception nach dem eingesprengten, zum Brechen in die Mühle gebrachten Malze ein. Indessen hat man, wie Kreittmayr bemerkt, „seinen Konto nicht dabei gefunden“, und so kehrte die Regierung 1753 nicht nur zu der Besteuerung nach dem erzeugten Bier zurück, sondern trug zugleich der Landschaft unter dem 5. Mai des gleichen Jahres³⁾ auf, mit den Bräuern womöglich allgemein wieder Kompositionen einzugehen. So gross war die Furcht vor dem jährlichen Schwanken der Aufschlagserträge, dass man lieber auf eine Ausnützung zukünftiger Produktionssteigerungen verzichtete, ja geradezu anbefahl, die etwa eine Komposition zurückweisenden Bräuer einer besonders scharfen Kontrolle in ihrem Sudwesen zu unterwerfen, um so dem Kompositionensystem allgemeinen Eingang zu verschaffen.

Damit war dem Aufschlagsgefäll für den Rest des Jahrhunderts bis zum Beginn der neuen Aera sein Stempel aufgedrückt.

Hatte die Regierung so den Kampf gegen die höhere Gussführung aufgegeben und das ganze Gefälle lahmgelegt, nur um die der Staatskasse drohenden Einwirkungen dieses Missbrauches unmöglich zu machen, so lag eine weitere Schwächung der Ertragsfähigkeit in dem verschiedenen Mass der Aufschlagspflicht der bräuenden Stände. Auf die Einzelheiten einzugehen ist hier nicht der Ort⁴⁾. Wie die Steuerermässigungen teilweise aus berechtigten Gründen (z. B. gegenüber dem Bettelorden) entstanden, teilweise aber lediglich unter dem Druck der Stände auf die Kurfürsten mit der Entwicklung des ganzen Aufschlags Hand in Hand gegangen waren, so sanktionierte auch das 18. Jahrhundert diese verschiedene Behandlung. Während die bürgerlichen Bräuer sowohl für ihren Hastrunk, als für den Verschleiss voll belastet waren, suchten die adeligen und geistlichen Bräuhäuser seit 1723 einander den Rang in Ermässigungen abzulaufen. Nach mannigfachen Veränderungen war seit 1753 die Gestaltung die, dass der Hastrunk der adeligen und geistlichen Stände mit 23 kr. 4 hl., seit Wiedereinführung des vierten Pfennings mit 38 kr. 4 hl.

1) Kreittmayr, Anmerkungen zum bayr. Landrecht a. a. O.

2) Generaliensammlung von 1771, S. 312.

3) Generaliensammlung von 1771, S. 318.

4) Mooshamm a. a. O., S. 215 ff.

belastet war, dass bezüglich des Verschleisses die geistlichen den bürgerlichen Bräuständen gleichgestellt wurden; die adeligen Bräustände waren von 1753—1760 vom dritten Bierpfenning frei, hatten dann 1760/61 den vollen Betrag, endlich seit 1761 den dritten Pfening nur zur Hälfte zu bezahlen, so dass sich also seitdem gegenüber der Normalbelastung mit 1 fl. 2 kr. 1 hl. (den vierten Bierpfenning eingeschlossen) ein Betrag von 54 kr. 4½ hl. vom Eimer ergab.

Dem ganzen Biersudwesen, wie zeitenweise der Aufschlagserhebung lag ein bestimmtes Verhältnis zwischen den bei der Bierbereitung zur Verwendung kommenden Rohstoffen zu Grunde.

Aus fünf Schöffeln uneingesprengten (= 6 Schöffeln eingesprengten) Malzes¹⁾ sollten zweiundzwanzig Eimer Sommer- und vierundzwanzig Eimer Winterbier gebraut werden²⁾. Seit 1723 waren zur Kontrolle dieser Gussführung wie der Aufschlagspflichtigkeit, soweit dieselbe nicht durch Kompositionen geregelt war, sogenannte „Malzpolitzen“ eingeführt, die vom Aufschlagsbeamten ausgestellt, beim Malzmüller abgegeben wurden, die Quantität des zu brechenden Malzes enthielten und nach dem Brechen beim Aufschlagsamt behufs Einhebung des Gefälls einzuliefern waren.

Der besseren Kontrolle wegen war bezüglich der Grösse der einzelnen Sude die Willkür des Bräuers ganz wesentlich eingengt, die Sudzeit genau bestimmt, zeitweilige Kellervisitationen angeordnet, ja alle beim Bräuwesen beteiligten Personen bis auf die Malzmüller und deren Knechte in Eid und Pflicht genommen³⁾.

Dass alle diese Massregeln nicht sowohl im Interesse des konsumierenden Publikums, als zum Schutz gegen Gefährdung der Aufschläge ergriffen waren, geht daraus hervor, dass man die unrichtige Gussführung besonders streng bei denjenigen Bräuern ahndete, die den Aufschlag reglementmässig bezahlten, während man den höheren Guss „bei komponierenden Bräuständen zwar nur connivendo und so lange des schlechten Biers kein Geschrey im Publico entstehet, jedoch um so billiger gestattet, als ohne selben kein bräuender Stand bei dem so geringen Satz und hohen Aufschlag mehr bestehen kunnt“⁴⁾.

Dieselben Rücksichten auf den Aufschlag, welche dem Bräuwesen alle diese Fesseln übergeworfen haben, machten sich aber auch in anderer Richtung geltend. Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts war eben deshalb das vordem bestehende freie Braurecht zum Hausbedarf aufgehoben und die Ausübung des Bräuergewerbes an den Besitz einer von kurfürstlicher Verleihung abhängigen Bräugerechtigkeit gebunden worden. Während bei den bürgerlichen Bräuern diese letztere immer sowohl die Haustrunkbereitung als auch die Erzeugung von Bier zum Verschleiss in sich schloss, durften die Klöster der Regel nach nur für ihren eigenen Bedarf, zum Zwecke des Verkaufs nur ausnahmsweise brauen und war bei den adeligen Bräuständen die Ausdehnung ihres Ge-

1) S. Generalmandate von 1723 (Mayr, 1771, S. 269) u. 1750 (Mayr, 1784, I, S. 479. Die Verwendung von Hopfen unterlag keiner gesetzlichen Bestimmung. Zur Bierpreisregulierung kamen zwölf Pfund vom Sud in Ansatz.

2) Dieses Quantum war der sog. Sud. Für die Aufschlagserhebung waren 20 Eimer angenommen.

3) Mandat von 1761 in Mayr 1771, S. 326.

4) Kreittmayr, Anmerkungen T. II. Cap. VIII. § 23. Zff. 10, not. e.

werbes über den eigenen Verbrauch theoretisch bestritten, aber durchweg in Uebung ¹⁾).

Ein kurzer Blick auf die Absatzverhältnisse von Bräuern und Wirten, der diese allgemeine Betrachtung schliessen möge, führt uns ein fast noch grösseres Mass von Einmischung vor Augen, als es auf der Produktion lastet. Erst dem Anfang des 19. Jahrhunderts war es vorbehalten, die drückendsten Schranken zu beseitigen.

Die Bräuer waren mit dem Verkauf des Bieres im kleinen beschränkt auf die bei ihren Bräustätten befindlichen Schenkräume; Keller ausserhalb der Städte kamen erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf und bedurften der kurfürstlichen Lizenz. Man suchte den ursprünglichen Zweck derselben als Aufbewahrungsort des Bieres möglichst rein zu erhalten, indem der Ausschank dortselbst der beinahe ausnahmslosen Regel nach verboten und auch die Abgabe des Bieres im Grossen nur an „Landwirte“, d. h. Wirte auf dem Land, zugelassen war ²⁾).

Eine einzige, generelle Ausnahme von dem Verbot des Ausschanks war in Uebung und zwar seit alter Zeit hinsichtlich des „Märzen-“(Sommer-)Biers, das von jedem Bräuhaus während einer kurzen meist vierzehntägigen Frist und nach einer durchs Los bestimmten Reihenfolge im Keller verschenkt werden durfte, indess die Bräuschenke in der Stadt geschlossen zu halten war. Diese letztere zu Gunsten der Wirte bestehende Beschränkung kam zuerst allmählich aus der Uebung; fast gleichzeitig wurde dann die Einrichtung der sogenannten „Märzenbierlose“ aufgehoben ³⁾ und den Bräuern der unbeschränkte Ausschank in den Kellern überhaupt gestattet ⁴⁾.

Dieser ursprünglichen Einengung des Selbstausschanks entsprach in anderer Richtung eine weitgehende Fürsorge des Staats für den Absatz der Bräuer im Grossen. Die darauf abzielenden Massregeln wurden zusammengefasst unter dem Namen des Bierzwangs ⁵⁾.

Mit Kreittmayr sind hierbei zwei Institute zu trennen; nämlich zunächst die schon im 17. Jahrhundert bestehende, besonders aber seit 1726 geübte Herabdrückung vieler Wirte zur Stellung von sog. Notwirten, wodurch dieselben rücksichtlich ihres Bierverbrauchs an ein bestimmtes Bräuhaus gebunden wurden. Dieses Bannrecht, ursprünglich beruhend auf Grund- oder Gerichtsherrlichkeit, wurde den Bräuern neuerdings oft aus landesherrlicher besonderer Gnade verliehen. Nur im Fall reglementwidrigen Getränks waren die Wirte von ihrer Verpflichtung enthoben. Neben den Notwirten stand eine beschränkte Zahl von Freiwirten, die jedoch auch wieder, wenigstens für die Dauer des laufenden Sudjahrs, von dem Bräuhaus abhängig blieben.

¹⁾ Mooshamm, a. a. O. S. 56 ff.

²⁾ Mandat von 1773 (Mayr, 1784, II. 894.)

³⁾ Verordnung v. 20. Dezbr. 1799, Reg.-Blatt 1800, S. 5. Döllinger, Verordnungsammlung, XIV, S. 1152. Im Jahre 1806 versuchte man sie übrigens wenigstens facultativ wieder einzuführen. Siehe über dieses Institut: Schlichthörle, Gewerbebefugnisse in der kgl. Haupt- u. Residenzstadt München, S. 97 u. 103 ff.

⁴⁾ Zoll- u. Mautordnung vom 7. Dezember 1799, Art. 18. Döllinger, XIV. S. 1549; Verordnung vom 15. November 1802, die Freiheit des Handels mit im Inland veredelten Gegenständen betreffend. Reg.-Blatt 1802, 809. Döllinger, I. c.

⁵⁾ Kreittmayr a. a. O. not. 19 u. 20.

Zu dieser Sicherstellung des Einzelbrauers kam dann weiter ein Schutz für das ganze Gewerbe, ebenfalls Bierzwang genannt, indem den meisten Städten und Märkten das Recht der Ausschliessung nicht im Ort gebrauten Bieres verliehen war. Dieses Bannrecht erlitt eine Ausnahme nur in zwei Richtungen, zunächst bezüglich des vom ersten Stand in seinen eigenen Bräustätten erzeugten Bieres, wenn und soweit es zum eigenen Verbrauch diente; sodann bezüglich derjenigen Zeit, in welcher die heimische Produktion nicht mehr hinreichte, den Konsum zu decken ¹⁾.

So segensreich beide Institute auch in Zeiten gewesen sein mochten, als das Bräuwesen in seinem Entstehen begriffen war, so sehr mussten die Schattenseiten der Unterbindung jeglicher Konkurrenz von dem Augenblick an wirken, da das Bräuergewerbe sich sowohl innerhalb der einzelnen Stadt, wie des ganzen Staates in seiner Leistungsfähigkeit differenziert hatte. Darum muss es als ein grosser Fortschritt trotz der augenscheinlichen Gefahren für zurückgebliebene Bräuhäuser aufgefasst werden, als um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts beide Einrichtungen fielen ²⁾.

Dass mit solcher Beseitigung der Wirkung freien Angebots und freier Nachfrage bezüglich des Absatzes die Ausschliessung ungehinderter Konkurrenz hinsichtlich der Preisbildung Hand in Hand ging, lässt sich schon aus dem Geist der Zeit, deren höchstes die polizeiliche Bevormundung jeden Zweiges menschlicher Thätigkeit war, schliessen. Ueber diese sogenannte Biersatzregulierung können hier nur wenige Worte Platz greifen. Es war naturgemäss, dass der Einfachheit und Eingeschränktheit der damaligen Produktion die Annahme nur geringer Erzeugungskosten entsprach, was vorzüglich die Erreichung niedriger Biersätze begünstigte. Trotzdem war der Vorteil der Bräuer nicht aus dem Auge verloren, wenn ihnen auch kein Unternehmergewinn in genau bestimmter Grösse berechnet wurde.

Bierzapflern und Wirten liess man „für ihre Mühe, Kosten und Risiko einen, zwei, höchstens drei Pfennige à Proportion der Entlegenheit für jede Mass über den Ordinari Satz passieren“ ³⁾. Gegenüber diesem Preiszuschlag, der bei einem Ganteratz von 12 Pfennigen ⁴⁾ bis zu 25 % ausmachte, während der Gewinn der Bräuer nach eben diesem Mandat im Verhältnis zu den in Ansatz gebrachten Gesamtauslagen etwa 20 % betrug, stand vielfach die Verleitgabe unter dem Satze in Uebung, gegen welche die Regierung trotz vielfacher Rügen und Verbote ebenso ohnmächtig war, wie gegen den Missbrauch der höheren Gussführung.

¹⁾ Da das Sommerbier bis Georgi gesotten sein musste, und von da bis Michaeli die Bräuhäuser geschlossen waren, trat ein Mangel nur in den letzten Sommermonaten ein.

²⁾ Verordnung vom 20. Dezember 1799, Reg.-Bl. 1800 S. 5 und Verordnung vom 28. Juli 1807, Art. 33, Reg.-Bl. 1807, S. 1295.

³⁾ Kreittmayr a. a. O. § 23 Z. 15.

⁴⁾ Ein solcher Preis war z. B. der Bierprobe im Mandat vom 31. August 1750 (l. c.) bezüglich des Sommerbiers zu Grunde gelegt.

Zweiter Abschnitt.

Der städtische Bierpfenning bis zum Jahre 1777.

Durch das Reskript vom 16. April 1749 war der Stadt eine Einnahmequelle von ungefähr 15,000 fl., d. h. etwa 20 Prozent ihrer durchschnittlichen Einnahmen der letzten Jahre, erschlossen worden. Der neue Bierpfenning sollte auf dem in der Stadt, bezw. in den Vororten Au, Giesing, der Falkenau gebrauten, sowie dem eingebrachten braunen Biere lasten, soweit es von bürgerlichen Bräuern erzeugt war, und seine Einhebung war den mit der Perception der landschaftlichen Bierpfenninge betrauten Beamten übertragen. Als sein einziger Verwendungszweck war analog dem vierten landschaftlichen Bierpfenning das „Schuldenabbedigungswerk“, und zwar die Tilgung der durch die vergangenen Kriege veranlassten Schulden vorgesehen. Um das Mass dieser letzteren zu finden, sollte seitens einer aus städtischen und kurfürstlichen Beamten zusammengesetzten Kommission eine genaue Aufzeichnung über die einzelnen Posten, ihre Verzinsung und die zu ihrer Tilgung bisher bereits aufgenommenen Passivkapitalien erstellt werden; eben derselben Deputation lag die Ueberwachung der Verwendung der Bierpfenningerträge, sowie die von der Stadtkammerrechnung getrennt zu führende Abrechnung ob ¹⁾.

Mit der Einhebung sollte am 1. Mai, und zwar für dermalen auf die Dauer von sechs Jahren begonnen werden; doch war die seinerzeitige Fortsetzung des Bierpfennings bis zur Tilgung der Schulden vorgesehen.

Eine Einschränkung des Bierpfennings zu Gunsten des Puklikums für den Fall, dass ein zu hoher Biersatz sich ergebe, war in dem Bewilligungsreskript nicht enthalten ²⁾.

Wohl aber wurde (und das verdient hervorgehoben zu werden, wenn es auch ohne praktische Folgen blieb) auf die Konkurrenzfähigkeit des Münchener Bieres ausserhalb des Burgfriedens durch die Bestimmung Rücksicht genommen, dass das aus der Stadt ausgeführte Bier eventuell frei von dem Bierpfenning sein solle, „doch andersgestalten nit, als dass derjenige, so das Bier hinausführt, um das Quantum des abgenommenen Biers von dem ersten Deputirten aus dem Stadtrat allwegen eine Pollete nehme, solche dem Brauer einliefere und diese sodann anstatt baaren Geldes von dem Bräuer angenommen und diesem der Betrag an der Schuldigkeit abgeschrieben werde.“ Hiermit war eine vollkommen abzugslose Rückvergütung des Bierpfennings bei der Ausfuhr statuirt. Indessen ist aus den Akten nicht zu entnehmen, ob sie in den Jahren der reglementmässigen Erhebung in Anspruch genommen wurde und andererseits ist sicher, dass das Recht auf Rückvergütung mit dem Abschluss von Compositionen erlosch. Immerhin ist aber die Thatsache, dass nur lokaler Verbrauch belastet werden wollte, an sich interessant genug für eine Zeit, die in der Ausbildung von Steuerprinzipien noch so wenig leistete.

Den städtischen Bierpfenning traf das gleiche unheilvolle Geschick, dem

¹⁾ Diese Kommission wurde 1764 durch eine städtische ersetzt.

²⁾ S. aber unten S. 26. Solche Klauseln, wenngleich meist nur auf dem Papier stehend, wurden nachmals auch im 19. Jahrhundert manchen Bewilligungsurkunden des sog. „Lokalmalzaufschlags“ beigelegt, z. B. derjenigen Münchens vom 27. Juni 1822.

die landschaftlichen Bieraufschläge unterlagen; man schwankte mit der Erhebung nach dem Reglement und der Eingehung von Kompositionen hin und her; zunächst ordnete ein kurfürstliches Reskript vom 23. April 1749 für die Dauer des Sommers die Einhebung nach Suden an, die als Resultat die Summe von 8093 fl. ohne den Aufschlag vom fremden Bier ergab. Da infolge der geringeren Haltbarkeit die Produktion an Sommerbier eine niedrigere zu sein pflegte als beim Winterbier, so war hiernach auf einen Jahresertrag von 16—18,000 fl. zu rechnen; gleichwohl befahl der Kurfürst für das Sudjahr 1749/50 den Abschluss einer Komposition, die dann durch eine Bierpfenningsdeputation im Weg des Vertrags am 22. September 1749 auf 15,000 fl. (also offenbar zum Schaden der Stadt) festgesetzt wurde.

Wie um eine Gegenprobe zu veranstalten, wurde hierauf am 2. Oktober 1750 für das neue Sudjahr wieder die reglementmässige Perception vorgeschrieben; diese überschritt die Komposition des Vorjahrs nicht unbeträchtlich, indem das Winterbier einen Ertrag von 10,648, das Sommerbier einen solchen von 5700 fl. ergab. Aber trotz dieser Lehre kam man schon im Herbst 1751 wieder auf das „bequeme und sichere“ Mittel der Komposition zurück und setzte dieselbe entsprechend dem ungefähren Ergebnis der letzten Sudperiode auf 16,500 fl. fest ¹⁾.

Wir haben oben gesehen, wie seit 1753 auch allgemein bezüglich der landschaftlichen Aufschläge auf direktem und indirektem Wege das Kompositionenwesen wieder eingeführt und weiterhin aufrecht erhalten wurde; kein Wunder also, dass bei solcher Auffassung der Regierungsfaktoren seitens der Stadt auf Jahrzehnte hinaus auch nicht einmal der Versuch gemacht wurde, der reglementmässigen Erhebung des Bierpfennings wieder Eingang zu verschaffen.

Seit 1751 wurden immer von neuem Kompositionen zum Betrage von 16,500 fl. abgeschlossen ²⁾.

Die Bierpfenningsdeputation machte sich unverzüglich an das ihr durch das Bewilligungsreskript auferlegte Werk, stiess aber schnell auf erhebliche Schwierigkeiten, als sie mit der Klassifikation der verschiedenen Schulden begann.

¹⁾ Die Notiz bei May a. a. O. S. 586 Anm. 4, dass das Reglement bis 1761 gedauert habe, ist unrichtig.

²⁾ Nach dem Kompositionsbrief vom 10. Juni 1761 z. B. entrichtet das Handwerk der Bräuer vom 1. April 1761 bis ebendahin 1764 gesamtverbindlich eine jährliche, in drei Zielen (Georgi, Jakobi, Michaeli) zu bezahlende Komposition von 16,500 fl.

Ein Aufkündigungsrecht (von einer Pflicht ist keine Rede) blieb den kontrahierenden Teilen, den Bräuern und der Bierpfenningsdeputation, erst nach Verfluss von drei Jahren vorbehalten, ausser es ereigneten sich unter solcher Zeit besonders erhebliche Umstände. Aber auch in diesem Falle sollte wenigstens zwei Monate vor dem ersten April des betreffenden Jahres gekündigt werden. Durch diese Bestimmung war der richtigen Meinung nach ebenso wenig eine Pflicht zur Aufkündigung statuiert (s. darüber unten S. 47 ff.). Bei Nichtkündigung des Vertrags sollte weiterhin die ausgemachte Komposition bestehen bleiben. — Die Kompositionssumme ihrerseits wurde nach Massgabe der letztjährigen Produktion auf die einzelnen Bräuhäuser, ferner nach Verhältnis des Verschleisses auf die von denselben abhängigen Notwirte und die mit denselben in Bierabnahmeverträgen stehenden Freiwirte verteilt und alljährlich der Zu- und Abgang der Wirte vermerkt, und danach die Kompositionspflichtigkeit des einzelnen Bräuers von Jahr zu Jahr reguliert.

Schon die Höhe der einzelnen Posten festzustellen, hielt schwer, da die Schulden der Jahre 1742—45 vielfach auf Vorschüssen gesonderter Kassen und der Privaten beruhten, ohne dass Quittungen über den Empfang ausgestellt worden wären.

Die Not der Zeiten war an dem vertrauensvollen Hingeben des Geldes ohne Beweisurkunden schuld gewesen. Es blieb nichts übrig, als die Angaben der Gläubiger auf Treu und Glauben für richtig zu nehmen. Noch grössere Schwierigkeiten aber erwuchsen aus der festzustellenden Tilgungsordnung, wobei schliesslich planlos, je nach dem Drängen der Einzelgläubiger ¹⁾ verfahren werden musste.

Alle diese Hemmnisse wären leicht zu ertragen und zu überwältigen gewesen, wenn nicht schon ganz kurze Zeit nach der Bewilligung des Bierpfennings sich die Unmöglichkeit erwiesen hätte, an der ursprünglich gewollten Beschränkung des Bierpfennings als Tilgungsmittels lediglich der bisher erwachsenen Schulden festzuhalten. Es ergab sich nämlich für die Stadt im Laufe der Jahre eine Reihe von Ausgaben, welche, meistens unvorhersehbar, die zur Verfügung stehenden laufenden Mittel weit überstiegen. Für diese bildete sich der Grundsatz aus, entweder eine Schuld zu kontrahieren und diese auf die Bierpfenningskasse zu übernehmen oder aber zur allmählichen Ausführung der ausserordentlichen Arbeiten einen Teil des Bierpfenningertragnisses anzuweisen. Dabei wurde jedoch daran festgehalten, dass jede derartige Aenderung in der Verwendung des Gefälls der Einwilligung des Kurfürsten bedurfte.

In diesem künstlich geschaffenen Missverhältnis zwischen einer in ihrem Entstehen erstarrten Steuer und der gleichzeitigen Ausdehnung ihres Verwendungszweckes liegt der Schlüssel zum Verständnis der gesamten städtischen Finanzpolitik der folgenden Jahrzehnte. Wie sich dieselbe zunächst in dem engen Rahmen des Bittens und Bettelns um immer neue Bewilligungen zu bewegen hatte, so fand sie seit Beginn der achtziger Jahre ihren Ausdruck in der immer heftiger werdenden Agitation für Wiedereinführung der reglementmässigen Perception.

Den ersten Anlass zur Erweiterung der Verwendung des Bierpfennings gab die Baufälligkeit der einzigen dermalen über die Isar führenden Brücke, die nicht nur dem lokalen Verkehr zwischen der Stadt und den östlichen Nachbarorten, sondern auch auf weite Strecken überhaupt dem ganzen Handel diente. Ein Reskript vom 5. Januar 1750 befahl, die Hälfte des Bierpfennings zum Brückenbau, die andere zur Schuldentilgung zu verwenden, wobei zugleich die Bewilligung des Gefälls auf weitere 6 Jahre (vom 1. April 1750 an) ausgesprochen wurde.

Die Stadt scheint indessen bei dieser weitgehenden Alterierung des Zwecks des Bierpfennings mit Recht bedenklich geworden zu sein und nicht ohne Erfolg suppliciert zu haben, denn auf ihren (nicht bei den Akten befindlichen) Antrag wurde am 16. Juli des gleichen Jahres bestimmt, dass es zunächst mit dem Brückenneubau sein Bewenden haben und zur provisorischen Instandsetzung der alten Brücke lediglich ein jährliche, aus den Bierpfenningertragnissen zu entnehmende Summe von 3500 fl. verwendet werden sollte.

¹⁾ Um ihr Geld eher zu erhalten, verzichteten sie häufig auf die rückständigen Zinsen und einen Teil ihres Kapitals.

Schon 1750 hatte bei der Weiterbewilligung die Absicht des Kurfürsten, den Bierpfenning nicht zu einer ständigen Einnahme zu machen, ihren Ausdruck darin gefunden, dass der Stadt der Auftrag gegeben wurde, einen andern Fonds zur Schuldentilgung, etwa eine Salzverbrauchssteuer ¹⁾, auszumitteln.

Diesem Bestreben der Regierung entsprach dann bei der Neubewilligung im Jahr 1755 die Forderung genauester Rechnungsablage ²⁾.

Am 29. Mai wurde das Gefäll auf weitere sechs Jahre „oder bis zur Abstossung der ganzen Schuld“ verliehen, aber zugleich eine neue Klausel angeschlossen, des Inhalts, dass der Münchener Bierpreis mit Einschluss des städtischen Bierpfennings im Winter nicht über 12 Pf., im Sommer nicht über 13 Pf. sich erstrecken dürfe und im Fall der Ueberschreitung dieser Grenze für die jeweilige Dauer des erhöhten Satzes eine Suspension des Bierpfennings eintreten solle (s. oben S. 23, Anm. 2). Auf diese Einschränkung griffen auch die folgenden Weiterbewilligungen zurück.

Zur Verwirklichung ist diese Klausel nie gekommen, aber schon zu Ende des Jahres 1758 hatte sich doch, auf sie gestützt, der Hofrat bei Gelegenheit der Feststellung des Biersatzes mit dem Gedanken getragen, für das nächste Jahr den Bierpfenning der Stadt zu suspendieren. In dringender Vorstellung wandten sich Bürgermeister und Räte zum Kurfürsten um den Fortbezug des Gefälls; man sei der Zuversicht, dass in demselben um so weniger eine Unterbrechung stattfinden werde, als noch andere Städte im Land dieses Bierpfennings, „ohne dass man auf dessen Sistierung denket“, sich zu erfreuen haben. Unter dem 29. Dezember gab darauf der Kurfürst seine Versicherung, dass an eine Aufhebung des Stadtbierpfennings nicht gedacht werde.

Es lässt sich nicht feststellen, ob an dieser Zusicherung nicht die Absicht des Kurfürsten die Stadt im allgemeinen Staatsinteresse sich dienstbar zu machen, schuld gewesen ist. Man möchte es aber fast annehmen, da nicht gar lange Zeit darauf die schon seit Jahren als notwendig empfundene endgültige Regelung der Brückenfrage der Gemeinde in einer Weise vor Augen geführt wurde, die keinen Zweifel liess, dass der ursprüngliche Zweck des Bierpfennings (die Tilgung der alten Schulden) hintangesetzt und der Stadt andere Lasten à Conto des Gefälls überbürdet werden sollten. Gegen Ende des Jahres 1759 beauftragte der Kurfürst die Stadt, eine steinerne Brücke über das Hauptgerinne der Isar zu bauen. Die Stadt geriet durch diesen Befehl in nicht geringe Verlegenheit und verlieh dieser Empfindung Ausdruck in einem Bericht vom 15. Januar 1760, aber sie wagte doch nicht, dem Befehl des Kurfürsten auch nur mit finanziellen Gründen entgegen zu treten. Wohl meinte sie, dass solch schwere Obliegenheiten bei gegenwärtiger Lage ein Ding der Unmöglichkeit seien, aber statt daran festzuhalten, fuhr sie fort: „Als hat man bei solch bewandten Umständen, um sich aus diesem Labyrinth und völligen Umsturz des Stadtkammerwesens heraus zu winden, nach lang und reif gepflogener Deliberation kein anderes expediens übrig gesehen als endlich um

¹⁾ Die Stadt that übrigens keinen Schritt, diesem Befehl nachzukommen.

²⁾ Nach der hierüber erstatteten Anzeige betrugen die älteren Schulden 165,298 fl., die teils aus dem letzten Krieg, teils vom Brückenbau stammenden neueren etwa 80,000 fl.; abbezahlt waren 117,940 fl., davon ca. 90,000 fl. durch den Bierpfenning.

die fernere Continuation des ungefähr in vier Jahren expirirenden Bierpfennings¹⁾ zu höchster Stelle den Rekurs zu nehmen, bis nicht nur die Kriegsschulden, sondern auch die anderen inzwischen erlauffenen Schulden sammt etwaigen neuen Zuschüssen getilgt seien.“ Natürlich ging der Kurfürst auf diesen Vorschlag, der den Staat vollständig entlastete, dagegen das konsumierende Publikum auf ungemessene Zeit mit einer Steuer belegte, ein und bewilligte nicht nur den Fortbezug des Bierpfennings im beantragten Umfang²⁾ (18. Juni 1760), sondern liess der Stadt auch auf eine Reihe von Jahren eine staatliche direkte Steuer zur Deckung der Militärlasten, den sogenannten „Servis-Pfenning“, stillschweigend in Händen (3. Juli 1760).

Mit der Ausführung des Befehls des Kurfürsten hatte es aber trotz der Unterwerfung der Stadt unter den Willen ihres Herrn gute Wege. Bürgermeister und Räte konnten sich mit der vom Kurfürsten bestellten Brückenbau-Kommission und deren Plänen so schnell nicht einigen.

Es scheint grosse Erbitterung über den auf finanziellen Erwägungen beruhenden Widerstand der Stadt geherrscht zu haben, denn am 18. November 1764 verstieg sich die nur zu technischen Zwecken berufene Brückenbau-Kommission zu den heftigsten Anklagen gegen das Finanzgebahren der Stadt. Sie beklagte sich über „die bei der Stadt führende schlechte Wirtschaft, die ausser Acht lassende Besorgung, ja gänzliche Zugrundegehung der milden Stiftungen und die neidliche Lebensart der Bürgermeister“, die eine gute Anwendung des Bierpfennings nicht verbürge. Wolle man den Bierpfenning nicht überhaupt wegen des gegenwärtigen hohen Biersatzes ganz aufheben, so möge derselbe doch „nicht zum Nutzen der Stadt und ihrer sichtbaren Verschwendung, sondern zur Erbauung der Residenz eingebracht werden und die Stadt ernstlich zur Ablegung der Rechnungen über diesen fonds angehalten werden.“

Diesem Bericht wurde das Schicksal, das er nach Lage der Dinge verdiente; er hat auf die Entschliessungen des Kurfürsten in der Hauptsache nicht eingewirkt. Denn nachdem endlich im Jahre 1765 eine Einigung über die Pläne erreicht war, bestätigte dieser am 8. Februar den Bierpfenning, sowohl zum Zweck des Brückenbaues selbst als auch zu den sonstigen bisher eingewiesenen Auslagen³⁾ und den verschiedenen Kriegsschulden. Nur das beruhte auf der Anregung der Brückenbau-Kommission, dass die alljährliche Rechnungslegung über die Höhe und die Verwendung der Mittel erneut eingeschärft wurde. Ein Endtermin war diesmal nicht beigesetzt, so dass in dem nächsten Jahrzehnt keine Neubewilligungen erforderlich waren. In der That hatte es den Anschein, als sollte der Bierpfenning eine ständige Einnahmequelle werden. Denn statt der Stadt nun zunächst Ruhe zu gönnen, um eine Verminderung der bisherigen

1) Ein Irrtum; lässt man die Verlängerung von 1750 als mit der Bewilligung von 1749 sich deckend weg, so ergibt sich als Ende 1. Mai 1761; legt man die Bewilligung von 1750 zu Grunde, so trat das Ende des Gefälls am 1. April 1762 ein.

2) Für diese Bewilligung hatte die Stadt 300 fl. Sporteln zu bezahlen.

3) Diese bestanden in Auslagen für Pflasterung, für die Erhaltung der Salzstädel, den Neubau eines Magazinstadels, sowie für den jährlichen Zuschuss an das „Illuminationsamt“, welch letzteren die Stadt, da er 1000 fl. betrug, immer wieder, wenn auch ohne Erfolg, abzuschütteln versuchte.

Anfangs Februar 1760 betrugen die bis 1742 erlaufenen, noch nicht getilgten Kriegsschulden 123,828 fl., davon 44,675 fl. rückständige Zinsen.

Schulden zu erzielen, wurde sie noch ehe die Brücke vollendet war dazu angehalten, einen Neubau für die Hauptwache 1769 in Angriff zu nehmen, musste sie dann in der Mitte der siebziger Jahre den bisherigen Salzstadel abbrechen, welcher an einen anderen Ort zu verlegen war und die Kosten dieser Bauten wurden wiederum auf den Bierpfenning angewiesen.

Diese Ueberlastung der Bierpfenningskasse mit neuen Ausgaben war um so bedenklicher, als der Tilgungsfonds von 16,500 fl. ausser allem Verhältnis mit den zu deckenden Schulden stand.

Dass daran nicht die Niedrigkeit des Steuersatzes, sondern die Art der Perception schuld war, ist schon oben erwähnt worden; nimmt man als die durchschnittliche Produktion in Normaljahren zwischen 1760 und 1776 etwa 3700 Suden an¹⁾ und legt man eine gewiss nicht zu hoch gegriffene Gussführung von 24 Eimern zu Grunde, so hätte der städtische Bierpfenning nicht 16,500, sondern etwa 22,000 fl. in gewöhnlichen Jahren ertragen müssen, sohin um $\frac{1}{3}$ mehr als bei dem jetzigen Zustand. Aber auch diese geringe Aversalsumme kam nicht einmal immer ein. Denn dieselben Bräuer, welche jeder Erhöhung derselben in ertragreicheren Jahren entgegentraten, schämten sich nicht, jedesmal, wenn die Produktion aus irgend welchen Gründen geringer war, als vorher, Nachlass an ihrer Komposition zu fordern. Vielfach stellte sich zwar die Stadt auf den Standpunkt, dass sie durch die Eingehung von Kompositionen keine Pflicht zu weiterem Nachlass habe, und wies diesbezügliche Gesuche ab. Aber die Billigkeit erforderte doch, von diesem Grundsatz dann Ausnahmen zu machen, wenn unvorhersehbare Ereignisse, wie schlechte Ernten oder bedeutende Ausfälle im Absatz eintraten. Unglücklicherweise waren solche Einwirkungen auf die Produktion in sehr umfangreichem Masse zu Anfang der siebziger Jahre durch eine mehrjährige Teuerung veranlasst. Da das Sudwesen sich unter dem Druck der hohen Lebensmittelpreise um ein Drittel und mehr²⁾ einschränkte, folgte die Stadt den beweglichen Suppliken der Bräuer um grössere Nachlässe und gewährte solche in den Jahren 1770/71 im Betrag von 1500 fl., 1771/72 von 1800 fl. und 1772/73 von nochmals 500 fl., ohne daran zu denken, dass in Normaljahren so und so viele Tausende in den Händen der Bräuer blieben, und dass jeder Nachlass an der Komposition den Verwendungszweck des Bierpfennings in einem Umfang einschränkte, der ausser allem Verhältnis zu der Beihilfe stand, den die Bräuer mit gutem Gewissen beanspruchen konnten.

Neben der Art der Perception aber war es insbesondere die Beschränkung des Umfangs des Bierpfennings, die den geringen Ertrag verschuldete.

Davon freilich ist abzusehen, dass weisses Bier dem Aufschlag nicht unterlag, denn weisses Gerstenbier wurde überhaupt nicht in der Stadt gebraut und weisses Weizenbier zu brauen war ein Regal des Kurfürsten³⁾ und als solches von einem gemeindlichen Bierpfenning frei. Viel wichtiger und von gar manchen Seiten angefochten war dagegen, wenn wir zunächst die städtische Produktion ins Auge fassen, die Aufschlagsfreiheit des von den Klöstern gebrauten Bieres. Gerade in München kam nicht nur die Bereitung des Biers

¹⁾ 1769/70 wurden 3500, 1775/76 3820 Suden gemacht.

²⁾ Während 1769/70 noch 3510 Suden gemacht wurden, betrugen dieselben im folgenden Jahr 2323, 1771/72 gar nur 1942.

³⁾ Vgl. darüber Mooshamm a. a. O. S. 43 ff.

zum Eigenbedarf, sondern auch diejenige zur Verleitgabe ausserhalb der Klöster in Betracht. Dass von den Bräuern die Konkurrenz des Klosterbieres bei dessen unwidersprechlicher Güte arg angefeindet wurde, kann nicht auffallen, da ein nicht unbeträchtlicher Teil des Konsums ¹⁾ durch dieses, teils mittels direkten Verkaufs, teils auf dem Weg der Hingabe als Gegenleistung für Handwerksarbeiten und Materiallieferungen gedeckt wurde. Aber auch der Ertrag des Bierpfennings ward dadurch nicht unbeträchtlich gemindert. Vielfach hatte die Stadt es gegenüber dem Kurfürsten beklagt, dass durch diese Steuerfreiheit eine ungerechte Belastung der Konsumenten hervorgerufen werde, und eine Heranziehung der Klöster zur Aufschlagspflicht wenigstens bezüglich des über die Klostermauern herauskommenden Bieres befürwortet, aber vergebens ²⁾.

Die Regierung nahm überhaupt keine Stellung zu der Frage und die Landschaft hielt grundsätzlich an dem Privilegium der Klöster fest. Da sich die letztere indessen der Wahrnehmung der Konkurrenzwirkungen in gewerblicher Beziehung doch nicht entziehen konnte, gab sie lieber einen Teil der landschaftlichen Gefälle preis und bewilligte den unzufriedenen Bräuern 1775 einen Nachlass von 1500 fl. Die Folge dieses Vorgehens der Landstände war, dass sich die Bräuer unter Berufung auf diese Bereitwilligkeit auch an die Stadt mit einer Bitte um proportionalen Nachlass am fünften Bierpfenning wendeten. Diese lehnte aber am 14. August 1776 das Ansinnen ab — nicht mit der Motivierung, dass sie keinen Anlass habe, für ein nicht von der Stadt stammendes und von ihr selbst nur widerwillig ertragenes Privilegium der Klöster die Bräuer zu entschädigen, — sondern, indem sie auf die wesentliche Steigerung der Bierproduktion im vergangenen Jahre und den dadurch ermöglichten grossen Gewinn der Bräuer hinwies. Eine wiederholte Vorstellung von Anfang Dezember 1776, in der aufs neue und dringender die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Klosterbrauereien mit der Aufschlagserhebung in Verbindung gesetzt wurde, hatte keine andere Wirkung; ja die Stadt legte den Beschwerdeführern nahe, sie sollten froh sein, dass man bei dem Aufschwung ihres Gewerbes noch nicht mit dem Plan einer Erhöhung der Komposition umgehe.

Eine ähnliche, ebenfalls auf den ständischen Vorrechten beruhende Beschränkung bestand bezüglich der Aufschlagspflichtigkeit des von aussen eingeführten Bieres. Der Haustrunk der gefreiten Stände blieb nämlich aufschlagfrei, soweit er aus eigenen Bräuhäusern der Berechtigten stammte. Im Bewilligungsreskript war darüber allerdings nichts enthalten und es hatten sich im Laufe der fünfziger Jahre Zweifel über den Bestand dieses Privilegiums ergeben; aber ein kurfürstliches Reskript vom 15. Dezember 1759 wies ausdrücklich, um den Zweifeln ein Ende zu machen, auf die Freiheit der beiden ersten Stände hin. Dass dieselbe zu vielfachen Unterschleifen missbraucht wurde, braucht kaum hervorgehoben zu werden, es fehlte an jeder Kontrolle, ob das für die privilegierten Stände bestimmte Bier auch wirklich im Haushalt derselben konsumiert wurde, ja dieselben weigerten sich geradezu, auch nur den Umfang der Sendungen untersuchen zu lassen.

¹⁾ Nach Westenrieder, Beschreibung Münchens 1782, gab es um 1780 6 Klosterbrauereien neben 62 bürgerlichen Bräugerechtigkeiten (wie viele von diesen letzteren ruhten, ist nicht erwähnt).

²⁾ So z. B. eine Beschwerdeschrift der Stadt vom 10. Oktober 1772.

Wenn so schon von seiten der bevorzugten Klassen der Stadt bei der Perception des Bierzolls (auch Bieraufschlag im Gegensatz zum Bierpfenning von der städtischen Produktion genannt) alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so war es keineswegs zu verwundern, dass auch die eigentlich Aufschlagpflichtigen dem schlechten Beispiel der gefreiten Stände zu folgen sich bemühten¹⁾.

Die mangelhafte Kontrolle an den Thoren forderte dazu geradezu heraus. Auf vielfache Klagen der Stadt, in welchen auf die Kostspieligkeit eines eigenen Personals für die Zollkontrolle hingewiesen wurde, erging unter dem 28. September 1759 ein kurfürstlicher Befehl an den Hofkriegsrat, die Kommandantschaft der Stadt anzuweisen, dass seitens der militärischen Thorwachen den Stadtzöllnern die nötige Unterstützung bei der Kontrolle der Einfuhren zu teil werde²⁾.

Uebrigens war die Biereinfuhr, soweit sie dem Aufschlag unterlag, an sich eine ziemlich unbedeutende. Denn einerseits war das Bräuergewerbe, wie bekannt, eines der ausgedehntesten in der Stadt, andererseits lagen nach den oben angegebenen Grundsätzen der staatlichen Gewerbepolitik rechtliche und infolge der Verkehrsschwierigkeiten faktische Beschränkungen der ausserstädtischen Konkurrenz vor. Die Gebundenheit der städtischen Wirte an die städtischen Bräuer hörte nur auf, wenn letztere den Bedarf der ersteren nicht mehr befriedigen konnten. Dies trat, da die Sudzeit für das braune Bier von Michaeli an bis Georgi dauerte, und das Sommerbier eine allzulange Lagerung nicht vertragen konnte, regelmässig in den Monaten August und September ein, und auf diese Zeit beschränkte sich auch die Einfuhr fremden Bieres, die übrigens wegen der Billigkeit des Transports vorzugsweise von den oberhalb Münchens an der Isar gelegenen Orten aus mittels Flosses erfolgte.

Ohne jenes Verbot des Siedens in den Sommermonaten wäre überhaupt eine Konkurrenz fremden Bieres ausgeschlossen gewesen.

Bräuer, wie Vertreter der Stadt, die ersteren aus gewerblichen, die letzteren aus gemeindefiskalischen Gesichtspunkten (wegen der häufigen Defraudationen), eiferten gegen jene Konkurrenz, besonders in Jahren, wo die städtische Produktion eine geringere war³⁾. Statt dass die einen das Risiko auf sich nahmen mehr Sommerbier zu sieden, und die anderen sich bemühten, den Unterschleifen wirksam zu begegnen, erhofften sie „remedur und assistenz“ vom Kurfürsten. Dieser begnügte sich aber, die Militärbehörden zu einer entgegenkommenden Haltung anzuweisen⁴⁾, und so blieb es im grossen Ganzen beim Alten.

Noch alledem genügen wenige Zahlen⁵⁾, um die geringen Wirkungen des Bierpfennings bis zum Jahre 1777 zu veranschaulichen. Die Einnahmen der Bierpfenningskasse bis 1764, d. h. so lange sie einer gemischten Kommission

¹⁾ So auch 1759 das in der Stadt liegende Militär.

²⁾ Dass die Kommandantschaft dem Befehl nur mit Widerstreben nachkam, geht daraus hervor, dass von Zeit zu Zeit, so am 13. August 1774 und 1777, dieser Befehl wiederholt wurde.

³⁾ Z. B. in den Teuerungsjahren 1771—75, s. Vorstellung der Stadt vom 10. Okt. 1772.

⁴⁾ Allerdings fand am 13. August 1774 eine Konferenz zwischen kurfürstlichen und städtischen Beamten über die vorliegenden Schwierigkeiten statt; dieselbe ist aber nicht erhalten, scheint übrigens auch keine weiteren Folgen gehabt zu haben.

⁵⁾ Dieselben sind einem Bericht der 1780 zur Prüfung der Finanzverhältnisse der Stadt konstituierten Kommission vom 5. Dezember dieses Jahres entnommen.

unterstand, betrugen mit Einschluss der Einnahmen auf neue Schuldaufnahmen und der Aktivreste aus den Vorjahren 281,094 fl., davon waren in diesem Zeitraum an Deputaten, „gemeinen“ (d. h. Regie)-Ausgaben und Nachlässen 16,738 fl. ausgegeben worden, während für den eigentlichen Zweck 235,235 fl. verwendet wurden. In dieser Periode lag noch das Hauptgewicht auf der Verzinsung und Abzahlung der Schulden, wenn auch schon für andere Ausgaben nicht unbedeutliche Summen notwendig wurden. Anders dagegen seit 1765, wo der Magistrat die Verwaltung der Bierpfenningskasse übernahm. Von da bis 1777 betrugen die Einnahmen 254,457 fl., davon gingen an Ausgaben für Regie, Deputate und Nachlässe, sowie die Zuschüsse zum Illuminationsamt 21,310 fl. ab, so dass der Stadt für die eigentlichen Zwecke 233,146 fl. blieben. Da jedoch die verschiedenen Bauten dieser Periode (Brücke, Magazinstadel, Hauptwache, sowie Pflasterung) im ganzen seit 1759 306,912 fl., seit 1765 aber nur ein geringes weniger erforderten, indem erst seit letzterem Jahr der grössere Bauaufwand begann, so lässt sich leicht ersehen, dass für Verzinsung und Abtragung der älteren Schulden nichts geschehen konnte, da eben für diese Zwecke nichts mehr übrig blieb. In der That wurden in diesem zweiten Zeitraum nur 2620 fl. Kapitalien heimbezahlt, während die Verzinsung der Schulden fast gänzlich ruhte. Auf wie viel sich infolge dieser Wirtschaft die Schulden der Stadt bis zum Jahre 1777 gesteigert hatten, darüber geben die Rechnungen keine Auskunft, da in denselben keine derartigen Vormerkungen aufgenommen waren. Man wird jedoch kaum fehl gehen, wenn man dieselben annähernd auf 300,000 fl. anschlägt¹).

Dritter Abschnitt.

Die Suspension des Bierpfennings von 1777—1781.

Aus der vorstehenden Schilderung ergibt sich, wie wenig bis zum Jahre 1777 der Bierpfenning der Stadt wirklich seinem Zwecke genügt hatte. Auf Jahre hinaus war, auch wenn die durch denselben zu tilgenden Schulden nicht durch weitere Bauten vermehrt wurden, sein Fortbestehen notwendig. Da trat für die Stadt völlig unvermutet ein Ereignis ein, das die damalige Interessenpolitik aufs schärfste beleuchtete und zugleich bewies, wie schnell die Regierung vergessen hatte, dass sie selbst es war, die den ursprünglichen Zweck des Bierpfennings zum Schaden der Stadt immer von neuem ausdehnt hatte.

Das letzte Regierungsjahr des Kurfürsten Maximilian III. Josephs war von Unterhandlungen mit der Landschaft erfüllt, welche darauf abzielten, einen grösseren Schuldposten auf die Schultern der allezeit unter dem Vorbehalt einer Gegenleistung bereiten Landstände abzuwälzen.

Im März 1777 gab die Landschaft ihre Einwilligung zur Uebernahme der „Genueserschuld“ im Betrag von zwei Millionen Gulden unter der Bedingung, dass der seit 1750 suspendiert gewesene vierte Bierpfenning wieder eingeführt und in die landschaftliche Kasse fliessen werde. „Derselbe sei ja keine

¹ Ende des Jahres 1779 betrugen die Schulden 319,000 fl.

neue Steuer, verursache somit weniger Geschrei im Land und habe den Vorzug, dass das gesamte Publikum zu diesem Pfenning indistinctim konkurriere, wo andere Auflagen gemeiniglich nur einen Teil des Publici beladen.“ Derselbe war auf vier Jahre ins Auge gefasst, mit eventueller Suspension für den Fall eines Teuerungsjahres. Eine längere Dauer dieser „extraordinairen devotesten Aushilf“ war nicht beabsichtigt ¹⁾. Unter dem 30. Mai ging der Kurfürst auf diesen Vorschlag ein, mit der ausdrücklichen Zusage, dass der neue Bierpfenning zwei Monate vor Beginn des Sudjahres ausgeschrieben werden solle. Ob derselbe Einwirkungen auf Bierpfenningsprivilegien einzelne Städte haben sollte, war bei den Verhandlungen nicht zur Sprache gekommen.

In der That wurde durch Generalmandat vom 7. August 1777 ²⁾ die Wiedereinführung des vierten Bierpfennings bekannt gemacht. Wie diese vom Publikum im allgemeinen aufgenommen wurde und ob sich insbesondere in den Kreisen der Konsumenten der Hauptstadt eine Bewegung gegen die Neubelastung geltend machte, ist aus den Akten nicht zu entnehmen, dagegen entstand — ob vor oder nach dem Mandat vom 7. August ist ungewiss — unter völliger Verleugnung des Charakters der Bierpfenninge, wahrscheinlich gestützt durch die Landschaft, eine sehr heftige Agitation in den Reihen der Vermittler des Aufschlags, der Bräuer ³⁾.

Da die Vorstellungen derselben nicht erhalten geblieben sind ⁴⁾, so sind wir bezüglich des Inhalts derselben und ihrer Motivierung auf Vermutungen angewiesen. Aus der Entscheidung des Kurfürsten ergibt sich aber, dass sie die Wirkung der Bierpfenninge so darstellten, als ob dieselben, wenn nicht geradezu eine Gewerbesteuer, so doch eine indirekte Steuer seien, deren Ueberwälzung auf die Konsumenten unmöglich sei. Das wagten Leute zu behaupten, die im Biersatz ausdrücklich jeden Pfenning ersetzt erhielten und die dazu ihrerseits bei der Feststellung der Höhe ihrer Steuervorleistungen in kaum zu rechtfertigendem Masse begünstigt wurden. Das schlimmste aber war, dass der Kurfürst oder seine Räte die Einseitigkeit der Behauptungen der Bräuer gar nicht durchschauten oder durchschauen wollten, sondern die Opposition gegen den staatlichen Pfenning dadurch niederschlugen, dass sie die Aufhebung des städtischen Pfennings beschlossen. Der 3. September 1777 war der Tag, an welchem die Kurzsichtigkeit der Regierung zum Ausdruck kam: „Ihr werdet begreifen“ (!), so heisst es in dem kurfürstlichen Reskript ⁵⁾ an die Stadt, „dass es fast unnatürlich sein wolle, dass die Bierbrauer von ihrem, lediglich für das hiesige Publikum erbrauenden Bier die ihnen obliegende Summe von 87,682 fl. ⁶⁾ beibringen, insofern es nötig sei, dass in diesen vier aufeinander folgenden Jahren, wo der mit unserer lieben und getreuen Landschaft abgeschlossene vierte Bier-

¹⁾ Im Jahre 1781 wurde dann freilich der vierte Bierpfenning auf „einige Jahre“ verlängert und blieb stillschweigend bestehen bis auf das Malzaufschlagsmandat von 1807.

²⁾ Bei Mayr 1784 Bd. I S. 519.

³⁾ Kurfürstliches Dekret vom 3. September 1777.

⁴⁾ Vorhanden ist nur eine, aus dem August stammende undatierte Vorstellung der Bräuer gegen die Ausdehnung der Klosterbrauereien und deren grosse Konkurrenz, in der auch die im kurfürstlichen Dekret vom 3. September enthaltenen Zahlen stehen.

⁵⁾ Dasselbe gelangte erst am 4. Oktober in die Hände des Magistrats.

⁶⁾ Hiervon betrug die Komposition für die landschaftlichen drei alten Bierpfenninge 4,000 und für den neuen vierten 17,182 fl.

pfenning eingebracht wird und wobei sich nichts abändern lässt, mit Einforderung des fünften Euch gnädigst verwilligten Pfennings eingehalten werde.“

Nach dem Wortlaut dieses Reskripts scheint sich die Suspension auf den Bierpfenning sowohl von dem in der Stadt gebrauten, als auch in die Stadt gebrachten Bier zu beziehen; auch die Thatsache, dass der „Zoll vom fremden Bier“ ein Korrelat des Bierpfennings war, spricht dafür. Der Hofrat vertrat diese Eigenschaft des Bierzolles, bis am 1. September 1779 der Kurfürst inkonsequenter Weise den Befehl gab, dem Magistrat bei der Erhebung des Thorzolls vom eingeführten Bier keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen.

Die Stadt war durch den Schlag, der sie damit traf, wie gelähmt. Sie bat zunächst am 6. Oktober um Suspension des Befehls des Kurfürsten; dies wurde jedoch am 24. desselben Monats abgelehnt, dagegen in anderer Richtung eventuell „thunliche Aushilf“ versprochen. Am 31. Oktober übergab dann der amtierende Bürgermeister eine umfangreiche Vorstellung, die in die Zerfahrenheit der städtischen Finanzen einen tiefen Blick thun lässt. „Wir sind nicht im stande, von anderen unseren Gefällen Ersparungen zu machen, und mit solchen unseren ferner notwendigen Kredit zu unterstützen; dann diese nehmen so ab, dass wir kaum mehr das Notwendigste, welches sich im Gegenhalt schier täglich vermehrt, zu besorgen wissen. — Zölle und Steuern ertragen weniger, weil erstere nur von denjenigen mehr einzufordern, welche diese verreichen mögen und letztere nur von denjenigen, welche solche bezahlen mögen.

„In dem von 1724 stammenden und seither wiederholt bestätigten Steuerprivilegio ist niemand, als die fürstlichen Räte, der Adel und die sechs ältesten Sekretarien, doch nur von ihrer besitzenden Wohnung von der Steuer ausgenommen. Nun aber kann kaum von einem Laternanzünder mehr eine Steuer eingefordert werden, alles will sich derselben entziehen, was immer mit dem gnädigsten Hofschutz begnadet und auch diejenigen, welche von letzteren wieder geschützt werden. Nur der kleine Rest der Bürgerschaft bleibt uns übrig.“

Da die Stadt mit solcher Darstellung ihrer Bedürftigkeit aber keinerlei Erfolg, ja nicht einmal eine Antwort erzielte, so verfiel sie auf einen nicht unklugen Gedanken, der an die bisherige Mangelhaftigkeit der Erträgnisse aller, auch der landschaftlichen Bierpfenninge anknüpfte. In einer Eingabe ad serenissimum vom 26. November machte sie angesichts der Aussichtslosigkeit, unter solchen Umständen den Bierpfenning wieder zu erhalten, folgenden Vorschlag: Da die von den Bräuern an die Landschaft zu zahlende Komposition augenscheinlich ausser Verhältnis mit der wirklichen Bierproduktion und Konsumtion der Stadt stand, so bat die Stadt, ihr gegen eine jährliche Ablieferung von 60,000 fl. an die Landschaft die Einbringung der vier¹⁾ Bierpfenninge zu übertragen, es müsse ihr dann aber überlassen bleiben, die Gefälle nach dem wirklichen Konsum und nicht nach der Komposition einzuholen. Auf den fünften Bierpfenning wolle die Stadt dann verzichten, und so sei allen Teilen, auch der Landschaft, die dann ferners keine Ausgaben auf Besoldungen und Nachlässe habe, geholfen.

Diesem Antrag wurden zugleich — ein Zeichen, dass es der Stadt Ernst

¹⁾ Offenbar handelte es sich nur um die drei ersten Bierpfenninge, denn von allen vier Pfennigen betrug ja das zu verreichende Kompositionsquantum mehr als 70,000 fl. Indem die Stadt an Stelle der bisherigen 54,000 fl. 60,000 fl. bot, wollte sie offenbar grössere Geneigtheit beim Kurfürsten und der Landschaft für ihren Plan hervorrufen.

war — Modalitäten der künftigen Erhebung beigelegt, die eine Einschränkung der bisherigen Hauptmängel der Ertragsfähigkeit des Gefälls zum Ziele hatten. Es waren nämlich drei Forderungen gestellt, zunächst dass der Adel „sich des von ihren eigenen Bräuhäusern hereinzubringenden Bieres billig und nicht übertrieben fassionieren“ sollte, d. h. dass der aufschlagsfreie Bezug von Bier an eine dem thatsächlichen Eigenkonsum entsprechende Maximalgrenze gebunden werde; weiter war gefordert, dass der bisherige Gebrauch, einzelne Bräuer zur Abnahme kurfürstlichen Bieres zu zwingen, der im Interesse dieser privatwirtschaftlichen Einnahmequelle statuiert war, aufgehoben, bezw. auf eine bestimmte Quantität beschränkt werde; diese Neuerung entsprang gewerblichen, wie finanziellen Einwirkungen des bisherigen Systems; endlich sollte das bisher lax gehandhabte Verbot des Bierverschleisses der Klöster neuerdings eingeschärft und wo der Verkauf auf Privilegium beruhte, wie besonders bei dem sogenannten Exjesuitenkloster¹⁾, eine billige Komposition gefordert werden.

Dieselben Vorschläge brachten Bürgermeister und Räte am 6. Dezember unmittelbar an die Landschaft, hier noch verbunden mit dem Hinweis, dass neue Auflagen ohne Beschwerde des Publikums nicht erdacht werden könnten und weder auf Wein, Salz noch Getreide ein Aufschlag gelegt werden dürfe und könne.

Dass dieser ganze, durch die Not eingegebene Gedanke ebensowenig auf fruchtbaren Boden fiel, wie die Versuche, eine Aufhebung des kurfürstlichen Reskripts vom 3. September zu erlangen, erscheint natürlich, wenn man sich erinnert, dass die Suspension des städtischen Gefälls nur deshalb erfolgt war, weil man sich zum Glauben bekannt hatte, dass eine Ueberwälzung der Bierpfennige nicht mehr möglich sei. Wenn schon bei dem Kompositionensystem dieser Wahn bestand, wieviel mehr musste er gegenüber einer reglementmässigen Einforderung der Bieraufschläge Platz greifen! Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten zu überwinden waren, warum sollte die Landschaft den aus einer Verbesserung der Perception fliessenden Gewinn der Stadt überlassen?

Ueber diese Bemühungen der Stadt starb in den letzten Tagen des Jahres der Kurfürst Maximilian III. Joseph, ohne dass, wie es scheint, eine Antwort auf die eben charakterisierten Eingaben erfolgt wäre.

Der Nachfolger Karl Theodor schien seiner neuen Hauptstadt mehr Entgegenkommen zu zeigen²⁾, denn in einem am 28. Juli 1778 an die Hofkammer erlassenen Reskript, welchem gemäss sich diese Stelle über die Wiederverleihung des fünften Bierpfennings aussprechen sollte, drückte der Kurfürst seinen Willen dahin aus, „dass er das Gesuch der Stadt allerdings begründet und billig finde, dass die gemeine Stadt und dero getreue Bürgerschaft in ihrem häuslichen Wesen und Nahrungsstande nicht beeinträchtigt werde.“ Aber diesem Willen folgte nicht die That, vielleicht weil Karl Theodor selbst anderen Sinnes wurde,

¹⁾ Dieser Name entstand nach der am 21. Juli 1773 durch Papst Klemens XIV. ausgesprochenen Aufhebung des Jesuitenordens.

²⁾ Das Aktenmaterial der Jahre 1778 und 1779 ist ein lückenhaftes. Dem Reskript vom 28. Juli 1778 ging offenbar eine (nicht erhaltene) Wiederholung der städtischen Bitten voraus, ausserdem erfolgten am 7. Dezember 1778, am 15. März, 17. Mai und 23. Dezember 1779 Vorstellungen, die eine Verbescheidung nicht erzielt zu haben scheinen.

vielleicht weil die dem städtischen Gemeinwesen feindlichen Elemente eine zu grosse Macht über den Kurfürsten hatten.

Am 26. März 1779 gab er der Stadt geradezu unverblümt kund, dass „die obwaltenden Umstände nicht gestatten, eine entscheidende Aeusserung zu thun“.

Eine Reihe von Vorstellungen, meist nur dem Datum nach bekannt, mag sich in denselben Bahnen bewegt haben, wie die Eingabe vom 28. Oktober 1777. Da die Darstellung der eigenen Not keine Wirkung hatte, so versuchte es die Stadt, aus der Entstehung der lokalen Bierpfenninge zu erweisen, dass dieselben eine notwendige Einnahmequelle der Gemeinden bilden ¹⁾.

Das lag um so näher, als man bei der Wiedereinführung des vierten Pfennings nur den Lokalpfenning Münchens suspendiert hatte, während andere Städte im Genuss desselben geblieben waren.

Schon im 17. Jahrhundert sei eine Reihe von Städten und Märkten ²⁾ im Genuss eines Bierpfennings gestanden, teils um ihre Schulden abtragen, teils um laufende Ausgaben bestreiten zu können. Diese Entwicklung habe einen ganz natürlichen Grund gehabt; denn bei fast allen Gemeinden seien die Einnahmen in den letzten 50—100 Jahren gleich geblieben, während die Schulden infolge der Kriege und die laufenden Ausgaben infolge der höher werdenden Besoldungen und Löhne sich bedeutend vermehrt haben. Als man 1777 wieder den vierten Pfennig eingeführt habe, belies man den übrigen Gemeinden ihren Lokalaufschlag, „nur bei der Stadt München machte man unglücklicherweise und unwissend aus welchen Ursachen eine besondere Ausnahme. So wie wir vermeinen, so glaubte man höherer Orten, das Bier in München werde durch den fünften Bierpfenning dem gemeinen Mann verteuert, man glaubte die Stadt München könne einige Jahre mit dem Bauen einhalten und den dahin gewidmeten Bierpfenning entbehren, ohne zurückzusehen, dass der Bierpfenning allen Städten in Bayern ein schon oben deduziertes notwendiges Surrogat geworden sei, ohne zurückzusehen, dass die Stadt München unter heiligster, landesherrlicher Versicherung viele tausend Gulden Schulden auf diesen Bierpfenning zum voraus schon kontrahiert habe.“

In ganz Bayern sei seit 1777 das Bier um einen Pfennig teurer geworden, „warum soll der Münchener Einwohner melioris und die Stadt München pejoris conditionis geworden sein, als alle übrigen Städte Bayerns, oder erstreckt sich das Auge der Polizei nur auf die Stadt München allein?“ — „Warum bezieht die löbliche Landschaft im ganzen übrigen Land Bayern noch actu den vierten Bierpfenning, ohne dass alle übrigen Städte ihren fünften Bierpfenning, gleich es bei uns geschehen ist, verloren hätten?“

Aber auch dieser Appell an die Billigkeit des Kurfürsten blieb erfolglos.

Inzwischen hatte der Ausfall der Bierpfennungeinnahme, die schon vordem, wie oben ausgeführt, ihrem Zweck nicht entsprochen hatte, die Wirtschaft der

¹⁾ Das folgende nach einem einer Vorstellung vom 17. Mai 1779 beigelegten „Promemoria zur Erläuterung der Bierpfenningsgeschichte der Städte und Märkte in Bayern, insonderheit derjenigen der Stadt München“.

²⁾ Landshut und Ingolstadt sind expressis verbis erwähnt. Aus dem Promemoria geht zweifellos hervor, dass München vor 1749 keinen Bierpfenning gehabt hat.

Stadt an den Rand des Bankrotts gebracht. Dass neben den Einnahmeausfällen insbesondere die Ordnungslosigkeit des Rechnungswesens und das Fehlen einer zentralisierten Kassenverwaltung an dem jammervollen Zustand schuld war, ist schon im ersten Abschnitt hervorgehoben worden; kein Wunder, dass das Entgegenkommen der Regierung darauf fusste, den verrotteten Haushalt der Stadt von den sein Mark verzehrenden Auswüchsen zu befreien.

Der erste Schritt hierzu wurde gethan, indem der Kurfürst unter dem 22. April 1780 den Befehl gab, eine aus staatlichen und städtischen Beamten gemischte Kommission solle den Stand der Einnahmen und Ausgaben, des Vermögens und der Schulden der Stadt genau feststellen und ein Urteil darüber abgeben, auf welche Weise „dem Uebel für das Verfllossene zu steuern, fürs Zukünftige aber die städtische Haushaltung durch Beschränkung unnützer Ausgaben in bessere Ordnung zu bringen, und was endlich zur Erreichung des wahren Endzwecks durch anderweit erforderliche Aushilfsmittel an vorhin genossenen Salzgratialis, Bierpfenning, auch Zollgefällen auf gewisse Jahre allenfalls zu bewilligen sein möchte“.

Auf die Ergebnisse der in den folgenden Monaten vorgenommenen Prüfung des Stadthaushalts kann hier nicht eingegangen werden, umsomehr als einzelne Aktenstücke, soweit sie überhaupt vorhanden, schon an anderem Ort verwertet worden sind¹⁾. Zu Ende des Jahres 1780 befanden sich die Berichte der Kommission in den Händen des Kurfürsten.

Mit solcher, wie man doch annehmen darf, wohlgemeinten Genauigkeit war indessen der bedrängten Stadt nicht gedient. Schon erschien es zweifelhaft, ob mit Endigung der vierjährigen Suspensionsperiode der Bierpfenning wieder an die Stadt zurückfallen werde. Da wagte sie einen kühnen, aber allein noch zur Beschleunigung der Entschliessung des Kurfürsten übrigen Schritt. „Verlegenheit erzeuget Ueberlegung und Ueberlegung Mittel zur Aushilfe“²⁾. Man verfiel im März 1781 auf das drastische Mittel, den Stadtkämmerer anzuweisen, an die Gläubiger keine Interessen mehr zu bezahlen. Nicht, als ob damit eine wesentliche Ausgabenersparnis hervorgerufen worden wäre, denn die Zinszahlung war in den letzten Jahren überhaupt eine kärgliche gewesen: der Schwerpunkt lag darin, dass man öffentlich die schon lange bestehende Zahlungsunfähigkeit zugestand. Dass man die interessierte Bevormundungspolitik der Regierung als indirekte Veranlassung der Massregel ansah, geht aus den Auslassungen hervor, die der damalige Stadtkämmerer der Meldung von der Massregel der Stadt an den Kurfürsten unter dem 26. März 1781 beifügte: „Dieser Auftrag,“ so heisst es da unter anderem, „obwohlen ich den Magistrat bei unserem Mangel nicht verdenke, gereicht uns und höchst dero selbstigen Residenzstadt zur öffentlichen Schande und der Schaden ist unersetzlich.“ „Ich zittere vor Schande, wenn ich mich dieses abscheulichen Vorfalls erinnere;

¹⁾ Ueber die Verwendung des Bierpfennings bis 1777, entnommen einem Kommissionsbericht vom 5. Dezember 1780, s. oben S. 278 ff. Ausserdem sind noch vorhanden undatierte „puncta observanda bei Verbesserung der städtischen Finanzen, vorgeschlagen von der churfürstlichen gnädigst deputierten Lokalrechnungskommission Münchens“, die Grundlage des nachher zu erwähnenden Rechnungsreskripts vom 7. Juli 1781, welche im ersten Abschnitt dieses Aufsatzes Verwendung fanden.

²⁾ Vortrag vom 3. August 1798 über die Geschichte des städtischen Bierpfennings.

wer immer Ew. churfürstliche Durchlaucht zu kennen die Gnade und das Glück geniesst, wird unmöglich glauben, dass der Magistrat in München, in höchst dero selbstigen Residenzort über ihre so vielen und dringlichste Vorstellungen nicht erhöret werde!“ — — „Man wird mit Misstrauen und Verachtung auf uns zurücksehen, in der Mutmassung, dass entweder Verschwendung oder Untreue diesen spöttlichen Schritt verursacht haben.“ Und doch hat die letztjährige Kommission erkannt, dass unsere Ausgaben und zwar unvermeidliche Ausgaben zu gross, und die Einnahmen zu geringe seien.“

Wenn man bedenkt, dass mit Ende 1779 die Schuldenlast der Stadt die Summe von 318,941 fl. erreicht ¹⁾ und seitdem natürlich noch überschritten hatte und bei einem durchschnittlichen Zinsfuss von 5 Prozent etwa 16,000 fl., d. h. $\frac{1}{4}$ der derzeitigen Einnahmen der Stadt auf Verzinsung erforderlich waren, so kann man diese Massregel der Gemeinde, so sehr er auch auf den Kredit wirken mochte, nicht verurteilen; es galt eben die dilatorische Politik der Regierung, welcher durch die vielfachen Bitten der Stadt dieses Endergebnis schon lange vor Augen geführt war, zu brechen, koste es, was es wolle.

Dieses Ziel scheint nun allerdings München mit seinem verzweifelten Schritt erreicht zu haben. Denn sowohl die Verwertung der kommissionellen Gutachten, als die Frage der Wiederverleihung des Bierpfennings wurde nun in etwas beschleunigterem Tempo erledigt.

Ganz dem Reskript vom 22. April 1780 entsprechend, wurde aber der erstere Punkt vor dem letzteren geregelt. Die Oberlandesregierung scheint hierbei, wohl durch die Zinszahlungseinstellung der Stadt aus ihrer Ruhe geschreckt, ein sehr radikales Vorgehen befürwortet zu haben, indem sie nämlich eine Art von Sequestration der städtischen Finanzverwaltung in den Händen einer eigenen Kommission ins Auge fasste. Diesen Antrag wies aber der Kurfürst am 7. Juli als zu durchgreifend ab und befahl, dass der Magistrat selbst an die Neuordnung seines Haushaltes gehen sollte. Die Grundlagen hierfür wurden in dem sog. Rechnungsreskript vom gleichen Tage bestimmt.

Dasselbe enthielt neben der allgemeinen Vorschrift, dass die Rechnungen der Stadt künftighin nach neuen Formularen jährlich abzufassen und vorzulegen seien, insbesondere über die einzelnen Einnahmen der Stadt, sowie wichtigere Ausgabeposten eine Reihe von Normen, die zur Sicherung gegen Hinterziehungen und Unterschlagungen dienen sollten.

Um einzelnes hervorzuheben, so war, was zunächst die Einnahmen betrifft, bei den Stadtoberrihteramts- und Jurisdiktionsgefällen eine vollkommene Verrechnung und genaue Anwendung der Taxordnung anbefohlen, wogegen die unter dem Vorwand polizeilicher Zwecke eingeforderten Taxen beseitigt werden sollen. All diese Sporteln waren bisher der Stadt entgangen, da sie den Amtsträgern überlassen worden waren, und hatten infolge der Interessiertheit der Beamten einen ganz willkürlichen Charakter angenommen. Bei der Stadtsteuer sollte das Nachlassunwesen abgeschafft und auf die Erzielung wahrheitsgetreuer Steuerfassion, auf Herstellung entsprechender Kataster Bedacht genommen werden und keinerlei Freiheiten, auch nicht der städtischen

¹⁾ Nach der Enquete der am 22. April 1780 anbefohlenen Kommission zur Untersuchung des städtischen Haushaltes.

Ober- und Unterbeamten, mehr stattfinden. Für die Nachsteuer und Freigelder sollte ein besonderes Einschreibebuch, für die Bodenzinse ein neues Saalbuch angelegt werden. Für die Stadt-, Waag-, Brücken- und Zollgefälle, bei welchen Defrauden und Unterschlagungen in grösserem Umfang an der Tagesordnung waren, wurde die schärfste Kontrolle des Rechnungswesens vorgeschrieben. Zur Paralysierung der starken Bürgerabnahme, die auf die Steuerkraft der Stadt weittragend einwirkte, war befohlen, den Handwerkern und Arbeitern all beförderlichen Vorschub zu leisten, die Taxen und Sporteln beim Immobiliaverkehr, bei der Bürgeraufnahme und in den Zünften einzuschränken. Mit der Forderung der Verrechnung aller Gebühren stand es im Einklang, dass die städtischen Beamten künftig fixe Besoldungen erhalten sollten, deren Höhe genereller Regelung unterlag. Zugleich war thunlichste Verminderung der Aemter anbefohlen. — Die Bauten sollten fortan unter genauer Kontrolle über die verwendeten Materialien erfolgen und eingehende Rechnungen über Material und Geldaufwand erstattet werden. Die Veräusserung städtischen Eigentums ohne Einwilligung der Oberlandesregierung war streng untersagt, bei Verkäufen Privater an Nichtbürger der Stadt das Verkaufsrecht vorbehalten.

Dies sind die Grundzüge des Rechnungsreskripts vom 7. Juni 1781, die allerdings in manchen Punkten eine vollständige Umwälzung des städtischen Haushalts forderten, aber auch, wenn gewissenhaft eingehalten, den auffälligsten Mängeln des herrschenden Systems zu begegnen geeignet waren.

Dass der Kurfürst in der Regelung der vorstehend geschilderten Verhältnisse den Boden erblickte, auf welchem man an eine Wiederverleihung des Bierpfennings denken könne, geht aus dem Schlusse des Rechnungsreskripts hervor, in welchem von der Oberlandesregierung ein Gutachten darüber erfordert wurde, ob der Stadt „in Zuversicht eines zweckmässigen¹⁾ Gebrauchs“ der ganze oder halbe Bierpfenning wieder gewährt werden solle.

Wie diese Rückäusserung ausfiel, ist nicht aus den Akten zu entnehmen; uneingeschränkt bejahend scheint sie nicht gelautet zu haben²⁾.

Ebensowenig entgegenkommend zeigte sich die am 28. Juli vom Kurfürsten zum Bericht aufgeforderte Landschaft, an welche fast zu gleicher Zeit sich auch die Stadt nochmal gewandt hatte (2. August), unter dem Hinweis auf die Kalamität der Verwüstungen der Isarufer, denen in den letzten Jahren nur mit Aufbietung der grössten Opfer (die Hälfte der städtischen Einnahmen wurde davon verschlungen) begegnet werden konnte. Die Unfähigkeit der Landschaft, andere Interessen als die eigenen rückhaltslos zu unterstützen, zeigt sich auch hier wieder in hellem Licht. In ihrer Antwort vom 11. August schlug sie wieder einmal den von ihr so oft beliebten dilatorischen Weg ein, indem sie erklärte, sie verspare sich ihr Gutachten — das jedoch, wie man zwischen den Zeilen lesen kann, verneinend ausgefallen wäre — so lange, bis sie von sämtlichen Akten Einsicht genommen habe. Mag sie auch Bedenken zu Gunsten des Publikums gehabt haben, so war ihr doch wohl der Kardinalpunkt der ruhige Genuss des vierten Bierpfennings, der ihr vielleicht streitig

¹⁾ Hier ist denn doch die Bemerkung nötig, dass an einem „unzweckmässigen“ Gebrauch des Bierpfennings vor 1777 die Regierung selbst schuld war, indem sie der Stadt die mannigfachen Bauten auftrug.

²⁾ S. weiter unten eine Aeusserung derselben vom 27. August 1781 S. 39.

gemacht oder geschmälert werden konnte, wenn die Stadt wieder den fünften Bierpfenning bekam ¹⁾).

Man mag billig zweifeln, ob der Kurfürst nicht auch jetzt noch der Stellungnahme dieser beiden, oft so massgebenden Faktoren gefolgt wäre und die definitive Entscheidung wieder vertagt hätte; da erklärte die Stadt am 14. August in kurzem, beinahe lapidaren Stil, dass sie an Barschaft und Kredit völlig aufgezehrt sei und weder die zum Schutz ihres Gebiets erforderlichen Wasserbauten noch auch nur die der städtischen Gewerbethätigkeit dienende Bachauskehr vornehmen könne. Diese, noch tiefer als die Zinszahlungseinstellung in das Leben der Stadt einschneidenden Thatsachen gaben endlich den Anlass, dass der Kurfürst alle Einwendungen der Oberlandesregierung und der Landschaft beiseite setzte und am 18. August der Stadt zunächst für fünf Jahre, „in Hoffnung einer besseren Wirtschaft“ den Bierpfenning zurückgab, den ihr eine einsichtslose Regierungspolitik entzogen hatte ²⁾).

Die Bräuer hatten zwar angesichts dieser unverantwortlich hinausgezogenen Pflichterfüllung noch den Mut, „namens des Militärs und gemeinen publico, welchem der Trunk auch grossenteils zur Nahrung dient“, zu protestieren, und die Oberlandesregierung fand es für nötig, sich diesen Protest anzueignen, indem sie am 27. August sich ausdrücklich dagegen verwahrte, an etwaigen späteren Beschwerden schuldig gemacht zu werden; aber eine Berücksichtigung fanden die beiden Aktenstücke glücklicherweise nicht mehr, vielmehr wurden durch ein kurfürstliches Reskript vom 7. September 1781 die notwendigen Bestimmungen über den Zweck und die Rechnungslegung getroffen, die das Reskript vom 7. Juli ergänzten.

Als Zweck des wiederverliehenen Bierpfennings war „vorzüglich“ die Abtragung unzweifelhafter und liquider Schulden, daneben aber auch andere unumgängliche Ausgaben, unter welchen Wasser- und Wuhr- (Wehr-) Bauten ausdrücklich hervorgehoben waren, bezeichnet.

Die Verrechnung sollte in besonderen, jährlich vorzulegenden Rechnungen erfolgen, die Schulden und Zinsrückstände nicht nach Willkür, sondern nach billigen Vorzugsgründen klassifiziert werden; die Bezahlung jedes einzelnen Schuldpostens, sowie die Aufnahme neuer Passivkapitalien wurde von der Genehmigung der Oberlandesregierung abhängig gemacht. Ausserdem war das Gebot strengster Sparsamkeit im ganzen Haushalt, sowie das Verbot der Veräusserung von Aktivkapitalien oder sonstigen Vermögensteilen wiederholt. —

Ein wesentlicher Fortschritt war, das darf nicht verkannt werden, mit diesem Reskript im Vergleich mit den Verhältnissen vor 1777, abgesehen von der Kontrolle der Rechnungslegung nicht erreicht worden. Für alles und noch einiges andere sollte der Bierpfenning dienen, während er zur Schuldzinszahlung kaum, zur Tilgung der Schulden überhaupt nicht hinreichte. Es gab nach dem Rescript vom 18. August für die Stadt nur zwei Möglichkeiten, entweder den Zweck des Bierpfennings einzuengen auf das Gebiet der Zinsenzahlung, oder zu versuchen, die Perception in dem schon im November 1777 angedeuteten

¹⁾ Das Schriftstück lässt entnehmen, dass auch an einen Aufschlag von dem zur Schranne kommenden Getreide gedacht war.

²⁾ Diese Gnade hatte die Stadt mit der Summe von 416 fl. an Steuern und Trinkgeldern zu bezahlen.

Sinn umzuändern. Wie der Widerstreit der Interessen in den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten sich geltend machte, da die Stadt die letztere Alternative wählte, wird im folgenden Abschnitt zur Darstellung gelangen.

Vierter Abschnitt.

Der Bierpfenning von 1781 bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts; Komposition oder Reglement?

Was der Kurfürst am 18. August 1781 der Stadt gegeben hatte, war eine Mischung von Vollkommenem und Unvollkommenem. Auf der einen Seite war der Bierpfenning als subsidiäres Hilfsmittel für alle grösseren Ausgaben bezeichnet und bis ins einzelne gehende Bestimmungen über Verwendung und Verrechnung des Gefälls getroffen worden, auf der anderen Seite fehlte jede Lösung der Fesseln, die seit Jahrzehnten über die Perception des Aufschlags in Staat und Gemeinden geworfen waren. In dieser vielleicht absichtlichen Unvollständigkeit des regierenden Willens, der sich sonst doch so unverhüllt auszudrücken beliebte, lag die Schwierigkeit der Lage der Stadt. Aus dem Bierpfenning das zu machen, was er sein musste, wenn er wenigstens in Einzelfällen über den Rahmen eines Schuldentilgungsmittels ohne Vernachlässigung dieser seiner Grundbestimmung hinausgehen sollte, das war ein Problem, welches allein der Weisheit der Stadt überlassen blieb, nachdem die Regierung nicht daran gedacht hatte, die erfolgreiche Durchführung durch eine unzweideutige Bestimmung in dem Reskript zu unterstützen.

In mehrfachen Stufen bewegten sich während der folgenden zwei Jahrzehnte die Versuche der Stadt, den Bierpfenning ertragreicher zu gestalten. Während die ersten beiden 1782 und 1785 sich nur auf eine Erhöhung der Komposition bezogen, war der dritte auf die Einführung der sudweisen Erhebung gerichtet, ohne dem Ziele näher zu kommen. Dieser Erfolglosigkeit des Hauptbestrebens gegenüber konnten die daneben auf dem Gebiet der Exemptionen erreichten Vorteile eine Bedeutung nicht gewinnen.

Schon bald nach der Wiederverleihung des Bierpfennings, in einer Ratssitzung am 14. Januar 1782 (ob nach vorgängigen Verhandlungen ist nicht zu ersehen) wurde beschlossen, von den Bräuern eine Komposition von 24,000 fl. oder wenigstens 20,000 fl. zu verlangen. Diese erhoben Ende Februar Beschwerde dagegen; den alten Klagen über ihre schlechte Lage gesellte sich die Behauptung bei, der erhöhte Bierpreis (nämlich wegen des fünften Pfennings) habe auf ihren Bierabsatz lähmend gewirkt, von ihren Zapfenwirten ausserhalb der Stadt könnten sie denselben nicht verlangen, da ihnen sonst der Absatz dort verloren gehe. Ihre Hauptangst aber war, die Erhöhung der städtischen Komposition werde auch die Landschaft zu einer Steigerung ihrer Kompositionen veranlassen. — Wie es mit dem Darniederliegen des Gewerbes beschaffen war, kennzeichnete die Stadt am 15. Mai; die Bräuer hatten 4500 Suden seit Herbst 1781 gemacht; auch wenn man unter Abzug des Haustrunks jeden Sud nur zu 20 Eimer anschlug, ergab sich ein Aufschlagsersatz von mehr als 22,000 fl. Die Stadt wies daher die Einwendungen der Bräuer ab. Diese aber verweigerten

beharrlich die Bezahlung einer höheren Komposition, so dass die Stadt am 19. Juni beschloss, die Summe auf 18,000 fl. zu ermässigen, wovon die früheren 16,500 fl. als Bierpfenningskomposition, die weiteren 1500 fl. als Extrabeitrag zu den Wasser- und Wuhr(Wehr)bauten zu gelten hatten¹⁾. Auf diese Summen gingen die Bräuer, froh einen so guten Handel mit der nachgiebigen Stadt gemacht zu haben, ein.

Wie jämmerlich muss dieser erste Versuch der Stadt erscheinen, da die Thatsachen der Produktionsausdehnung für ihr anfängliches Vorgehen so unwiderleglich gesprochen hatten!

Der Dank der Bräuer für diese Schwäche ihrer Stadt, die sich noch darin weiter bewährte, dass denselben zu Anfang 1783 allerdings nur „für dermalen“ wegen gestiegener Gerstenpreise der Wasserbaubeitrag von 1500 fl. nachgelassen wurde, bestand darin, dass sie im Februar 1783 den Kurfürsten angingen, den Lokalbierpfenning wieder auf vier Jahre zu suspendieren oder doch ihre Komposition auf die Hälfte herabzusetzen — oder was das beste in der augenblicklichen Teuerungszeit sei, auch den vierten Bierpfenning durch eine direkte Steuer zu ersetzen.

Landschaft und Stadt protestierten hiegegen am 7. und 11. März und so scheint diese neuerliche Chikane ohne Erfolg geblieben zu sein.

Aehnlich wie 1782 erging es 1785/86 einem Versuch der Stadt, die Komposition hinaufzuschrauben; dieselbe Art der Anforderung, ohne den festen Willen sie durchzuführen. Bei Beginn des Sudjahres 1785 forderte man 24,000 fl. statt der bisherigen 18,000, wieder auf Grundlage der thatsächlichen letztjährigen Produktion; die Bräuer boten dagegen — sie fassten die 1500 fl. vom Jahre 1782 immer als freiwilligen Beitrag auf — die Weiterbezahlung der 1500 fl. neben der bisherigen Komposition von 16,500. Am 8. Oktober ermässigte die Stadt ihre Forderung auf 3500 fl. statt jener 1500, dann am 13. März 1786 auf 2500 fl. und das Ende war, dass die bisherigen Summen blieben.

Dass diese Energielosigkeit der Stadt auf finanziellem Gebiet, die seltsam abstach gegen die Sucht, alle von alters herstammenden Privilegien sich zu erhalten — gerade um die gleiche Zeit hatte sie von Karl Theodor eine Bestätigung verschiedener Justizvorrechte zu erreichen gewusst²⁾ —, ein rascheres Abnehmen der städtischen Schulden verhinderte, liegt auf der Hand. Zu Ende des Jahres 1790 betrug die Schuldenlast noch 281,283 fl., für deren Verzinsung 12,337 fl., sohin $\frac{3}{4}$ der dermaligen Bierpfenningskomposition nötig waren.

Der dritte Versuch der Stadt, aus dem Bierpfenning mehr Kapital als bisher zu schlagen, hängt aufs engste mit den im Laufe des Jahres 1790 eingetretenen Verwickelungen zwischen der Staatsregierung und dem Stadtregent zusammen. An diesem Ort kann natürlich auf eine Darstellung der Einwirkungen des landesfürstlichen Absolutismus auf die Freiheiten der Städte ebenso wenig eingegangen werden wie auf die Art und Weise, in welcher die landes-

¹⁾ Dieser Wuhr- und Wasserbeitrag floss nicht in die Bierpfenningskasse, sondern unmittelbar in die Stadtkammerkasse und wurde dort für laufende Zwecke verwendet.

²⁾ Bauers Verwaltungsbericht der Stadt München 1845, ungedruckt in der magistratischen Bibliothek, Bogen 21.

herrliche Gewalt in München zur Geltung gelangte¹⁾. Nur so weit diese Politik auf den Gegenstand vorliegender Arbeit Bezug hatte, kann dieselbe gestreift werden. Nachdem die Staatsgewalt schon seit dem 17. Jahrhundert, in eingreifender Weise seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sich auf die öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen innerhalb des Staatsverbandes auszudehnen begonnen²⁾ und seit der Mitte der achtziger Jahre den Privilegien der einzelnen Städte den Krieg erklärt hatte³⁾, benützte der Kurfürst das Parteigezänk und Differenzen zwischen Stadt und Regierung, auch der Residenz die Macht seines Armes fühlen zu lassen; unter dem 22. Dezember 1790⁴⁾ bestätigte er die Wiederwahl des bisherigen Magistrats nicht und rief zugleich, da die Neuwahlen sich infolge der Beabsichtigung durchgreifender Aenderungen in der Wahlordnung hinausziehen mussten, interimistisch eine aus kurfürstlichen höheren Beamten zusammengesetzte Administration ins Leben, der bis zur Wahl des neuen Magistrats die Verwaltung aller Geschäftszweige, insbesondere auch des städtischen Finanzwesens übertragen wurde. Dieser Kommission nun ist es zu verdanken — man kann wohl sagen, infolge ihrer Unabhängigkeit von den Strömungen innerhalb der Bürgerschaft —, dass sie am 16. Juli 1791 dem Kurfürsten den Vorschlag unterbreitete, damit die Stadt „nicht immer in ihrer Schuldenlast versenkt bleibe“, das Kompositionswesen vom nächsten Sudjahr an (Ende September) aufzuheben und von nun an den Bierpfenning von jedem einzelnen Sud ohne Ausnahme einzubringen.

Karl Theodor trat diesem Vorschlag auffällig schnell bei, indem am 8. August schon eine kurfürstliche Resolution und dem entsprechend am 7. September ein Hofkammerbefehl erging, wonach die Komposition sofort aufzukündigen und der Aufschlag fortan „ohne eine parteiliche Rücksicht Sud für Sud respektive nach dem wirklichen Verschleiss“ zu percipieren war.

Am 14. September gab auf diese Weisungen hin die Stadt den Bräuern den Befehl, künftig vor dem Brechen des Malzes Polleten zu erholen, ein Stück desselben nach gehöriger Ausfüllung bei dem Müller zum Zweck der Kontrolle zu belassen, das andere beim Magistrat behufs Feststellung der Aufschlagsgrösse einzuliefern.

Indessen hatte die Stadt ihre Rechnung auch diesmal wieder ohne den Wirt gemacht. Schon am 20. August hatte die offenbar von den Bräuern angestachelte Landschaft gegen die Aufhebung der Komposition Einwendungen erhoben, die in der Behauptung ihres ausschliesslichen Rechts auf alles, was die Bierpfennige anging, sowie der Schwierigkeit der sudweisen Erhebung gipfelten. Die Bräuer ihrerseits versteckten sich hinter der Landschaft, ohne deren Zustimmung keine Abänderung in dem Bierpfenning erfolgen könne (19. September) und beriefen sich auf das Recht einer halbjährigen Kündigung.

Beide Faktoren hatten ein um so leichteres Spiel, als die Hofkammer

¹⁾ Vgl. darüber von Maurer, Städteverf. in Deutschland, Bd. 4, S. 246 ff. Hübner, Beschreibung der Stadt München 1805, 2. Abt. Statistik S. 160 ff.

²⁾ Instruktion für Städte und Märkte von 1748, Mayr 1771 S. 558. Vgl. auch Städt- und Marktordnung vom 1. Januar 1784.

³⁾ Mandat vom 31. August 1785 (Mayr 1788 S. 1008) und gegen München speziell Mandat vom 20. Dezember 1788, Mayr 1797 S. 3.

⁴⁾ Mayr 1797 S. 16.

auf ihrer Seite stand. Ob letztere unmittelbar eine Sinnesänderung beim Kurfürsten hervorzurufen wusste, ist unklar; aber es erging von ihrer Seite am 20. September der Auftrag an die Stadt, es einstweilen noch bei dem Kompositionensystem zu belassen, bis eine weitere kurfürstliche Resolution erfolgt sein würde. In den Gründen zu diesem „Instand“ bemerkte die Hofkammer ausdrücklich, dass sie keine Gegnerin einer entsprechenden Erhöhung der Komposition sei und die Befürchtung einer Produktionsschädigung der Bräuer nicht anerkennen könne, aber sie müsse einer sofortigen Perceptionsänderung widersprechen, da hierzu eine halbjährige Kündigung der bisherigen Komposition notwendig sei.

Die in Aussicht gestellte Resolution des Kurfürsten blieb jedoch aus und so waren auch diesmal die Hoffnungen der Stadt wieder vernichtet. Dass man in der Stadt gegenüber der Suspension vom 20. September nicht unthätig blieb, geht schon ¹⁾ aus den in den nächsten Monaten einlaufenden Gegenberichten hervor, die wiederholt die Stellung der einzelnen Regierungsfaktoren präzisierten.

Zunächst erhob am 14. November die Landschaft nochmals Protest gegen die Aenderung der Perception, da „dies eine in das uns privative eingeräumte Aufschlagsrecht einschlagende Sache“ sei; dann gab am 9. Dezember die Oberlandesregierung die ihr am 17. November aufgetragenen Erinnerungen über die Aufhebung der Kompositionen ab; in der That sei diese Massregel aus formellen wie materiellen Gründen unzulässig, denn einerseits sei hierzu eine richtige, halbjährige Kündigung erforderlich, anderseits beruhe das bisher herrschende Kompositionensystem auf rechtlicher Basis, indem es durch die Mandate vom 5. Mai 1753 und 18. September 1760 beziehungsweise bestätigt worden sei. Neben diesen rechtlichen zählte die Oberlandesregierung noch volkswirtschaftliche Gegengründe auf: die Notwendigkeit grösserer Ausgaben auf Kontrolle und Perception (an die Erhöhung der Einnahmen wurde dabei nicht gedacht), ferner kehrte die alte Idee von der Wahrscheinlichkeit einer Belastung der Produzenten wieder, endlich wurden der Befürchtung Worte verliehen, dass sich grössere Ausstände ergeben und diese die ganze Perceptionsumänderung illusorisch machen könnten. (Das war nur in etwas veränderter Form die alte Furcht vor einer nach dem Konsum sich richtenden Elastizität des Aufschlagsertrags). Uebrigens war die schon angeregte Erhöhung der Komposition warm empfohlen.

Bei solcher Verschiedenheit der Meinungen ist es nicht zu verwundern, dass der Kurfürst nicht sofort sich für die eine oder andere entschied.

Am 4. Februar 1792 gab er der Oberlandesregierung den Befehl, zur Klärung der Ansichten und behufs Fassung einer höchsten Entschliessung den Zusammentritt einer aus allen Parteien gemischten Kommission zu veranlassen, und nach erfolgtem Meinungsaustausch ihm Bericht zu erstatten. Diesem Auftrag wurde zwar nicht wörtlich Folge geleistet, denn Sitzungen unter gleichzeitiger Teilnahme aller Faktoren fanden nicht statt, wohl aber wurden die Bräuer zu wiederholter Aeusserung veranlasst und traten die Stadt und Ober-

¹⁾ Städtische Vorstellungen sind bis zum März 1792 keine vorhanden ausser einem vom 14. Oktober 1791 datierenden Bericht über die bisherige Bierpfenningsgeschichte, bei welcher ein Eingehen auf die vorliegende Streitfrage vermieden war.

landesregierung mehrfach, am 16. und 26. März zusammen, während die Hofkammer zu erscheinen ablehnte und ein schriftliches Gutachten abgab. Hierdurch kam es, dass die schliesslichen Anträge der Oberlandesregierung sich im allgemeinen mit den Aeusserungen der Stadt deckten, was allerdings schon ein Gewinn war.

Betrachten wir zunächst nochmal die Kundgebungen der Streitsteile und der beteiligten Behörden (die Landschaft scheint absichtlich übergangen worden zu sein, weil man von ihr nur die schon erwähnten prinzipiellen Einwürfe zu gewärtigen hatte), so blieben die Bräuer, denen am 2. und 22. März Gelegenheit zur Aeusserung gegeben worden war, auf ihrem bisherigen Standpunkte stehen, indem sie gegen eine Erhöhung der Komposition ebenso sehr protestierten, wie gegen eine Veränderung der Perception überhaupt. Man könne ihnen nicht zumuten, so meinten sie, den landschaftlichen Aufschlag nach der Komposition, den städtischen nach dem Reglement zu bezahlen, als ob die letztere Erhebungsweise eine mit der Komposition nicht zu vereinende Umgestaltung des Sudwesens mit sich führe. Wollte aber etwa auch die Aufhebung der landschaftlichen Kompositionen ins Auge gefasst werden, so sei daran zu erinnern, dass die bisherigen Kompositionen eine Art von Kompensation dafür bilden, dass die Biersatzregulierung den neuerlichen Material- und Sudkostenerhöhungen nicht gefolgt sei. Die Aufhebung aller Kompositionen unter Beibehaltung der seitherigen Biertarifierung werde zum Ruin des Bräuergewerbes führen. — An dieser letzteren Behauptung war richtig nur, was über die noch in Kraft befindliche Biersatzbestimmung gesagt war. Diese hatte allerdings einen niedrigen Ansatz für Sudkosten¹⁾. Indessen wurde dieser Fehler durch die sonstigen Vergünstigungen sowie durch eine hohe Gussführung weit ausgeglichen.

Wenn eine grössere Ertragsfähigkeit des Bierpfennings angestrebt werden wolle, so möge man zuerst die Hand an die Privilegien legen, in deren Genuss das Hofbräuhaus und die Klosterbrauereien²⁾ standen. Dies war eine Anregung, die nachmals zu längeren Verhandlungen mit allerdings geringem Erfolge führten.

Als Antipode der Bräuer erscheint bei dem Meinungsaustausch im März 1792 die Hofkammer, die seit dem Herbst des Vorjahrs ihre vermittelnde Stellung aufgegeben und einen durchaus radikalen Standpunkt eingenommen hatte.

Wäre von der ersten Bewilligung an, so sprach sie sich am 13. März aus, der Stadtbierpfenning nach seinem wahren Zwecke verwendet worden, so hätte er wahrscheinlich schon längst „expirieren“ können. Man könne gar nicht einsehen, wie das Sudreglement oder die landschaftlichen Kompositionen auf den städtischen Bierpfenning einen Einfluss haben können, „indem es bei solchem nur auf das ankommt, was wirklich verschleisst wird, weil von alledem ohne Unterschied von jeder Mass der eingebrachte fünfte Pfennig bezahlt werden muss und die Bräuer hiebei für nichts weiteres, als die Einbringer oder *collectatores a publico* anzusehen sind, sohin unter keinem Titel für sich etwas vorbehalten dürfen.“ Denn für die Bräuer sei ja durch die „wohlbedachte Mannsnahrung“ beim Biersatz Sorge getroffen.

¹⁾ Bei der „Bierprobe“ von 1780/81 wurden als allgemeine Unkosten 11 fl. 30 kr. per Sud angesetzt.

²⁾ Hierüber verbreitete sich eingehend bereits eine Vorstellung vom 8. August 1791.

Zwischen diesen beiden Extremen nun standen die beiden noch übrigen in Betracht kommenden Faktoren, die Stadt und Oberlandesregierung. Während die vermittelnde Stellung bei der letzteren Behörde natürlich erscheint, da ihr die Pflicht oblag, das Für und Wider in einem objektiven Bericht zu formulieren, muss es auffallen, dass die Stadt sich keineswegs ohne lange Umschweife auf die Seite der kurfürstlichen Hofkammer schlug, deren Vorschlag doch offenbar den weittragendsten Erfolg versprach. Wenn gleich die beiden von der Stadt abgegebenen Gutachten vom 15. und 26. März eine ganze Reihe positiver, teilweise sehr einschneidender Vorschläge enthielten, fehlte es doch an einem bestimmten, unzweideutigen Ausdruck darüber, welchem Weg sie den Vorzug gebe. In erster Linie allerdings sprach sie sich für die Aufhebung des Kompositionensystems aus und deduzierte aus der Produktionsentwicklung der letzten Jahre ¹⁾, dass bei einer ungefähren jährlichen Erzeugung von 5000 Suden, je zu dreissig Eimer berechnet, der Bierpfenning etwa 37,500 fl. ertragen müsse; auch fügte sie für den Fall einer sudweisen Perception verschiedene Erhebungsmodalitäten bei, so abgesehen von der schon im Vorjahr beabsichtigten Polletenerholung, den Vorschlag, den Bierpfenning monatlich einzufordern und dann den einzelnen Bräuern oder dem ganzen Handwerk einen Rabatt von zehn Prozent ihrer Aufschlagsschuldigkeit zu gewähren. Aber es ging, wie sich die Oberlandesregierung am 3. April ausdrückte, doch aus dem allem hervor, dass die Stadt „keinen rechten Appetit zu diesem Reglement hatte.“ Wie hätte sie sonst bei den rechnungsmässig nachgewiesenen Vorteilen der sudweisen Perception überhaupt noch den zweiten Vorschlag machen können, dass die bisher bestehende Komposition um 10,000 fl., die zu Wasserbauten verwendet werden sollten, erhöht werden möge? Der Schlüssel zur Erklärung dieser unentschiedenen Haltung ist nicht zu finden. Es ist kein Zweifel, dass wenn die Stadt sich damit begnügt hätte, die Aufhebung der Kompositionen zu fordern und die Wirkungen einer reglementmässigen Perception darzulegen, bei der entgegenkommenden Haltung der Hofkammer auch die Oberlandesregierung die Aenderung des bisherigen Systems rückhaltslos unterstützt haben würde.

So wie die Verhältnisse nun einmal lagen, war indessen zu erwarten, dass die Oberlandesregierung in ihrem zusammenfassenden Bericht im allgemeinen nicht darüber hinausging, was die Stadt vorgeschlagen hatte.

Sie empfahl am 3. April primär die Aufhebung der Komposition und die Einhebung nach den Suden, eine Manipulation, „welche immer noch für die Bräuer nicht zu beschwerlich, aber auch für die Stadtkammer nicht zu kostspielig fallen dürfte.“ Mit der von der Stadt in Anregung gebrachten Perception war sie vollkommen einverstanden; nur fügte sie bezüglich des Umfanges der Aufschlagspflichtigkeit in zwei Richtungen Ergänzungen bei. Bei der zu Grunde zu legenden Gussführung gab sie zu bedenken, dass eine Ausbeute von 36 Eimern per Sud anzunehmen sei, indem es nicht angehe, den Haustrunk der Bräuer von vorneherein unbelastet zu lassen. Man trete

¹⁾ Im Jahre 1781/82 waren 4481, 1782/83 4324, 1783/84 4510, 1784/85 4767, 1785/86 4754 Suden gemacht worden, während die Produktion von 1791/92 auf 5000 Suden geschätzt wurde. Wenn man in Betracht zieht, dass für manchen Sud statt der reglementmässigen 5 auch 6 Schäffel Malz verwendet wurden, so ist die Ausbeute von 30 Eimern für den Sud gewiss nicht zu hoch gegriffen.

mit dieser Massregel den Produzenten nicht zu nahe, denn durch die allezeit stärkere Gussführung gewinnen sie wieder den Haustrunk und noch mehr. Auf der andern Seite forderte sie Heranziehung des kurfürstlichen Hofbräuhauses zum Bierpfenning, die um so notwendiger sei, als seit den Geheimratsdekreten vom 1. und 5. Oktober 1781¹⁾ der Biersatz des Hofbräuhauses wegen des wieder eingeführten Bierpfennings um 1 Pf. erhöht worden sei, damit die Bräuer sich nicht über die durch einen niedrigeren Preis herbeigeführte Konkurrenz beschweren könnten. Das Kameralinteresse dürfe wohl nicht so weit gehen, dass man eine Abgabe unter falschem Namen an sich bringe. „Um aber die Besorglichkeit wegen Unsicherheit des Einbringens und zu grossen Kosten der Einhebung nicht ausser acht zu lassen,“ folgte in dem Bericht der zweite Antrag, die Komposition auf 28,000 fl. zu erhöhen. Dass derselbe eigentlich ins Vordertreffen gehörte, ergibt sich daraus, dass erst für den Fall die Bräuer sich weigerten, diese Erhöhung einzugehen, die Aufkündigung der Kompositionen empfohlen war.

Diese Abschwächung der städtischen Vorschläge, die ihren Ausdruck darin fand, dass seitens der Oberlandesregierung die Erhöhung der Komposition einer sofortigen Perceptionsänderung vorgezogen wurde, ging auch in das kurfürstliche Reskript über, das am 18. April den vorläufigen Willen des Landesherrn kundgab. Es heisst darin: „die Vergleichung zwischen der grossen Bierproduktion und dem geringen Kompositionsbetrag bewährt die Unangemessenheit dieser Abgabe gegen den Betrag der Einnahmen und des auffallenden grossen Profits, der bloss zum besten der Stadtgemeinde bestimmt, den bürgerlichen Brauerständen ganz wider die Meinung dieses höchsten Orts bewilligten Aufschlags in Händen bleibt.“ Bis zur Einführung des reglementmässigen Aufschlags, die nicht nur die Kündigung, sondern auch die Beseitigung „mancher Schwierigkeiten“ voraussetze, sei eine Erhöhung der Komposition um 10,000 fl. zu erstreben.

Somit war die Entscheidung der Frage, ob Reglement, ob Komposition, bis auf jenen Zeitpunkt vertagt, wo die ebengenannten „Schwierigkeiten“ nämlich über den Umfang der Aufschlagpflichtigkeit, vielleicht auch die Art der Erhebung entschieden waren.

Es kam also zunächst darauf an, ob die Bräuer auf die geforderte Erhöhung der Komposition eingehen würden. Ein Reskript der Oberlandesregierung vom 25. April stellte ihnen die Alternative, entweder die Steigerung sich gefallen zu lassen, oder die sudenmässige Erhebung des Aufschlags zu gewärtigen.

Die Bräuer protestierten am 3. Juni gegen die eine wie die andere Eventualität und wiederholten ihre alten Klagen über die Beeinträchtigungen, die der Bierpfenning überhaupt und im besonderen die bestehenden Aufschlagsfreiheiten veranlassten; sie forderten die Ersetzung des Bierpfennings durch andere Steuern, die Herstellung einer neuen Biersatzregulierung, Ausführungen, die die Stadt mit Recht am 4. Juli als zur Unzeit vorgebracht charakterisierte.

¹⁾ Von 1749—1777 war der Preis des Hofbräuhausbieres um 1 Pf. niedriger als der der andern, was von den Bräuern vielfach als Konkurrenzerschwerung empfunden und beklagt wurde.

Die Beschwerde der Brauer scheint denn in der That ad acta gelegt worden zu sein; in den ersten Tagen des August begann eine Reihe von Konferenzen zwischen Hofkammer und Oberlandesregierung zum Zweck der Bestimmung jener Einzelheiten der Aufschlagserhebung, die bisher noch nicht geregelt waren. Allerdings lehnte die Hofkammer am 9. August die Heranziehung der kurfürstlichen Brauhäuser zum Aufschlag ab, da dieselben schon ohnehin in ihrem Gewerbebetrieb durch die bürgerlichen Brauereien genug bedrängt seien; aber darüber wurde eine Einigkeit schon am 2. August erreicht, dass die Klöster fortan nur bezüglich ihres Haustrunks aufschlagsfrei sein und danach ihren Verbrauch zu fatieren haben sollten. Ebenso bestand darüber Einhelligkeit, dass gegen die Bräuer im Notfall Exekution eingeleitet werden müsse, falls sie auf ihrer Weigerung bestehen bleiben. Ueber die Art der reglementmässigen Perception war man dagegen insofern nicht zu einer Uebereinstimmung gekommen, als die Hofkammer dieselbe den Brauern übertragen wissen wollte, während die Oberlandesregierung den Vollgenuss des Bierpfennings der Stadt sichern wollte.

Während am 14. August die Oberlandesregierung den endgültigen Bericht über das Ergebnis dieser Verhandlungen abgegeben hatte, war seitens des Kurfürsten ein Gutachten des „Geheimen Rats“ über die Notwendigkeit einer Aufkündigung der bisherigen Komposition erfordert worden, das am 22. August dahin erging, dass eine Einhaltung von Kündigungsfristen auf keinem rechtlichen Grunde basiert sei.

Damit schienen im wesentlichen alle Schwierigkeiten beseitigt, welche mit die Veranlassung zur Unbestimmtheit des kurfürstlichen Reskripts vom 28. April gegeben hatten.

Nachdem schon am 22. August an die Oberlandesregierung der kurfürstliche Befehl zur Einführung des sudenmässigen Aufschlags gegeben und nur aus Gnade gegen die Bräuer eine Aufkündigung, d. h. eine Modifikation der Entschliessung des Kurfürsten angeordnet worden war, folgten am 1. September 1792 zwei Reskripte, die das Facit der letztmonatlichen Verhandlungen zogen.

Das erste, an die Landschaft gerichtet und augenscheinlich eine Antwort auf deren Interzession vom Herbst 1791 zu Gunsten der Bräuer, wendete sich energisch gegen deren Behauptung, dass zur Aenderung der Perception des Bierpfennings eine halbjährige Aufkündigung der bisherigen Komposition notwendig sei. Der städtische Bierpfenning sei ohne Rücksicht auf eine Komposition der Gemeinde verliehen worden, und als die Eingehung von Kompositionen anbefohlen worden sei, sei die Notwendigkeit einer Aufkündigung gegenüber den Brauern nicht statuiert worden. Von der Unmöglichkeit eines Aufschlags nach den Suden könne nicht die Rede sein und ebensowenig sei der Zusammenhang zwischen der landschaftlichen und städtischen Komposition massgebend; vielmehr sei geradezu von einer Aufhebung der städtischen Komposition auch für die landschaftlichen Bierpfenninge „ein gedeihlicher Aufschluss zur Beförderung“ zu erwarten.

Am gleichen Tag erhielt die Stadt selbst ebenfalls den Auftrag, mit dem regelmässigen Aufschlag von Anfang des Sudjahres an zu beginnen und dabei die im Herbst 1791 beabsichtigte Pollettenerholung in Anwendung zu

bringen. Während bezüglich der kurfürstlichen Hofbrauhäuser nichts angeordnet war, d. h. also alles bei der Aufschlagsfreiheit blieb, waren über die Heranziehung der Klöster¹⁾ zum Bierpfenning neue Bestimmungen getroffen worden, welche dem zwischen der Hofkammer und Oberlandesregierung erzielten Einvernehmen entsprachen. Ein Klosterbräuhaus (das des Maltheserordens) sollte in vollem Umfang dem Aufschlag unterworfen sein, alle übrigen bezüglich ihres Haustrunks Bierpfenningfreiheit genießen, während das Ausschankbier, soweit sie zum Brauen desselben berechtigt waren, aufschlagspflichtig war. Die Brauerei des Hl. Geistspitals wurde in jeder Richtung vom Bierpfenning befreit. Um diesen Normen die richtige Durchführung zu sichern, war den betreffenden Klöstern eine genaue Fassion ihres Haustrunksbedürfnisses anbefohlen, über welches hinaus ihre Aufschlagsfreiheit sich nicht erstrecken sollte. Diese Fassionen erfolgten noch im Laufe des September²⁾.

Bestimmungen darüber, wie es bei Ausfuhr von Bier aus dem Burgfrieden der Stadt gehalten werden sollte, fehlten. Vielleicht hatte man an die Notwendigkeit solcher gar nicht gedacht, vielleicht waren solche erst bei hervortretendem Bedürfnis beabsichtigt.

Nach allem schienen diesmal die Aussichten dafür, dass der Wille des Kurfürsten von Gegenströmungen unbeirrt blieb, günstig. Am 12. September wurde der Bräuerschaft die Komposition unter Hinweis auf die Polletenbestimmungen des Vorjahrs gekündigt; am 26. September mahnte die Oberlandesregierung, der die Stadt zu saumselig vorzugehen schien, dass alles zur reglementmässigen Erhebung des Bierpfennings vorbereitet werde.

Ob die Stadt sich wirklich schon in der Zeit zwischen dem 12. und 26. September unsicher fühlte, oder ob die Mahnung der Oberlandesregierung keine triftige Veranlassung hatte, wir wissen es nicht. Wahrscheinlich ist, dass Bürgermeister und Räte die Wirkung einer Bewegung voraus ahnten, die seit den Reskripten vom 1. September sich in den Kreisen der Bräuerschaft und der Landstände, jenes *par nobile fratrum*, geltend machte. Beide Elemente hatten sich wieder wie im Vorjahr zusammengethan. Die sudenmässige Einhebung des Bierpfennings war, wie die Oberlandesregierung in einem Bericht am 2. Dezember 1793 scharf bemerkte, „den Bierbräuern zu empfindlich und ihrer offenbaren Gewinnsucht zu nachtheilig, als dass sie nicht alles anwendeten, um diese Verordnung rückgängig zu machen.“

¹⁾ Nach einer Vorstellung der Bräuer vom 8. August 1791 kamen sechs Klöster in Betracht.

²⁾ Dass die Klöster diese Berechnungen nicht zu ihrem Schaden machten, dafür zeugen folgende Zahlen: Das Franziskanerkloster fatierte für 48 Köpfe inkl. aller Bediensteten einen Jahresverbrauch von 1350 Eimern, pro Kopf und Tag ca. 5 Mass (= 5,3 l); was bei der sprüchwörtlichen Stärke des Klosterbieres kaum glaublich erscheint und entweder den frommen Uebungen Abbruch that oder auf übertriebenen Angaben beruhte. Das Augustinerkloster gab seinen Verbrauch in folgender Höhe an: Für 51 Religiöse „wegen starkem Chor und anderen schweren Verrichtungen“ (!) 4 Mass per Kopf und Tag, sohin 1241 Eimer; bei Aderlassen und Rekreationen 50 Eimer. Jeder Bedienstete erhielt täglich sein Quantum Bier, z. B. der Bräumeister und seine Untergebenen 170 Eimer. Für „Primitzen, Einkleidungen, Professionen und andere Hospitalitäten“ waren 200 Eimer vorgesehen. Der ganze Bedarf war 2331 Eimer. Der in Rede stehenden Zeit vorgreifend mag erwähnt werden, dass diese Vergünstigung ihr Ende fand, als die Klöster zu Anfang des 19. Jahrhunderts, am 13. März bezw. 3. November 1802, aufgehoben wurden. Von da an bis 1806 waren die ehemaligen Klosterbräuereien der Komposition unterworfen.

Auf die Aufkündigung der Komposition antworteten die Bräuer zunächst mit der Weigerung Bier einzusieden; dann remonstrierten sie am 18. September in einem Bericht zum Kurfürsten, ohne Neues vorzubringen, ausser dem sehr eigentümlichen Vorschlag, die Landschaft möge, wenn kein anderer Ausweg zu finden sei, die Stadtschulden (wie die kurfürstlichen!) übernehmen und selbst ein Tilgungsmittel dafür suchen, ein Antrag, dessen Leichtfertigkeit den Bräuern am 17. Oktober ernstgemessenst verwiesen wurde.

Zur gleichen Zeit hatte sich auch die Landschaft, die sich ein Jahr lang völlig ausgeschwiegen hatte, zu einem Bericht aufgeschwungen, der ohne Stimulation seitens der Bräuer wohl nicht erfolgt wäre.

Noch ausführlicher wie im Vorjahr protestierte sie gegen eine Veränderung der Perception. Der Inhalt der Vorstellung ist kaum ein neuer zu nennen. Die Klagen über Beeinträchtigung landschaftlicher Rechte, Schädigung des Bräuergewerbes wiederholten sich in alten und neuen Varianten. — Den Schwerpunkt der Ausführung legten sie in den Nachweis, dass die Komposition die gesetzmässige Erhebungsart sei und insbesondere auf der Bieraufschlagsinstruktion vom 16. Juli 1723¹⁾ beruhe. Zum Beweis zogen sie den § 38 dieser Instruktion heran, der folgendermassen lautet:

„Wenn Städt und Märkten . . . ein Bierpfenning verwilligt, so kann und soll ein solch höherer Pfening auf den Satz zwar passieren und verbleiben, weil aber solch höheren Satzes willen das Gewerbe an manchen Orten zu einigem Abschwung gebracht werden könnte, als werden die Bräuer selbst dahin denken und bedacht sein, dass sie sich, wie bereits bei einigen Orten eingeführt worden, mit Vorwissen und unter Direktion der churfürstlichen Rentämter mit ihrer Stadt- und Marktsobrigkeit auf ein solch gewisses Capital oder Schuldenquantum vergleichen, welches sie von der Stadt und Marktkammer übernehmen, nach und nach, wie es ihre Gelegenheit leidet, heimzahlen und inzwischen verinteressieren mögen, ohne dass sie selbst verlangen sollen, den ihren übrigen Gewerbe schädlicheren höheren Satz mit 1 Pf. zu geniessen.“ Räte und Rentmeister sollten übrigens darauf sehen, „dass der Bräuschaft mit derlei Vergleichung nicht zu hart geschehe, zumal es keineswegs die Meinung sei, dass alle Städt und Märktkammerschulden durch derlei Bierpfenning alleinig, sondern auch mittelst anderweitiger Kammergefälle oder Belegung der sowohl von den Bräuern, als anderen besitzenden Grundstücken abgestossen und heimgezahlt werden sollen.“

Offenbar passt diese Stelle aber keineswegs zu der Behauptung der Landschaft. Denn es ist darin von einer Komposition im gewöhnlichen Sinne nicht die Rede; vielmehr enthält dieselbe einen Vorschlag, der etwa möglichen Einwirkung eines weiteren Bierpfennings auf den Absatz der Bräuer, sei es im allgemeinen, sei es ausserhalb des Stadt- und Marktfriedens, entgegenzutreten. Interessant ist es, dass dabei der Bierpfenning nicht als eine indirekte Steuer vom Konsum, sondern als eine direkte Steuer von der Produktion aufgefasst wird und dass den Bräuern von dieser Voraussetzung aus nahe gelegt wird, auf die Ueberwälzung des Pfennings auf die Konsumenten zu verzichten und einen Teil der Stadtkammerschulden, für deren Tilgung der Pfening ja dienen

¹⁾ Mayr, Generalien 1771 S. 267 ff.

sollte, in eigene Verwaltung zu nehmen, gewissermassen als Aversalleistung, die ihnen, sei es als Kollektatores des Aufschlags, sei es als eigentliche Belastete obliege. Das Wesentliche der Komposition im gewöhnlichen Sinne, unter ausdrücklichem Vorbehalt des Ersatzes von den Konsumenten eine Pauschalsumme zu den Einnahmen der Städte oder Märkte zu entrichten, fehlte bei diesem Vorschlag, der übrigens sicherlich keinen ausgedehnten Eingang fand. Nur in diesem Sinne versteht sich auch die Anordnung, den Bräuern nicht zu viel zuzumuten, sondern eventuell andere Deckungsmittel, insbesondere auch eine direkte Steuer vom Grundbesitz zu Hilfe zu nehmen.

War somit in diesem Paragraphen ein Anhalt für die Gesetzmässigkeit der Komposition nicht gegeben, so müssen zur Entscheidung über diese Frage beim Fehlen besonderer Bestimmungen für die lokalen Bierpfenninge die sonstigen generellen Bestimmungen herangezogen werden. Wir sehen dabei davon ab, dass in der gleichen Bieraufschlagsinstruktion § 10 die reglementmässige Perception geradezu gepriesen wurde¹⁾ und verweisen darauf, dass diese Art der Erhebung im Jahre 1751 unter Aufhebung der Kompositionen allgemein eingeführt worden ist; als man hierauf 1753 wieder davon abging, da ausgedehnte Defrauden die beabsichtigte Wirkung neutralisiert hatten, wurde zwar die Landschaft angewiesen, mit sämtlichen bräuenden Ständen wieder Kompositionen abzuschliessen, aber von einem Verbot der sudenmässigen Erhebung war dabei keine Rede; in § 2 des Mandats vom 5. Mai 1755²⁾ war ausdrücklich der Fall vorgesehen, dass Bräuer sich weigerten eine Komposition abzuschliessen. Hieraus ist zu entnehmen, dass an sich das Gesetz den Bräuern beide Wege offen liess, allerdings mit Bevorzugung des Kompositionensystems. Wenn die Praxis sich dahin entwickelte, dass man, um den unvermeidlichen und mit grosser Energie angedrohten Kontrollmassregeln im Fall der reglementmässigen Aufschlagszahlung zu entgehen, allgemein Kompositionen abschloss, so lässt sich aus diesem freiwilligen Eingehen auf die Intentionen des Gesetzgebers doch nicht die ausschliessliche Gesetzmässigkeit des Kompositionensystems ableiten.

Ebenso wenig haltbar, wie diese Behauptung war das Verlangen der Landschaft, dass sie nicht nur gutachtlich, sondern geradezu entscheidend über jede Aenderung in Bierpfenningssachen gehört werden müsse. Die staatlichen Bierpfenninge zwar flossen seit den Mandaten vom 9. Februar und 12. März 1715³⁾ alle in die landschaftliche Kasse, indem seit dieser Zeit vom Kurfürsten „aus seinen Ursachen“ auch der vierte Bierpfenning der Landschaft überlassen worden war. Aber, obwohl damals bereits lokale Bierpfenninge bestanden⁴⁾, so war doch eine Ausdehnung der Kompetenz der Stände auch auf diese nicht beliebt worden.

Was insbesondere München anbetrifft, so war zwar bei den Verhandlungen zur Einführung die Landschaft zum Bericht aufgefordert worden, aber um eine Zustimmung ihrerseits handelte es sich dabei keineswegs. Wenn in der That ein Recht der Landschaft, auch bei lokalen Bierpfenningen zuzustimmen, bestand, so hätte bei der jedesmaligen Verlängerung, sowie insbesondere bei

¹⁾ Mayr, Generalien 1771 S. 270. S. oben S. 18.

²⁾ Mayr 1771 S. 318.

³⁾ Mayr 1788 S. 354 u. 353.

⁴⁾ Siehe oben S. 12 Anm. 1, S. 35.

der Wiederverleihung im Jahre 1781 diese Zustimmung eingeholt werden müssen. Dies erfolgte jedoch nicht und wurde auch seinerzeit von der Landschaft nie in Anspruch genommen. Die behauptete Schwächung des Ertrags der landschaftlichen Bierpfenninge durch eine Aenderung der Perception des städtischen Gefälls, die noch am ehesten eine Basis zum Protest abgeben konnte, war überdies ausdrücklich vom Kurfürsten selbst am 1. September zurückgewiesen worden. Bei dieser Rechtslage erscheint es unbegreiflich, wie dennoch die Behauptungen der Landschaft im Zusammenklang mit den Klagen der Bräuer einen Umschwung in den Entschliessungen des Kurfürsten bewirken konnten.

Am 28. September erging seitens der Oberlandesregierung „auf mündliche Weisung von höheren Orten“ an die Stadt der Befehl, mit der Aufschlags-erhebung nach den Suden einzuhalten.

Einiges Licht auf die Motive, die den Kurfürsten bestimmten, der Stadt wiederum seine Gnade zu entziehen, wirft ein kurfürstliches Reskript vom 3. Oktober.

Gegen die Auffassung, als stehe der fünfte Bierpfenning der Landschaft zu, machte der Kurfürst darin mehrfach und in energischen Worten Front.

Aber der Behauptung, dass die Komposition die gesetzmässige Erhebungsart sei, und eine halbjährige Kündigung erfordere, bequeme er sich an. Ausserdem mag wohl auch die Drohung der Bräuer, bei reglementmässiger Erhebung überhaupt nicht zu sieden, das ihrige beigetragen haben.

Wie dem auch sei, diese mehr als ein Jahr dauernden Verhandlungen, die der Stadt mehrfach die schönsten Aussichten auf Besserung ihrer finanziellen Lage gezeigt hatten, waren durch die Chikanen der entgegenstehenden Elemente und das mangelnde Interesse des Kurfürsten an seiner Residenzstadt in ein Nichts zerronnen und hatten nur dazu beigetragen, die Renitenz der Bräuer gegen die Stadt gewissermassen zu legalisieren.

Mit dieser Wirkung hatte die Stadt noch auf Jahre hinaus zu kämpfen. Da die Entscheidung des Kurfürsten mit der Länge der Auseinandersetzungen immer schwankender erschien, setzte sich bei den Bräuern das Gefühl, für alle Fälle Recht behalten zu müssen, so fest, dass sie auch, als nunmehr der frühere Stand wieder erreicht war, die Stadt weiter in die Enge trieben. Sie liessen sich zwar wieder dazu herbei, zu sieden, verweigerten aber die Zahlung der Komposition auch nur im bestehenden Umfang. Schon während der Kämpfe um die Perception war der „Wuhr- und Wasserbeitrag“, zu dem sie sich 1782 bereit erklärt hatten, von ihnen nicht einzuheben gewesen, nun behaupteten sie aber gar, als die Stadt am 31. Oktober bzw. 23. November exekutionsweise vorzugehen beschloss, am 4. Dezember 1792, dieser Beitrag zu den Wasserbauten sei überhaupt keine positive Schuldigkeit; er sei eine vollständig freiwillige Leistung ihrerseits, zu welcher sie sich nur entschlossen haben, weil das städtische Bedürfnis so offen am Tage lag. Uebrigens sei nach dem Wortlaut des kurfürstlichen Reskripts vom 3. Oktober nur die „Komposition“ zu erholen und dazu gehöre der Wuhr- und Wasserbeitrag nicht. Dass es den Bräuern bei diesen Behauptungen nur darum zu thun war, die Stadt zu chikanieren, suchten sie nicht einmal zu verhehlen; sie sprachen offen aus, dass sie nur deshalb nicht zahlten, weil sie „diesen Gegenstand einmal auf einen festen Fuss gestellt und künftighin von allen derlei Neckereien verschont bleiben“ wollten.

Mit bitteren Worten, die zwischen den Zeilen zugleich einen Vorwurf gegen die Interesselosigkeit des Kurfürsten enthielten, beklagte sich die Stadt am 19. Dezember über die wahrlich unverschämte Sprache der Bräuer, nicht ohne dabei auf den Zusammenhang dieser Opposition mit dem negativen Ergebnis der vielmonatlichen Verhandlungen hinzudeuten. Mit einer gewissen Resignation sprach sie sich über ihre Lage aus: „Es bleibt nunmehr alles auf dem status quo; die zur Abtilgung der Stadtschuldenlast gehabte schönste Aussichten sind gegenwärtig dahin“.

Der Kurfürst überging diese Andeutungen mit Stillschweigen und beschränkte sich darauf, der Bräuerschaft unter dem 26. März 1793 diese neuerliche Chikane zu verweisen und den Magistrat zur Verwirklichung der angedrohten Exekution aufzufordern.

Damit war wenig genug erreicht, denn wenn die Stadt auch in den nächsten Monaten wirklich dem Bräuerhandwerk Strafboten zuschickte, deren Kosten von diesem getragen werden sollten, so entstand aus der Bezahlung dieser Löhnung nur noch ein Streitpunkt mehr.

Erst im September 1793 lenkten die Bräuer in der Hauptsache ein.

Sie redeten sich (17. September) darauf hinaus, dass sie die Zahlung der 1500 fl. nur deshalb verweigert hätten, weil der Magistrat dieselbe unter dem Titel einer „Wuhr- und Wassersteuer“ eingefordert habe.

Sie seien der Meinung gewesen, dass man ihnen eine „ewige Last“ habe auferlegen wollen. Unter dem Namen einer augmentierten Bierpfenningskomposition wollten sie die 1500 fl. gerne bezahlen.

Damit war eine Einigung endlich angebahnt; denn die Stadt hatte den Wuhr- und Wasserbeitrag nie als etwas anderes aufgefasst als eine Erhöhung der ursprünglichen Komposition; wenn der Name ein anderer war, so beruhte das, wie schon oben gestreift, einerseits auf einer Rücksicht gegenüber den Bräuern, um nicht, wenn die städtische Komposition in einer Grösse von 18,000 fl. figurierte, die Landschaft ebenfalls zu einer proportionalen Steigerung zu veranlassen; andererseits hatte aber auch, wie die Oberlandesregierung am 2. Dezember 1793 ausführte, die Stadt selbst insofern ein Interesse an dieser Neubezeichnung, als sie dadurch mit den 1500 fl. frei schalten konnte, ohne an eine Verwendung für die Schuldentilgung gebunden zu sein.

Auf Anregung der Oberlandesregierung, die dem Kurfürsten am 2. Dezember 1793 warm empfahl, die Erhöhung der Komposition unter dem bisherigen Namen beizubehalten, da sie wenigstens ein kleiner Ersatz der seit zehn Jahren datierenden Ausdehnung des Bräuergewerbes sei, befahl der Kurfürst am 16. Januar 1794, dass die Stadt einstweilen die 1500 fl., ohne den Rechten beider Teile zu präjudizieren, so quittiere, wie dies seit 1782 geschehen sei (nämlich als Wasser- und Wuhrbeitrag), bis durch eine Konferenz eine endgültige Lösung herbeigeführt sei.

Wann diese erfolgte, ist nicht zu sagen, da die Akten fehlen; Thatsache ist, dass der Beitrag seitdem von den Bräuern entrichtet wurde. Ueber die durch die Exekution erwachsenen Kosten dauerte aber der Streit noch fort, bis durch teilweises Nachgeben der Stadt endlich im August 1794 die leidige Sache beendet war. —

Während dieser mehrjährigen Wirren hatte der Kurfürst seine in der

seinerzeitigen Suspension des Magistrats hervortretende Absicht, die Stadt unter seine Gewalt zu bringen, vollends durchgeführt.

Wenn sich die landesherrliche Gewalt auch zunächst noch nicht gegen die Gerichtsprivilegien Münchens wendete, sondern sich nur darin kundgab, dass eine neue, von der Regierung der Stadt gegen den Willen eines Teils der Bürgerschaft aufoktroyierte Wahlordnung unter dem 4. Dezember 1792¹⁾ geschaffen wurde, in welcher die formelle Behandlung des Wahlakts, sowie der Geschäftskreis der einzelnen Körper festgesetzt wurde, so war doch in Wirklichkeit die Autonomie der Stadt dadurch beseitigt worden, dass jeder Gewählte zur Führung seines Amts beziehungsweise zur Gültigkeit seiner Wahl der Bestätigung des Kurfürsten bedurfte, es also in dessen Macht lag, ihm genehme Subjekte an die Spitze der Bürgerschaft zu stellen. Da die neue Verfassung aber noch nicht die Parteikämpfe im Innern der Stadt zu dämpfen im stande war, so erhielt die Stadt eine wiederholt modifizierte Verfassung am 1. Dezember 1795²⁾, die dem Kurfürsten ebenfalls das Recht der Wahlbestätigung vorbehielt und zudem alle Beschlüsse seiner Genehmigung unterwarf.

Hand in Hand mit diesen Eingriffen des Kurfürsten in die Verfassung der Residenzstadt ging, da man in erster Linie in der Neuordnung der Formalien ein Heilmittel für das entartete Stadtre Regiment sah, das Bestreben, auch auf das gesamte Rechnungswesen einen zunächst nur formellen, aber doch wohl auch als materiell gedachten Einfluss zu gewinnen. Die Bierpfenningsrechnungen sollten zwar schon seit 1781 alljährlich vorgelegt werden, nicht ohne dass die Stadt diese Pflicht häufig zu umgehen gewusst hatte, dagegen war die Justifizierung der Kammerrechnungen seit Jahrhunderten ein ausschliessliches und unbestrittenes Vorrecht des städtischen Magistrats gewesen. Dass der Staat auch dieses generelle Rechnungswesen der Gemeinden seiner Oberaufsicht unterwerfen wollte, dafür hatte sich Gelegenheit in der Einsetzung der sogenannten Oberlandesregierung im Jahre 1779 geboten, indem damals Städten und Märkten die Einsendung ihrer Rechnungen anbefohlen wurde. München gegenüber scheint diese Forderung im Anfang keineswegs ernstlich urgiert worden zu sein, vielleicht, weil man in den Rechnungsreskripten des Jahres 1781 ausreichende Kautelen für die Stadtwirtschaft getroffen zu haben glaubte. Erst nach der Mitte der neunziger Jahre begann man ernstlicher und zwar bei Gelegenheit der beantragten Weiterbewilligung des Bierpfennings auf die Ablieferung der Stadtkammerrechnungen zu dringen.

Während im allgemeinen die Weiterbewilligungen seit 1781 ohne Schwierigkeit und ohne besondere Auflagen ausser derjenigen, dass die Bierpfenningsrechnungen vorgelegt werden sollten, erfolgten³⁾, ergaben sich Anstände, als die Stadt im Jahre 1796 um eine Weiterverlängerung auf 15 Jahre bat. Zur Begründung dieser Bitte führte sie aus, dass von Jahr zu Jahr die Ausgaben auf vorhersehbare wie unvorhersehbare Aufgaben stiegen, teils durch Erhöhung der

¹⁾ Mayr 1797 S. 799. v. Maurera. a. O. Bd. 4 S. 247.

²⁾ Mayr 1797 S. 815 ff. v. Maurera. a. O. Bd. 4 S. 247. 248.

³⁾ Solche Weiterbewilligungen wurden, und zwar jedesmal auf 5 Jahre, gewährt, am 15. Juni 1782 und am 15. April 1790, so dass das Ende der Bezugsperiode auf den Herbst 1796 fiel. Die kurfürstlichen Taxen und Trinkgelder, die dafür zu opfern waren, betrugen im ersten Fall 58, im zweiten 164 fl.

Besoldungen, teils durch gesteigerte Materialienpreise, überhaupt durch grosse Baureparaturen und Neubauten, und dass diesen Ausgaben gegenüber immer mehr die Einnahmen im Stich liessen: „Unsere Stadtkammer bezieht ihre Einkünfte nicht von solchen Grundbesitzungen, die mit dem Wert der übrigen Bedürfnisse in gleichem Masse steigen, sondern die vorzüglichsten Gefälle bestehen in Zöllen und Abgaben, die schon vor mehreren Jahrhunderten bestimmt wurden, folglich in keinem Verhältnisse mit gegenwärtigen Zeiten mehr stehen. Allein, selbst auch das Erträgnis dieser geringen Gefälle ist gegen ältere Zeiten gesunken, indem nicht nur der früher blühende Handel Baierns ziemlich abgenommen hat, sondern noch überdies jeder Kontribuent sich durch Exemtionen und eine Menge anderer Nebenwege seiner Gebühren zu entziehen sucht.“

Allein die Schilderung dieser Missverhältnisse, so glaubhaft sie sein mochten, war den entscheidenden Behörden doch nicht ausreichend, um die Notwendigkeit einer so langen Weitergewährung zu begründen ¹⁾: sie verlangten zunächst Aufschluss über die bisherige Verwendung (Hofkammer am 13. Juni 1796). Dieser wurde in der darauffolgenden Zeit gegeben, aber, wie es scheint und üblich war, in ziemlich oberflächlicher Weise und ohne die notwendigen ziffermässigen Belege. Während man sich sonst höheren Orts immer mit allgemeinen Deduktionen begnügt hatte ²⁾, hatte nun die Einmischung des Kurfürsten in die Wirtschaft der Stadt dazu geführt, dass man von der Regierungsseite aus einmal in den Finanzverhältnissen völlig klar sehen wollte. Die gebrachten Nachweisungen wurden allesamt für zu dürftig befunden und immer neues und eindringenderes Material für die Beurteilung der Finanzen gefordert.

Zwar war die Stadt, da die Bewilligungsperiode auf solche Weise längst zu Ende gegangen war, provisorisch und stillschweigend im Besitz des Bierpfennings geblieben; aber in jedem Augenblick konnte ein kurfürstliches Reskript ihr denselben entziehen; sie petitionierte und supplizierte daher unverdrossen weiter, unter anderm am 20. August 1796, am 15. November 1797, ohne einen definitiven Entscheid zu erhalten. Auch die Frage der Perceptionsänderung war wieder aufgeworfen worden.

Um die Notwendigkeit klar ermessen zu können, war schliesslich die Vorlage der Stadtkammerrechnungen selbst neben den Bierpfenningsrechnungen gefordert worden; nicht aus Chikane, sondern weil nur so der notwendige jährliche Mehrbedarf der Stadt sich abnehmen liess; wenn man damit auch für den vorliegenden Fall keinen Einfluss auf das Rechnungswesen gewinnen wollte, so lag doch bei der Tendenz der derzeitigen Regierungspolitik die Befürchtung nahe genug, dass damit zugleich das Ausgabenwesen unter die Bevormundung der Staatsorgane gebracht werden wollte. Die Stadt war der Meinung, dass aus dem einmaligen Verlassen des Prinzips die Regierung für die Zukunft ein Recht die Stadtkammerrechnungen alljährlich einzufordern, ableiten werde, und weigerte sich aufs hartnäckigste, den kurfürstlichen Befehlen zu gehorchen.

¹⁾ Die Akten über den fünften Bierpfenning von 1795 ab bis 1804/05 sind sehr lückenhaft und nirgendsher zu ersetzen.

²⁾ Diese Inhaltslosigkeit der Berichte im Verein mit der mangelhaften Rechnungsführung ist auch der Grund, weshalb über die wirkliche Verwendung nur so schwer Genaues angegeben werden kann.

Ueber den Verlauf der Angelegenheit sind wir nur ungenügend unterrichtet. Die zuständigen Behörden unter sich, d. h. die Oberlandesregierung und die Hofkammer, scheinen über die Notwendigkeit der Einsicht der Kammerrechnungen nicht recht einverstanden gewesen zu sein. Denn die erstere sprach am 14. März 1798 ihre Bereitwilligkeit zur Weiterbewilligung auf 5 Jahre aus und empfahl der Hofkammer ein gleiches an; man möge von einer Rechnungslegung pro praeterito (d. h. von Einforderung der Kammerrechnungen) absehen, da ja der Schuldenstand notorisch sei und nur für die Zukunft genaue Nachweise fordern. Die Frage der Kompositionsaufhebung möge man „bei gegenwärtiger, kritischer Lage“ auf sich beruhen lassen, aber das Hofbräuhaus zum städtischen Bierpfenning heranziehen.

Eine solch entgegenkommende Haltung war bei der Hofkammer nicht vorhanden. Diese antwortete am 13. April, sie könne, auch wenn die Bedürftigkeit eklatant sei, nicht von ihrer Entschliessung vom 15. Juni 1796 abgehen; die Oberlandesregierung möge nur bei der Stadt auf endliche Ablage der Rechnungen und Bekanntgabe ihres Passivstandes dringen; erst dann könne man sich über die Weiterbewilligung äussern. Eine Statuierung der Aufschlagpflichtigkeit des Hofbräuhauses lehnte man ab; überhaupt war die Stimmung für den fünften Bierpfenning eine wenig freundliche.

Die Zurückhaltung der Hofkammer wurde dann übrigens von der Oberlandesregierung acceptiert, indem dieselbe der Stadt am 9. Mai 1798 mit Suspension des Bierpfennings drohte, wenn sie nicht endlich ihre Kammerrechnungen vorlege. Diese Drohung blieb jedoch, da die Stadt nicht daran glaubte, dass sie ernstlich gemeint sei, ohne Erfolg. Man war zwar gewillt, auf irgend welche Weise die ziffermässigen Nachweisungen zu beschaffen, aber immer wurde der Gedanke der Auslieferung der Rechnungen als ein Akt der Verleugnung eines Grundrechts der Stadt aufgefasst und im August 1798 bemühte sich gar ein Magistratsmitglied, in eingehendem Vortrag die Mittel zu bezeichnen, wie dem Auftrag der Oberlandesregierung nachgekommen werden könne, ohne jenes Palladium der Stadt der Regierung in die Hände zu liefern. Es sollten alle Bierpfenningsrechnungen bis aufs Jahr 1781 zurück derartig umgearbeitet werden, dass aus ihnen, wie bisher nicht, der status passivi, nicht bloss die für Bauten verwendeten Kapitalien ersichtlich würden. Vordem fehlte es sowohl den Bierpfenningsrechnungen, wie den Kammerrechnungen an genauen Nachweisungen über die vorhandenen Schulden. — Ob diese Riesenarbeit wirklich in Angriff genommen worden oder auch vollendet worden ist, wissen wir nicht. In jedem Fall hätte sie ein lehrreiches Bild von der Wirkung des Bierpfennings seit 1781 bieten können, das uns jetzt fehlt.

Wie der Streit über die Rechnungsvorlage endete, lässt sich beim Mangel der Akten nicht sagen; am 24. Oktober 1798 wurden die Bierpfenningsrechnungen vorgelegt, nachdem die Stadt sich vorher wiederholt gegen die Einsendung der Kammerrechnungen, als einer Jahrhunderte langen Uebung widersprechend, verwahrt hatte. Am 9. November sprach der Kurfürst, um die Bedenken der Stadt zu zerstreuen, ausdrücklich aus, dass die Einforderung der Kammerrechnung keineswegs präjudizierlich sein solle für die Zukunft, sondern nur geschehe, um einen Boden für die Weiterbewilligung zu haben; aber auch diese Versicherung scheint nicht zum gewünschten Ziel geführt zu haben; denn beim Tode des

Kurfürsten im Februar 1799 war die Weiterbewilligung des Bierpfennings noch nicht ausgesprochen.

Auch weiterhin thun die Akten keine Erwähnung darüber, wann und unter welchen Voraussetzungen eine Neugenehmigung des Gefälls stattfand. —

Bevor wir uns den Umbildungen an der Schwelle des 19. Jahrhunderts zuwenden, bleiben noch wenige Worte über den Aufschlag vom eingeführten Bier zu sagen.

Hier sind ähnlich, wie beim Bierpfenning gegenüber den Klöstern, Ansätze zur Reform zu verzeichnen, indem dem bisher oft beklagten Missbrauch der gefreiten Stände mit ihrem aufschlagsfrei eingeführten Bier dadurch entgegengetreten wurde, dass ein kurfürstliches Reskript vom 13. August 1782 den gefreiten Personen eine Fatierung ihres Hastrunks auferlegte und dass nach einer Instruktion an die Kommandantschaft, welche ja bei der Thorkontrolle behilflich war, unter dem 8. Mai 1785 alle Biereinfuhren, welche jene für eine Woche zu machenden Fassionen überstiegen, entweder abgewiesen oder als aufschlagpflichtig behandelt werden sollten. Leider fehlen solche Fassionen aber in den Akten, so dass über den Umfang, den diese Exemtionen hatten, kein Anhalt zu gewinnen ist¹⁾.

Auch auf diesen Thorzoll begann das so verderbliche Kompositionenwesen seine Wirkung zu äussern. Im Laufe der achtziger Jahre hatte sich die Stadt auf Beschwerden über ihre Berechtigung, vor den Thoren der Stadt liegende Wirtschaften zum Aufschlag heranzuziehen, bereit finden lassen, mit einzelnen Wirten über ihren Verbrauch an fremdem Bier Kompositionen einzugehen, um nur allen Weiterungen über die doch unzweifelhafte Rechtsfrage zu entgehen (Bericht vom 5. September 1789 ad serenissimum).

Aber das war noch nicht das schlimmste. Gegen Ende des Jahrhunderts begannen die Wirte in dem Bieraufschlag zu 15 kr. gegenüber der Bierpfenningskomposition eine übermässige Belastung des fremden Bieres zu erblicken, indem sie von der falschen Auffassung ausgingen, dass es sich nur um die Komposition einerseits und um den Bierzoll andererseits handle und nicht bedachten, dass durch die Ueberwälzung auf die Konsumenten der Bieraufschlag ebenso gut wie der Bierpfenning voll ersetzt wurde. Diese schiefe Gedankenrichtung war daraus entsprungen, dass nachgerade die Wirte den Gewinn, welchen die Bräuer aus ihrer unverhältnismässig geringen Komposition zogen, für einen rechtmässigen und sich für verkürzt hielten, weil für sie bei der Perception des Bierzolls kein solcher Gewinn abfiel. Uebrigens hatte die Bewegung gegen den Bierzoll doch nebenbei noch andere Wurzeln. Bis zum Anfang der neunziger Jahre hatte eine Notwendigkeit fremder Zufuhr an Bier nur in den letzten Sommermonaten bestanden, wenn Bräuern und Wirten das Bier ausgegangen war. Diese Abhängigkeit von nicht städtischer Produktion zu Gunsten des heimischen Bräuergewerbes abzustreifen, war ein Ziel, dem die städtischen Bräuer dadurch nahe zu kommen suchten, dass sie seit 1790 umfangreiche Kellerbauten unternahmen, um dort einen Teil des Biers über den Sommer zu bewahren und erst in den letzten Monaten des Sudjahrs, wenn den Wirten das

¹⁾ Die Wirkung dieser Massregel scheint indessen, nach Beschwerden aus dem Jahre 1791 zu urteilen, gering gewesen zu sein.

Bier zur Neige ging, auszuschenken. Da mit diesen Massregeln jedoch eine Erhöhung des Sudwesens nicht verbunden war, so war die Folge, dass die Bräuer, um nur selbst nicht auf fremdes Bier angewiesen zu sein, den Wirten weniger Bier überliessen, diese also in doppeltem Umfang als bisher an fremde Zufuhr gebunden waren. In dieser Manipulation lag eine umfangreiche Konkurrenzerschwerung für die Wirte, denn noch war die Zufuhr schlecht geregelt, weil nur im äussersten Notfall der Konsument vom heimischen zum fremden Bier übergang, und der ohnehin geringe Schenkgewinn ging verloren durch die Höhe der aufzuwendenden Transportkosten.

Vorschläge zur Abhilfe wurden von der beteiligten Seite viele gemacht; die städtischen Aufschlagsbeamten wiesen unter dem Beifall der Stadtkammer (7. Mai 1791) schon im Jahr 1792 darauf hin, die Spekulationslust der Bräuer dadurch zu bekämpfen, dass man die bisher aufschlagsfreie Einfuhr des Bieres aus den Münchener Bräuern gehörigen Kellern künftighin, ohne Rücksicht auf die bestehende Komposition, dem Thorzoll unterwerfen solle. Der Antrag blieb bei den damaligen Unterhandlungen wegen der Perceptionsänderung unberücksichtigt.

Da im Anfang des neuen Jahrhunderts die Missverhältnisse sich eher noch gesteigert hatten¹⁾, so petitionierten die Wirte in den Jahren 1801 und 1802 mehrfach um Aufhebung des Zolls von fremdem Bier, indem sie behaupteten, die Notlage, in welche sie bezüglich der Abnahme des fremden, mit dem Zoll belasteten Bieres versetzt seien, sei eine neue Art von Bierzwang und müsse deshalb nach dem Mandat vom 20. Dezember 1799, die Aufhebung des Bierzwangs betreffend, fallen. Hierauf konnte die Stadt von ihrem Standpunkt aus um so weniger eingehen, als die stärkere Inanspruchnahme fremden Bieres in den letzten Jahren eine nennenswerte Steigerung des Bierzolls gebracht hatte und sie also aus den Missverhältnissen gewissermassen selbst Nutzen zog (3. September 1802).

Ein richtiger Kern lag in den Behauptungen der Erschwerung der Konkurrenz, wie zugegeben werden muss, allerdings; aber nicht auf dem Weg einer noch so freiheitlich gestalteten Gewerbepolitik konnte eine Besserung erzielt werden und ebensowenig wäre eine Aufhebung des Bieraufschlags am Platze gewesen; vielmehr musste der Neid der Wirte gegenüber den Vorteilen der Bräuer aus den Kompositionen beseitigt werden und das war auf keine andere Weise zu erreichen, als indem man die Bräuer auf dem gleichen Fusse wie die Wirte, nämlich als blosser Collectatores des Bierpfennings behandelte und sie annähernd in dem Masse zur Vorausentrichtung des Bierpfennings heranzog, als sie vom Publikum denselben ersetzt erhielten.

Der Versuch, über die Verwendung des Bierpfennings auch für die Zeit von 1781 bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts Zahlen beizubringen, wie es oben bei der Periode von 1749/77 geschehen ist, wird dadurch unmöglich gemacht, dass die Rechnungsführung dieser neueren Periode in einen undurchdringlichen Schleier gehüllt ist. Nicht nur wurden die Einnahmen des Bierpfennings und Bierzolls nach Abzug der Erhebungskosten einfach der Stadtkammer überwiesen, wo sie verschwanden, ohne einen Nachweis darüber, wozu sie gedient hatten, sondern es fehlte ebenso in den Bierpfenningsrechnungen,

1) Durch die Aufhebung des Bierzwangs 1799.

wie in den eigentlichen Kammerrechnungen überhaupt an Nachweisungen über den gesamten Schuldenstand, indem die älteren und neueren Kriegsschulden nicht vorgemerkt waren¹⁾. Aus dieser Art der Rechnungsführung erklären sich denn auch neben den prinzipiellen Bedenken des Magistrats die Schwierigkeiten, welche die Stadt machte, als ihr die Rechnungen behufs Feststellung des Schuldenstandes abgefordert wurden. Die Vorlegung der Rechnungen, so wie sie geführt waren, würde ihre Mangelhaftigkeit aufgedeckt haben.

Wenn somit auf Mitteilung von Einzelheiten der Verwendung verzichtet werden muss, so steht doch so viel fest, dass grössere Ausgaben à conto des Bierpfennings von der Stadt nicht geleistet wurden und nicht geleistet werden konnten und dass der Schuldenstand sich, auch so lange keine politischen Ereignisse auf die städtischen Finanzen einwirkten, nicht wesentlich erniedrigte.

Während 1779 die Summe der Schulden 319,000 fl., 1781 sicher mehr betragen hatte, worunter hohe Rückstände an Zinsen sich befanden, waren mit Ende des Jahres 1790 die Passivkapitalien auf 281,283 fl. gesunken, wofür 12,337 fl. Zinsen jährlich erforderlich waren und hatten diese Höhe bis Ende 1795 (287,374 fl.) beibehalten. Schon im Jahre 1798 waren sie aber infolge unvermeidlicher Bauten auf 354,582 fl. gestiegen und hatten in den nächsten Jahren Dank der napoleonischen Kriege, die lange dauernde Invasionen der Stadt mit sich brachten, in ungeheurer Proportion zugenommen, so dass schon Ende 1803 ein Passivkapitalienstand von 598,532 fl. zu beklagen war.

Selbst wenn für einen Teil dieser Schulden, soweit dieselben nämlich durch Kriegskontributionen an Geld und Naturalien entstanden waren, auf dem Weg der Ausscheidung von den übrigen Stadtschulden und durch Einführung einer eigenen direkten Steuer hinreichende Deckung zu gewinnen war, so blieb doch der Rest der nicht durch die Lokalkriegskostenumlage zu tilgenden Schulden ein so bedeutender, dass er die Stadtfinanzen in wenigen Jahren zu erdrücken drohte.

Diesem Schicksal griff jedoch zunächst die vom Kurfürsten Max Joseph fortgesetzte Politik seines Vorgängers gegenüber den Gemeinden und in zweiter Linie insbesondere die Thätigkeit eines um die Hauptstadt hochverdienten Mannes, des nachmaligen Bürgermeisters von Mittermayr vor.

Fünfter Abschnitt.

Die Umgestaltungen zu Anfang des 19. Jahrhunderts. ¹⁾ Aufhebung des städtischen Bierpfennings.

Die Neuordnung des Haushalts der Stadt, der wie aus den vorstehenden Abschnitten zu ersehen ist, schon im Lauf der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu vielfachen Einzelumgestaltungen, teils aus der Initiative der Stadt selbst heraus, mehr noch aber zufolge der Eingriffe der staatlichen Regierungsorgane Anlass gegeben hatte, ist erwachsen aus der Unterwerfung des bayrischen Gemeindelebens unter die Vormundschaft des Staates.

¹⁾ Siehe den mehrfach citierten Vortrag vom 3. August 1798.

Die Entwicklung dieser allgemeinen Massnahmen hatte, wie schon oben gestreift worden ist, für München später als für die anderen Gemeinden begonnen, war aber dann nicht weniger durchgreifend gewesen, so dass eigentlich schon beim Ableben Karl Theodors von einer Freiheit der Stadt nicht mehr die Rede sein konnte.

Kaum war Bayern dann durch den Lüneviller Frieden wenigstens vorläufig wieder von auswärtigen Verwicklungen frei geworden, als die Centralisierungspolitik im Innern gegenüber den Gemeinden wieder aufgegriffen und energisch betrieben wurde. Das Wesentliche dabei war, dass nunmehr die Residenzstadt, die vordem immer gesondert behandelt worden war, mit in den Wirkungskreis der Normen gezogen wurde, die in den Reskripten vom 31. Dezember 1802¹⁾ und vom 4. Mai 1803²⁾ zum Ausdruck gelangten. Indem in denselben die Ausscheidung der Gerichtshoheit und Polizeigewalt aus der gemeindlichen Kompetenz ausgesprochen wurde, verlor die Stadt die uralten Privilegien auf diesen Gebieten, behielt aber — unter Bezug der Sporteln und Gebühren — die Pflicht, die Kosten der so getrennten Anstalten zu bestreiten. Dem Magistrat verblieb nur mehr die Besorgung aller allgemeinen Angelegenheiten, sowie die Verwaltung der Kammergefälle und der seiner Aufsicht untergebenen Kirchen und Stiftungen.

Grundlegend für die künftige Geschäftsbehandlung und besonders für das Finanzwesen wurde dann das zur Umgrenzung des dem Magistrat verbleibenden Amtskreises erlassene Organisationsreskript vom 14. November 1804. Wir heben aus dieser umfangreichen Verordnung nur diejenigen Bestimmungen heraus, welche auf die Finanzen der Stadt in formeller oder materieller Beziehung eingewirkt haben.

Ein grosser Fortschritt lag vor allem in der durchgreifenden Scheidung der Richtungen magistratischer Thätigkeit, für die vier Bureaus geschaffen werden sollten, nämlich für die Verwaltung der „öffentlichen landesherrlichen landschaftlichen und städtischen Gefälle und Einkünfte“, für die weltlichen milden Stiftungen, für das Kirchenvermögen, endlich für die Besorgung der magistratlichen besonderen Polizeianstalten. Da sich mit dieser Centralisierung aller gemeindlichen Einnahmen und Ausgaben zugleich eine Aufhebung der bisherigen „Aemter“ verband, so war neben dem Vorteil grösserer Einheitlichkeit eine nicht unbedeutende Ersparnis an Personal zu erwarten. Diese Einschränkung des Personalbedarfs war aber nicht bloss bezüglich der höheren Gemeindebeamten, sondern auch bezüglich der niederen Bediensteten und städtischen Arbeiter ins Auge gefasst. In gleicher Weise sollten auch die sächlichen Ausgaben genauester Kontrolle unterstellt werden, insbesondere war die Frage aufgeworfen, ob die eigenen Gewerbe der Gemeinde rentabel genug seien, um einen Selbstbetrieb der Stadt zu lohnen oder nicht vielmehr eine Veräusserung, beziehungsweise Verpachtung am Platze sei. Aehnliche Rücksichten auf die Rentabilität waren massgebend, wenn der Verkauf „überflüssiger Thürme, Häuser und Gebäude“ oder geradezu ihre Demolierung anempfohlen war³⁾.

¹⁾ Regierungsblatt 1803 S. 8.

²⁾ Regierungsblatt 1803 S. 291.

³⁾ Dass diese Massregel von sehr zweifelhaftem Wert war und die Stadt einer Reihe später sehr wertvoller Objekte beraubte, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

Die Gebundenheit gegenüber der Staatsgewalt äusserte sich in einer langen Reihe von Einzelvorschriften. Alle bedeutenderen Finanzoperationen, insbesondere solche, welche geeignet waren, die Zukunft zu belasten, wie Erwerbung und Veräusserung von Vermögensteilen, die Herstellung umfangreicher Bauten und Anstalten waren an die Genehmigung der vorgesetzten Regierungsbehörde, der Landesdirektion geknüpft. Und die Uebertragung der Oberaufsicht über das gesamte Rechnungswesen an die Staatsbehörden, die Anordnung der jährlichen Vorlegung sämtlicher Rechnungen, wie sie schon in den Reskripten vom 31. Dezember 1802 und 4. Mai 1803 ausgesprochen und hier wiederholt wurde, war ein Mittel, diese Staatsaufsicht bis auf die unbedeutendsten Einzelheiten zu erstrecken.

Dem Magistrat war strengste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht.

Insbesondere sollte über die Perception und Repartition der Steuern, Anlagen und Zölle und des Bierpfennings genaue Einsicht genommen und strenge darauf gehalten werden, dass das Gefäll des Bierpfennings besonders verrechnet und zu seiner eigentlichen Bestimmung, zur Bezahlung der Schulden, verwendet werde.

Um die Durchführung dieses Grundsatzes der Sparsamkeit zu erleichtern, wurden zwei Massregeln anbefohlen, die jede für sich mit den bisherigen Prinzipien oder besser der bisherigen Prinzipienlosigkeit der Finanzwirtschaft völlig aufräumten: nämlich der Magistrat sollte angewiesen werden, „alljährlich seinen Etat zu entwerfen und jeden Zweig seiner Ausgaben mit einem Teil seiner Einnahmen zu dotieren“, und ferner sollte er „seinen Schuldenstand herstellen, einen ordentlichen Schuldentilgungsplan entwerfen und ausser dem hierfür gewidmeten Bierpfennige die Fonde hierzu bestimmen, sofort denselben nach vorheriger Vernehmung des Ausschusses (Gemeindevertretung) und der allenfalls erforderlichen höheren Ratifikation in Vollzug setzen“.

In diesen beiden Anordnungen lag, so scheint uns, der Schwerpunkt des Organisationsreskripts, soweit es den Haushalt Münchens betraf. Und an die letzte der beiden Vorschriften knüpfte die Bewegung der Stadt zur Reorganisation des Bierpfennings an.

Die finanzielle Lage der Stadt war durch die Trennung der Justiz und Polizei von der Gemeindeverwaltung keine bessere geworden. Die hiedurch vermehrten Personalbedürfnisse, welche die Stadt zu tragen hatte, standen nämlich in keinem Verhältnisse zu den in die Stadtkammer fliessenden bezüglichen Sporteln und Gebühren¹⁾.

Dazu kam, dass die politischen Ereignisse um die Wende des Jahrhunderts die Schuldenlast der Stadt auf ungefähr 600,000 fl. gesteigert hatten. Um die drängenden Schuldner zu befriedigen, half man sich zur Heimzahlung

1) Nach Bauers handschriftlichem Verwaltungsbericht betrugen die Sporteln und Taxen 1804 16,540 fl., 1807/08 die Taxen 15,054 fl. Der Besoldungsstatus des Stadtgerichts berechnete sich entsprechend dem Reskript von 1803 auf 15,650 fl., ohne umfangreiche Naturalleistungen, wobei bisherige Mehrbezüge nicht in Ansatz gebracht waren, obwohl sie bestehen blieben. Die Zuschüsse zur Polizeidirektion, sowie die Regiebedürfnisse sind nicht auszuscheiden. Wie hoch in den ersten Jahren die Ausgaben auf Stadtgericht und Polizei gewesen sind, darüber fehlt das Material; im Jahre 1807/08 betrug aber allein die Personalexigenz des Stadtgerichts ohne Regie und ohne Polizeizuschüsse 23,098 fl.; ähnlich, wenn auch etwas niedriger, mögen die früheren Zahlen gewesen sein.

gekündigter Kapitalien mit der Aufnahme neuer, eine Verminderung der Passiven lag ausser dem Bereich der Möglichkeit.

Gleichwohl scheint es bis zum Frühling des Jahres 1806 gedauert zu haben, bis der Stein ins Rollen kam. Man sah ein, dass für die Neuaufnahme von Kapitalien die äusserste Grenze erreicht sei (1805 waren im Ganzen 24,000 fl. dafür nötig gewesen) und mochte auch in der ziellosen Veräusserung von Gemeindeeigentum (1805 waren hierfür 12,000 fl. erlöst worden) einen Haken gefunden haben.

Als im Frühjahr 1806 wieder die Notwendigkeit neuer Kredite an den Magistrat herantrat, beschloss er am 13. März, den im Organisationsreskript vom 14. November 1804 vorgeschriebenen Schuldentilgungsplan herzustellen und der Gemeindeausschuss gab nur unter dieser Bedingung seine Zustimmung zu einer neuerlichen Kapitalaufnahme (26. März).

An der Durchführung dieses Werkes hatte das Hauptverdienst der damalige Bürgermeister und Stadtkämmerer von Mittermayr. Man muss ebenso sehr die Schnelligkeit, mit welcher dieser Mann seiner Aufgabe nachkam, — gerade 3 Wochen, nachdem der Auftrag ergangen war, konnte er seinen Plan abliefern — wie die Klarheit und Vertiefung in den für die Tilgung aufgestellten Prinzipien bewundern.

Ein Gesichtspunkt beherrschte die gesamten Vorschläge Mittermayrs, die er am 6. Mai dem Magistrate vorlegte: Der Bierpfenning allein genüge zur Verzinsung und verhältnismässig raschen Abzahlung der Schulden, wenn nur mit dem leidigen Kompositionensystem gebrochen werde.

Im einzelnen berechnete Mittermayr die gesamten Schulden der Stadt für Anfang 1806 auf 604,037 fl. Diese Summe werde jedoch keineswegs ganz auf dem Bierpfenning lasten, da ausser einigen auf Kompensation beruhenden Abschreibungen annähernd 100,000 fl. durch die Lokalkriegskostenumlage gedeckt werden. Als Basis der Schuldentilgung nahm er daher 500,000 fl. an. — Der Ertrag des Bierpfennings nach den Suden war offenbar unterschätzt, indem er nur zu 35,000 fl. angeschlagen war, während man schon 1792 einen höheren Betrag für wahrscheinlich gehalten hatte. Aber auch bei dieser Annahme und der Voraussetzung einer Durchschnittsverzinsung der Schulden zu fünf Prozent ergab sich ihm eine Tilgungsperiode von nur 26 Jahren (also bis 1832), wenn nur die vollen 35,000 fl. für ihren Zweck verwendet würden. Der Schuldentilgungskommission, die aus Mitgliedern des Magistrats und des Ausschusses bestehen sollte, war Bewegungsfreiheit auf ihrem Gebiet bezüglich der Aufnahme neuer Kapitalien und der Heimzahlung gewahrt. Die Einzelbestimmungen über ihre Geschäftsthätigkeit werden übergangen, da ihre Aufzählung zu weit führen würde.

Für die Abänderung der Perception des Bierpfennings hatte Mittermayr viele Gründe aufzuführen nicht nötig, die von ihm ausgerechnete Wirkung sprach für sich selbst. Doch hielt er es für notwendig, der oft gehörten und noch im Schwange befindlichen Meinung, als bedeute die Erhebung nach den Suden eine Preissteigerung des Bieres, entgegenzutreten. Wenn eine Abänderung der landschaftlichen Bieraufschläge in Betracht komme, meinte er, sei dies allerdings zu gewärtigen, da beim Biersatz nur die bisherige Komposition in Ansatz komme. Dagegen widersprach er dieser Wirkung aufs entschiedenste beim städtischen Bierpfenning, der schon bisher im Betrag eines ganzen Pfennings eingerechnet werde, obschon die Bräuer nur einen Bruchteil davon wirklich entrichten.

Als Grundsätze der neuen Erhebungsart sprach er folgendes aus:

Grundlage solle sein jeder Sud, gerechnet im allgemeinen zu 30 Eimern, beziehungsweise die Quantität des dafür verbrauchten Malzes. Diese letztere Neuerung beruhte auf der Beobachtung, dass in den letzten Zeiten Sude von verschiedener Grösse gemacht zu werden pflegten und ohne ein Zurückgehen auf den Malzverbrauch die Belastung zum Schaden der Stadtkasse eine ungleichmässige werden konnte; jeden Sud nach seiner Quantität zu messen, sei zu schwierig und verleite leicht zu Bestechungen der städtischen Beamten; dagegen sei die Durchschnittsausbeute von 30 Eimern aus 5 Schöffeln Malz wohl die richtige Mitte zwischen der wirklichen Gussführung und der bisherigen Annahme; diese Berücksichtigung der Bräuer gefährde den Ertrag nicht und entschädige sie für Verluste durch Verderben und Verschütten und gewähre ihnen daneben einen aufschlagfreien Haustrunk. Demzufolge sollte also die Belastung eines Sudes von 5 Schöffeln Malz 7 fl. 30 kr., von 6 Schöffeln, wie er allmählich in Gebrauch gekommen war, 9 fl., also des einzelnen Schöffels 1 fl. 30 kr., betragen. Zur Kontrolle von Bräuer und Müller wie als Legitimation über Bezahlung des Aufschlags sollten Polleten abgegeben werden. Für die Mühle bestimmtes Malz sollte aus dem Stadtrayon nur gelassen werden, wenn eine Pollete mit der Quittung des Regiebüreaus über Erläge des Gefälls an den Thoren abgegeben wurde. Daher der Zeitpunkt der Bezahlung des Aufschlags noch vor dem Brechen des Malzes lag.

Der Beginn der neuen Perceptionsart war auf den Herbst 1806, den Anfang des neuen Sudjahrs, das Inkrafttreten der Schuldentilgung nach dem oben angegebenen Plane mit Rücksicht auf die erst später flüssig werdenden Mittel auf den 1. Januar 1807 angesetzt.

Dass die steuertechnischen Vorschläge Mittermayrs, auch wenn sich an ihnen im einzelnen manches, z. B. die Freilassung des Haustrunks, das Fehlen von Bestimmungen für den Fall des Exports von Bier aus dem Stadtgebiet, die Zahlungszeit des Aufschlags aussetzen liess, einen unendlichen Fortschritt gegen die vergangenen Zeiten enthielt, liegt auf der Hand. In der That wurden noch im Mai die Anträge Mittermayrs vom Magistrat vollständig, vom Gemeindevausschuss mit unwesentlichen Modifikationen angenommen.

Ob die Bräuer auch während dieser Verhandlungen wieder remonstrierten, ist aus den Akten nicht zu ersehen, jedenfalls fanden sie diesmal an der Landschaft keine Unterstützung, indem diese zur gleichen Zeit mit einer ähnlichen Umwandlung der Perception der landschaftlichen Bierpfenninge sich trug. Auch die Regierung wusste nichts zu erinnern. Ein allerhöchstes Reskript des Königs vom 18. Juni bestätigte die modifizierten Vorschläge Mittermayrs, man kann wohl sagen in voller Anerkennung der Verdienste des Mannes, dessen Haupt sie entsprungen. Doch wurde — aus welchen Gründen immer — die Erklärung für nötig befunden, dass mit der Genehmigung des Schuldentilgungswerkes keine Verlängerung des Bierpfennings über die Bewilligungszeit hinaus stillschweigend verknüpft sein sollte, vielmehr seinerzeitige Entschliessung darüber vorbehalten bleibe¹⁾.

Noch ehe das neue Sudjahr begann, hatte auch die staatliche Steuergesetzgebung auf dem Gebiet des Malzaufschlagwesens den Fortschritt gemacht,

¹⁾ Also war seit 1799 doch eine Weiterbewilligung des städtischen Bierpfennings erfolgt.

der dem Zurücktreten ständischer Gliederung und der unificierenden Richtung der gesamten Regierungspolitik entsprach, indem am 24. September 1806 ¹⁾ eine auf durchaus neuer Grundlage ruhende Malzaufschlagsordnung sanktioniert wurde. Erlassen nach Vernehmung und mit dem Beirat der Landschaft, verfolgte sie zwei Ziele: die Einführung einer exakteren Erhebungsart unter gleichzeitiger beträchtlicher Erniedrigung des Aufschlags, sodann die gleichheitliche Gestaltung des Gefälls in allen bayrischen Landen.

Da diese Verordnung mit den geringen Weiterbildungen der nächsten Jahre bis zum Jahre 1868 in Kraft blieb und in manchen Richtungen modifizierend auf die den Mittermayrschen Anträgen entsprechende Allerhöchste Entschliessung vom 18. Juni 1806 einwirkte, so mag es dienlich erscheinen, die Hauptgrundsätze kurz aufzuführen.

Das bisherige Reglement (d. h. das sowohl der Produktion als dem Aufschlag zu Grunde gelegte gesetzliche Ausbeuteverhältnis) und die bisherige Art der Perception sollte von Michaeli an aufgehoben sein, ebenso die gegenseitige Haftung der Bräuer, die aus dem Kompositionenwesen sich entwickelt hatte. Von jedem Schäffel eingesprengten Malzes waren künftighin 2 fl. 42 kr. zu entrichten, das Malz mochte aus Gerste, Weizen oder Roggen bestehen, zur Erzeugung von braunem oder weissem Bier dienen. Zu keiner Zeit und unter keinem Vorwand sollte darüber eine Komposition mehr statthaben.

Die Aufschlagspflichtigkeit sollte sich innerhalb der alten und neuen Gebietsteile auf alle Bräuhäuser und Malzbranntweinbrennereien, auch die des Adels und der Klöster, soweit solche noch bestanden, erstrecken, ebenso sollte der Haustrunk nicht ausgenommen sein. „Der städtische Bierpfenning ist mit seinem ganzen Betrage, sohin 1 fl. 21 kr., an die einschlägige Stadt- und Marktkammer in der Zukunft so lange, bis der Zweck dieser Bewilligung wegfällt oder von Uns etwas Anderes hierüber verfügt wird, zu entrichten. Jedoch soll ein Teil dieses Ertrages zu notwendigen oder nützlichen Lokalzwecken nach unserer jedesmaligen Anordnung verwendet werden.“

Während die Fälligkeit des Aufschlags im Augenblick, da das Malz zum Brechen zur Mühle gebracht wurde, eintrat, war bezüglich der Zahlung des Gefälls ein dem Absatz des Produkts ungefähr entsprechender Spielraum gelassen. Bei dem zu Weissbier oder Branntwein verwendeten Malz war nach Schluss jeden Vierteljahrs die Schuldigkeit zu entrichten, bei Braunbierbrauereien wurden die Termine so angesetzt, dass von dem von Michaeli bis 31. Dezember zur Mühle kommenden Malz die eine Hälfte des Aufschlags zwischen 1. und 15. Januar, die andere zwischen 1. und 15. Juli, von dem zwischen 1. Januar und 31. März zur Mühle gelangenden Malz die Hälfte vom 1. bis 15. April, die andere vom 1. bis 15. Oktober, endlich von dem nach dem 1. April zur Mühle kommende Malz der ganze Betrag zwischen 1. und 15. Juli bezahlt werden musste.

Je umfangreicher im übrigen die Kautelen waren, mit denen die Aufschlagserhebung umkleidet war, um so weniger war es Absicht der Gesetzgebung, der Produktion an sich Fesseln aufzuerlegen. Die innere Einrichtung der Bräuhäuser, die Grösse der Sude und der ganze Betrieb sollten der freien Anord-

¹⁾ Regierungsblatt 1806 S. 337.

nung, Einsicht und Konvenienz der Bierbrauer überlassen werden, vorbehaltlich der Erzeugung eines dem Biersatz entsprechenden Getränkes¹⁾.

Schon bevor diese allgemeine Verordnung auf die Prinzipien der Mittermayrschen Perceptionsänderungen einwirkte, hatte die Agitation der Bräuer, welche sich von dem Erlass der allerhöchsten Entschliessung vom 18. Juni an erhoben hatte, und besonders in einer Eingabe vom 16. August zum Ausdruck gekommen war²⁾, zu einer Milderung in Hinsicht der Zahlungszeit des städtischen Aufschlags geführt. Obwohl die Stadt noch am 19. September betont hatte, sie müsse an der Bezahlung des Aufschlags zugleich mit Lösung der Pollete festhalten, „da den Bräuern sonst manches (z. B. der Haustrunk) zu Gute komme“, so hatte doch die Landesdirektion den Beschwerden der Bräuer nachgegeben, indem sie durch Entschliessung vom 22. September den Zahlungstermin für das Sommerbier auf Ende September, für das Winterbier auf Georgi festsetzte.

Nach Erlass der Malzaufschlagsordnung entstand dann die Frage, ob die Hauptunterschiede der Münchener Neugestaltung der Perception, bezüglich der Zahlungszeit und der Höhe des Aufschlags, welche beide unmittelbar vor der generellen Regelung durch eine allerhöchste Entschliessung in divergierender Weise festgesetzt worden waren, auch gegenüber der allgemeinen Normierung Kraft behalten sollten. Dem Zweifel wurde ein Ende gemacht durch die Entschliessung vom 10. November 1806, welche die Stadt unter Aufhebung der Entschliessung vom 22. September der generellen Verordnung vom 24. September unterstellte.

Da somit für die lokalen Bierpfenninge dieselben Bestimmungen zur Geltung gelangten, die für den Staatsaufschlag massgebend waren, beschloss der Magistrat am 29. Dezember auch von einer eigenen Kontrolle des Gefälls abzusehen und nur vor jedem Zahlungstermin von dem landschaftlichen Aufschlagsamt die Mitteilung der dort geführten Manualien über den Malzverbrauch der einzelnen Gewerbetreibenden zu verlangen, damit auf Grund derselben der städtische Aufschlag eingehoben werden könne. Weitere Massregeln wurden nicht getroffen. Die Orte Au, Haidhausen und Giesing waren nicht in den Bereich des Aufschlagsgebiets einbezogen; während die Einfuhr wie ehemals mit 15 kr. per Eimer belastet war, trat bei der Ausfuhr von Münchener Bier keine Rückvergütung, beziehungsweise Anrechnung des bezahlten Aufschlags ein. Ebenso wie für den Staat war auch für die Stadt nur der Grundsatz möglicher Ergiebigkeit des Malzaufschlags, nicht aber die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Bräuer massgebend. Der Malzaufschlag blieb ein Gemisch von Produktions- und Konsumtionssteuer und an dieser Zwittergestaltung

¹⁾ Eine Erörterung der Vorzüge und Schwächen dieser Neugestaltung des Malzaufschlags ist hier nicht am Platze; hierüber muss auf die einschlägige Litteratur verwiesen werden. S. ausser den Bemerkungen bei May a. a. O. S. 28 ff. die ausführliche Abhandlung von Rivet über den Malzaufschlag in Bayern in Rau's Archiv für politische Oekonomie Bd. 5 S. 42 ff., sowie die Kammerverhandlungen von 1827/28, der 50er und 60er Jahre, dann insbesondere die Verhandlungen über das Malzaufschlagsgesetz von 1868.

²⁾ Obwohl dort über Unmöglichkeit der Konkurrenz ausserhalb der Stadt geklagt wurde, war nicht die Forderung von Rückvergütungen bei Ausfuhr gestellt. Ein weiterer Beschwerdepunkt, die mangelhafte Biersatzregulierung, fand ihre Erledigung in der Verordnung vom 2. Dezember 1806 (Regierungsblatt 1807 S. 395).

fanden selbst die Bräuer als die am meisten Interessierten kein Bedenken, auch wenn sie weiterhin mit allen Kräften gegen die Neuordnung des Malzaufschlages vorzüglich innerhalb der Stadt arbeiteten.

In einer Eingabe vom 16. Dezember 1806, die an die Anstrengungen zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts den Bierpfenning abzuschütteln anknüpft, erhoben sie bei der Regierung Klage über die Belastung ihres Gewerbes und die Schwierigkeit einer Abwälzung der ihnen auferlegten Verpflichtungen. Zugleich traten sie mit dem Vorschlag hervor, an Stelle des Bierpfennings einen Aufschlag von allem auf der Schranne verkauften Getreide mit 6 kr. per Schäffel zu erheben, dessen Erträgnis aber, wie sie selbst zugeben mussten, nach den derzeitigen Schrannenausweisen nur auf etwa 14,000 fl. jährlich zu veranschlagen war. Die eine Hälfte dieses Aufschlags sollte der Verkäufer, die andere der Käufer tragen. Ueber die Kontrollen eines derartigen Gefälls, über eine etwaige Heranziehung von Mehl und dem Getreide ähnlichen Früchten sprachen sie sich nicht aus. — Wollte übrigens, so setzten sie hinzu, an dem Bierpfenning festgehalten werden, so dürfe er nicht im Betrag von 1 fl. 21 kr., sondern nur zu einem Viertel der landschaftlichen Aufschläge erhoben werden, da ja auch früher der städtische Bierpfenning nur $\frac{1}{4}$ der staatlichen Bierbelastung betragen habe.

Ueber den Wert dieser Aufstellungen ist kaum zu debattieren; dass dieses letzterwähnte Verhältnis ein rein zufälliges, keineswegs gesetzlich fixiertes war, sowie dass bei Abschaffung des Bierpfennings und Einführung einer anderen Auflage in erster Linie in Betracht kam, dass diese letztere den Bierpfenning in seiner neuen Form voll zu ersetzen im stande war, dafür scheint den Bräuern jeder Blick gefehlt zu haben.

Noch ehe sie eine Antwort erhalten hatten, petitionierten sie auch bei der Stadt um Ermässigung des Bierpfennings auf $\frac{1}{4}$ des landschaftlichen Aufschlags, auf 40 $\frac{1}{2}$ kr. (13. Januar 1807).

Einen unmittelbaren Erfolg hatten die Bräuer allerdings nicht zu verzeichnen, indem der erste Antrag seitens der Oberlandesdirektion am 28. Januar, der zweite seitens der Stadt am 15. Januar abgewiesen worden war. Doch sah sich die erstere Stelle am 19. Januar 1807 veranlasst, der Stadt den Auftrag zu geben, „zu überlegen und zu berichten, welches Surrogat bei Aufhebung dieser Auflage an ihre Stelle gesetzt werden könne, bis wohin es aber bei der verordneten Perception dieses Aufschlags verbleiben solle“. In dieser vorläufigen Anfrage, auf welche der Magistrat am 29. Januar beschloss, die Unersetzbarkeit des Bierpfennings zu betonen, spiegelt sich schon wenigstens vorläufig die Anschauung der Regierung wieder, die in der Verordnung vom 28. Juli 1807 ihren unzweideutigen Ausdruck fand.

Mittlerweile hatte am 1. Januar 1807 die neue Schuldentilgungskommission nach einer von Mittermayr entworfenen Instruktion, die am 29. September vom Magistrat genehmigt worden war, ihre Thätigkeit begonnen. Sie übernahm den gesamten Schuldenstand der Stadt, der um die Jahreswende bestand aus

610,100 fl. Kapitalien, davon 285,400 fl. an Private, und

18,400 fl. rückständige Zinsen davon 1362 fl. an Private,

Zusammen 628,500 fl.

Die Schuldentilgung war in bestem Gange, die Stadt schien trotz der

gedrückten politischen Verhältnisse aufatmen zu dürfen, da die drängendste Sorge von ihren Schultern genommen war. Da machte ein zwar wohlgemeinter, aber die Gemeinde als solche in ihrem Lebensnerv treffender Akt der Regierung schon nach wenigen Monaten alle Hoffnungen zu nichts.

Die Verordnung vom 28. Juli 1807¹⁾, welche die einheitliche Durchführung der Verordnung vom 24. September 1806 in allen, auch den neuerworbenen Gebietsteilen bezweckte, verfügte die Aufhebung aller „einigen Städten und Märkten auf eine bestimmte Zeit, oder zu einem bestimmten Zwecke bewilligten besonderen Lokalpfenninge“ vom Beginn des neuen Sudjahrs an, „damit diese Brauereien mit den übrigen konkurrieren können“. Sei es, dass diese Massregel der eigenen Initiative der Regierung entsprungen, oder durch eine Bewegung der Bräuer gegen die vorjährige Aenderung der Perception veranlasst worden ist, so trug dieser Teil der Verordnung, wenn er auch zunächst dem Zweck diene, einer Ueberbelastung des Bieres und damit zu hohen Bierpreisen entgegenzutreten, doch den Charakter, dass zu Gunsten des Staates — es war zugleich eine Erhöhung des staatlichen Aufschlags um etwa 39 Prozent ausgesprochen, — die Gemeinden auf ein Gefälle verzichten mussten, das ihnen vielleicht seit Jahrzehnten und zu Zwecken zustand, denen erst durch die letztjährige Neuordnung hatte voll genügt werden können.

Dass man immerhin die Bedürfnisse der bisher berechtigten Gemeinden dabei nicht ganz aus den Augen verloren hatte, ergibt sich daraus, dass denselben eine Entschädigung in Aussicht gestellt war, eine Entschädigung freilich, die weit hinter dem seit dem Mandat vom 24. September 1806 zu erwartenden Ertrag zurückblieb; den beteiligten Städten und Gemeinden der Urprovinzen nämlich sollte „nach der ehemaligen Komposition der Betrag für die bestimmte Zeit nach vorläufig näherer Anzeige und Prüfung so lange, bis ein zweckmässiges Surrogat ausgemittelt sein wird, aus dem Gefälle der Aufschläge ersetzt werden“.

Wenn schon auch andere Städte hart von dieser Massregel betroffen wurden, so war die Lage Münchens doch bei weitem die schlimmste. In keiner andern Gemeinde war die Komposition so weit hinter der wahren Produktion beziehungsweise dem wahren Verbrauch zurückgeblieben, keine Stadt hatte in den letzten zwei Jahrzehnten ein solches Emporblühen des Bräugewerbes gesehen, wie München. Mit einem Schlag war die Hauptstadt wieder in die engbegrenzten Verhältnisse des letzten Jahrhunderts mit ihren unheilvollen Folgen für die Finanzen zurückgeworfen, während eine neue Zeit in Bayern begann, an den Mittelpunkt des Königreichs Anforderungen zu stellen, die alle seine Kräfte in Anspruch nahmen.

Das Wirtschaftsjahr 1806/7 hatte, gleichsam als warnender Fingerzeig auf das frühere System, einen Ertrag des Bierpfennings von 62,120 fl. ergeben, ungerechnet 1516 fl., die von der Biereinfuhr in die Schuldentilgungskasse geflossen waren, so dass neben der Zinsenzahlung sich die städtischen Passiven um 26,260 fl. vermindern konnten²⁾, ein Resultat, das alle Erwartungen übertraf. Mittermayr hatte den Ertrag des Bierpfennings auf 37,500, höchstens 40,000 fl.

¹⁾ Regierungsblatt 1807 S. 1273 ff.

²⁾ Heimbezahlt wurden 40,760 fl., neu aufgenommen 14,500 fl.

geschätzt; in einem Bericht vom 29. Oktober 1807 musste er geradezu bemerken, dass das Jahr nicht einmal normal gewesen sei, indem weniger Sude als sonst gemacht worden seien, da so gut wie kein Militär in der Stadt war. Welche Perspektive hätte sich der Stadt eröffnet, wenn sie auch weiterhin nur mit dem Ertrag des Jahres 1806 fl. rechnen durfte?

Die Stadt machte verzweifelte Anstrengungen, wenigstens eine Entschädigung von 60,000 fl. zu erlangen. Ein von Mittermayr verfasster Bericht vom 29. Oktober 1807 wies auf den Zusammenhang zwischen dem Bierpfenning und dem Schuldentilgungsplan hin, welcher der Stadt anbefohlen worden sei. Erst nach der Bewilligung der neuen Perception in der Stadt sei die Aufhebung des Kompositionensystems erfolgt, die Hauptstadt nehme daher mit den andern bierpfenningberechtigten Gemeinden keineswegs dieselbe Stellung ein.

Sollte die Bitte der Stadt um eine Entschädigung von 60,000 fl. nicht gewährt werden, so hiess es in dem Bericht, den ein Mann voll Thatkraft verfasst hatte, „dann bleibt uns nichts übrig, sodann die allerunterthänigste Bitte zu stellen, Eure königliche Majestät wollen sämtliche städtische Schulden der ferneren Verzinsung und Rückzahlung wegen, sowie auch die immer auf Verschönerung hiesiger Stadt abzielende Bauten und Ausgaben hiewegen selbst allergnädigst übernehmen, wo wir sodann auf den Stadtbierpfenning einen ferneren Anspruch nicht mehr zu machen gedenken.“

Allein vergeblich waren alle Bemühungen. Selbst die ratenweise Auszahlung der ehemaligen Komposition erfolgte nicht.

Die Verbescheidung des städtischen Antrags vom 29. Oktober wurde am 26. Januar und 11. April 1808 moniert; am 12. Mai drohte die Stadt mit der Sistierung aller Zinsenzahlungen, wenn nicht endlich ein Teil der Aversalentschädigung durch das Generallandeskommissariat der Stadt angewiesen werde. Sie habe „keinen Kreuzer mehr“ in der Schuldentilgungskasse, womit sie Zahlung leisten könne. Dadurch wurde wenigstens die Verabfolgung eines Teils der Entschädigung herbeigeführt.

Erst eine allerhöchste Entschliessung vom 25. September 1808 bezw. vom 8. November 1808 besiegelte das Schicksal Münchens. Während der Antrag der Stadt vom 29. Oktober 1807 unberücksichtigt blieb, wurde die ihr zu leistende Aversalentschädigung, „bis ein zweckmässiges Surrogat ausgemittelt sein wird,“ auf jährlich 19,500 fl. angesetzt (18,000 fl. als ehemalige Komposition, 1500 fl. für den Aufschlag von eingebrachtem Bier).

Einem kurzen Aufleuchten aus der Nacht der Finanzkunst des vorigen Jahrhunderts war der Untergang des Gestirns gefolgt, an das die Stadt eben zu glauben begonnen hatte.

Jahre vergingen, bis nach schweren Stürmen in verjüngter Gestalt der Stern wieder erstand, dem die Stadt ihre Grösse verdanken sollte. Der im Jahre 1822 bewilligte Lokalmalzaufschlag ist die Säule geworden, auf welcher der Haushalt Münchens und damit alle seine grossen Unternehmungen aufgebaut sind.

Buchbindere-Landesanst.
f. krüppelh. Kinder - Kr.
München, Kurze 11 (30) 1100

Troeltsch, Walter

Beiträge zur Finanzgeschichte Münchens in der zweiten Hälfte des 18.
Jahrhunderts <Der städtische sogenannte Bierpfennig.> [Staatswiss. Diss. Tü
bingen 1890.]

Stuttgart 1890

Bavar. 4601 x

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11568442-9